



# HESSISCHER LANDTAG

21. 05. 2019

## 11. Sitzung

Wiesbaden, den 21. Mai 2019

<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	697	<b>Frage 56</b> .....	702
<i>Entgegengenommen</i> .....	700	Torsten Warnecke .....	702, 702, 702
Präsident Boris Rhein .....	697, 698	Minister Tarek Al-Wazir .....	702, 702, 702
Bürgermeister Thomas Fehling .....	697	<b>Frage 58</b> .....	703
Katharina Löhwing-Diebel .....	698	Sabine Waschke .....	703
Dennis Diebel .....	698	Ministerin Lucia Puttrich .....	703, 703
Jürgen Lenders .....	699	Gerald Kummer .....	703
Holger Bellino .....	699	<b>Frage 60</b> .....	703
<b>1. Fragestunde</b>		Bijan Kaffenberger .....	703
– <b>Drucks. 20/480</b> – .....	700	Minister Tarek Al-Wazir .....	704
<i>Abgehalten</i> .....	713	<b>Frage 61</b> .....	704
<b>Frage 52</b> .....	700	Daniel May .....	704, 704
Wiebke Knell .....	700, 700, 700	Ministerin Angela Dorn .....	704, 705
Ministerin Priska Hinz .....	700, 700, 700, 700	<b>Frage 63</b> .....	705
Heike Hofmann (Weiterstadt) .....	700	Christoph Degen .....	705, 705
<b>Frage 54</b> .....	700	Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	705, 705
Karl Hermann Bolldorf .....	700, 701	<b>Frage 66</b> .....	705
Ministerin Angela Dorn .....	701, 701, 701, 701	Turgut Yüksel .....	705, 706
Torsten Warnecke .....	701	Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	705, 706
Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn .....	701		

<b>Frage 68</b> .....	706	<b>2. Regierungserklärung</b>	
Jan Schalauske .....	706, 706, 707	<b>Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund</b>	
Minister Tarek Al-Wazir .....	706, 706, 707, 707, 707	<b>Lebe Dein Europa</b> .....	713
Hermann Schaus .....	707	<i>Entgegengenommen und besprochen</i> .....	735
Elisabeth Kula .....	707		
<b>Frage 70</b> .....	708	<b>36. Antrag</b>	
Christoph Degen .....	708, 708, 708	<b>Sabine Waschke (SPD), Karina Fissmann (SPD), Stephan Grüger (SPD), Gerald Kummer (SPD), Fraktion der SPD</b>	
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	708, 708, 708, 709	<b>Europa fit machen für hessische Kommunen</b>	
Elisabeth Kula .....	708	<b>– Drucks. 20/620 –</b> .....	713
		<i>Abgelehnt</i> .....	735
<b>Frage 71</b> .....	709	<b>59. Dringlicher Antrag</b>	
Tobias Eckert .....	709, 709, 710	<b>Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b>	
Minister Tarek Al-Wazir .....	709, 709, 710	<b>Subsidiarität leben in Europa</b>	
		<b>– Drucks. 20/665 –</b> .....	713
<b>Frage 72</b> .....	710	<i>Angenommen</i> .....	735
Daniel May .....	710	Ministerin Lucia Puttrich .....	713
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	710, 710	Thorsten Schäfer-Gümbel .....	717
Robert Lambrou .....	710	Miriam Dahlke .....	720
		Erich Heidkamp .....	722
<b>Frage 81</b> .....	710	Karl Hermann Bolldorf .....	725
Jan Schalauske .....	710, 711	Oliver Stöbök .....	725
Minister Dr. Thomas Schäfer .....	711, 711	Janine Wissler .....	728
		Tobias Utter .....	732
		Robert Lambrou .....	735
<b>Frage 82</b> .....	711	<b>3. Erste Lesung</b>	
Lena Arnoldt .....	711	<b>Gesetzentwurf</b>	
Minister Dr. Thomas Schäfer .....	711, 711	<b>Fraktion DIE LINKE</b>	
Torsten Warnecke .....	711	<b>Hessisches Untersuchungsausschussgesetz (UNAG)</b>	
		<b>– Drucks. 20/517 –</b> .....	735
<b>Frage 83</b> .....	712	<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss überwiesen</i> .....	741
Turgut Yüksel .....	712	Hermann Schaus .....	735
Minister Tarek Al-Wazir .....	712	Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn .....	736
		Frank-Peter Kaufmann .....	737
<b>Frage 84</b> .....	712	Karl Hermann Bolldorf .....	738
Karl Hermann Bolldorf .....	712, 713, 713	Christian Heinz .....	739
Minister Kai Klose .....	712, 713, 713	Nancy Faeser .....	740
<i>Anlage</i> .....	747	<b>4. Erste Lesung</b>	
<i>Die Fragen 86, 88, 93, 94, 96, 101, 103, 105 bis 107 und die Antworten der Landesregie- rung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 85, 87, 89 bis 92, 95, 97 bis 100, 102, 104 und 108 bis 110 sollen auf Wunsch der Fra- gestellerinnen und Fragesteller in der nächs- ten Fragestunde beantwortet werden.</i>		<b>Gesetzentwurf</b>	
		<b>Fraktion der SPD</b>	
		<b>Gesetz zur Einführung eines inklusiven Wahlrechts in Hessen</b>	
		<b>– Drucks. 20/518 –</b> .....	741
		<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss, fe- derführend, und dem Sozial- und Integrati- onspolitischen Ausschuss, beteiligt, überwie- sen</i> .....	746

7. Erste Lesung	Lisa Gnadl .....	741
Gesetzentwurf	Dr. Ulrich Wilken .....	742
Fraktion DIE LINKE	Yanki Pürsün .....	743
Hessisches Gesetz zum Wahlrecht für voll-	Christian Heinz .....	743
betreute Menschen	Eva Goldbach .....	744
– Drucks. 20/622 – .....	Walter Wissenbach .....	745
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss, fe-</i>	Minister Peter Beuth .....	746
<i>derführend, und dem Sozial- und Integrati-</i>		
<i>onspolitischen Ausschuss, beteiligt, überwie-</i>		
<i>sen</i> .....		746

## Im Präsidium:

Präsident Boris Rhein  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn  
 Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier  
 Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes  
 Hessen beim Bund Lucia Puttrich  
 Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus  
 Minister des Innern und für Sport Peter Beuth  
 Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer  
 Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann  
 Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz  
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn  
 Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz  
 Minister für Soziales und Integration Kai Klose  
 Staatssekretär Michael Bußer  
 Staatssekretär Mark Weinmeister  
 Staatssekretär Patrick Burghardt  
 Staatssekretär Dr. Philipp Peter Nimmermann  
 Staatssekretär Dr. Martin J. Worms  
 Staatssekretär Thomas Metz  
 Staatssekretärin Ayse Asar  
 Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser  
 Staatssekretärin Anne Janz

## Abwesende Abgeordnete:

Ulrike Alex  
 Karina Fissmann  
 Klaus Gagel  
 Norbert Kartmann  
 Astrid Wallmann  
 Alexandra Walter



(Beginn: 14:05 Uhr)

**Präsident Boris Rhein:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich Sie heute, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, zu einem ganz besonderen Tagesordnungspunkt hier im Hessischen Landtag anlässlich seiner 11. Plenarsitzung begrüßen darf.

Bevor wir uns unserem doch sehr abwechslungsreichen und vielfältigen Tagesgeschäft zuwenden, das vor uns liegt, komme ich zu einer Tradition – ich glaube, man kann wirklich sagen, zu einer von uns gerne und sehr intensiv gelebten Tradition hier im Hessischen Landtag. Insoweit darf ich ganz besonders herzlich unser diesjähriges Hessentagspaar begrüßen, das den 59. Hessentag unter dem Motto „Bad Hersfeld – faszinierend lebendig!“ in der Zeit vom 7. bis 16. Juni 2019 in der schönen Kur- und Festspielstadt Bad Hersfeld vertreten wird.

Ich darf Sie beide ganz herzlich begrüßen, aber genauso herzlich begrüße ich den Bürgermeister der wunderschönen Stadt Bad Hersfeld. Herzlich willkommen hier im Hessischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Der Hessentag ist für uns ein besonderes Ereignis. Aber es ist für uns auch immer ein ganz besonderes Ereignis, wenn Sie ein bisschen Hessentagsflair in den Hessischen Landtag bringen, bevor der Hessentag begonnen hat. Ich finde es besonders schön – das will ich ganz persönlich sagen –, dass wir dieses Jahr ein Ehepaar begrüßen dürfen, das das Hessentagspaar ist. Sie beide haben mir gesagt, Sie haben am 8. September des letzten Jahres geheiratet. Ich finde, da kann man auch nachträglich noch gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn man wenige Monate später Hessentagspaar wird, dann ist das etwas, was für das ganze Leben bleibt. Insoweit, liebe Katharina Löhwing-Diebel, lieber Dennis Diebel, herzlich willkommen, lieber Bürgermeister Fehling, noch einmal herzlich willkommen.

Lieber Herr Bürgermeister, jetzt darf ich Sie ans Mikrofon bitten, damit Sie uns ein bisschen etwas über das schöne Bad Hersfeld und über das tolle Programm, das uns erwartet, berichten können. Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

(Allgemeiner Beifall)

**Thomas Fehling, Bürgermeister der Hessentagsstadt Bad Hersfeld:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, vielen herzlichen Dank für das freundliche Willkommen. – Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete des Hessischen Landtags, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren der Hessischen Landesregierung!

2. Juli 1967: 200.000 Menschen besuchen bei brütend heißem Wetter begeistert den Festumzug des 7. Hessentags in Bad Hersfeld. Ich weiß das aus Erzählungen meiner Familie und aus Film- und Presseberichten; denn ich selbst habe den damaligen Hessentag in meiner Heimatstadt nicht erleben dürfen, weil ich erst knapp fünf Monate später das Licht der Welt erblickte. Dass ich nun, knapp 52 Jahre spä-

ter, diesen Makel der späten Geburt doch noch wettmachen darf, ist mir eine große Freude und Ehre.

So sind wir heute im Hessischen Landtag, um Sie alle vom 7. bis zum 16. Juni in unsere Heimatstadt Bad Hersfeld auf den 59. Hessentag einzuladen. Wir, das sind die Hessentagsbeauftragte Anke Hofmann und ihr Stellvertreter Markus Heide, das Hessentagspaar Katharina Löhwing-Diebel und Dennis Diebel und ich als der Bürgermeister der Austrägerstadt. Uns eint der herzliche Dank an Sie, dass Sie uns im November 2016 mit der Gastgeberrolle als Hessentagsstadt 2019 beauftragt haben.

Zum 59. Hessentag haben wir zusammen mit der Hessischen Staatskanzlei eine bunte, vielfältige Mischung aus unterhaltsamen, informativen und hoffentlich auch begeisterten Veranstaltungen zusammengestellt. Ich bin überzeugt, das ist ein abwechslungsreiches und attraktives Programm mit über 1.000 Veranstaltungen, für das es sich lohnt, nach Bad Hersfeld zu kommen.

Meine Damen und Herren, wenn ich „wir“ sage, dann meine ich nicht nur die Mandatsträger der Hersfelder Politik oder Mann und Maus der Stadtverwaltung. Gemeint sind damit vor allem die vielen ehrenamtlichen Helfer, Unterstützer und Vereine in unserer Stadt. Sie sind unverzichtbar, damit dieses Fest aller Hessen ein toller Erfolg wird. Es ist gelungen, Hunderte von Bürgerinnen und Bürgern zu motivieren, uns ehrenamtlich zu unterstützen. Wir hatten gestern Abend eine Infoveranstaltung, und da konnte man schon so richtig die Begeisterung, den Aufbruch spüren.

Das ist eine Größenordnung, auf die ich sehr stolz bin. Sie belegt, dass der Hessentag in Bad Hersfeld angekommen ist und dass dieser Hessentag einen nachhaltigen Effekt auf unsere Stadt haben wird. Unsere Stadt wird durch und mit dem Hessentag eine andere werden. Genau deshalb haben wir uns auch beworben.

Ich glaube, der Hessentag mit seiner fröhlich bewegenden Tradition ist an sich schon ein Garant für Wir-Gefühl und Teilhabe. Aber allein die schiere Kraft und Dimension dieser Großveranstaltung erzeugt in der Vorbereitung vor Ort eine solche Dichte und Intensität, die man kaum ermessen kann, wenn man diese Aufgabe nicht irgendwann einmal selbst übernommen und ausgeführt hat.

Was in den letzten Monaten an Bürgerbeteiligung, an Lenkungsgruppen, an Workshops, an Arbeitsgruppen, an Gesprächen mit Vereinen, an Arbeitsgruppen mit Sicherheitsorganen und Rettungsdiensten, an Kontakten mit Nachbargemeinden, lokalen und regionalen Behörden und nicht zuletzt in direkter Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und den Landesministerien entstanden ist, schafft nicht nur eine große Nachhaltigkeit, sondern zugleich auch so etwas wie Einmaligkeit.

Hoffentlich werden die beruhigenden Worte aus so mancher unserer Vorgängerstädte auch für uns wahr: Verliert nicht die Nerven. Am Anfang weiß man nicht, wie man das alles schaffen soll, und am Ende sind die zehn Tage nicht lang genug.

Ich habe meine heutige Einladung an Sie mit einer persönlichen Bemerkung begonnen und möchte sie auch mit einer solchen beenden, wenn auch stellvertretend für viele meiner Mitstreiter: Wir möchten ein guter Gastgeber für alle Hessen sein. Zugleich möchten wir die Chance, den Hessentag auch als gemeinsame Lebenserfahrung in Erinnerung zu behalten, Wirklichkeit werden lassen.

Man sagt, dass die Hessentagsstadt für zehn Tage die heimliche Hauptstadt unseres Bundeslandes wird. Die Hersfelder Mückenstürmer sind vorbereitet, zusammen mit Ihnen, meine Damen und Herren, den hessischen Abgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung, das faszinierend lebendige Herz Hessens in Bad Hersfeld schlagen zu lassen. Ich freue mich sehr, Sie auf dem Hessentag in Bad Hersfeld begrüßen zu dürfen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Präsident Boris Rhein:**

Lieber Herr Bürgermeister, wir freuen uns, dass Sie uns so nette Grußworte entrichtet haben. Wir sind gespannt auf das, was uns erwartet. Aber wer Bad Hersfeld, die Hersfelder und – vielleicht darf ich das hinzufügen – auch Sie persönlich kennt, der weiß, dass dies ein gelungener Hessentag werden wird.

Nun – wann startet eine Plenarsitzung schon einmal mit einem solchen Höhepunkt? – dürfen wir das Hessentagspaar hören. Ich darf Ihnen das Wort erteilen, liebe Katharina Löhwing-Diebel, lieber Dennis Diebel. Wir freuen uns darauf, jetzt von Ihnen über sich zu hören und über all das, was kommen wird. Sie haben das Wort.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Katharina Löhwing-Diebel:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucherinnen und Besucher! Wir, das Hessentagspaar von Bad Hersfeld, Katharina und Dennis, freuen uns sehr, heute hier sein zu dürfen, und möchten herzlichst für die Einladung, der wir gerne gefolgt sind, danken.

Die Tage bis zum Start des Hessentags sind quasi gezählt, und wir stecken mitten in der heißen Phase vor dem Hessentag. Als Hessentagspaar haben wir heute die ehrenvolle Aufgabe, Sie alle ganz herzlich zum 59. Hessentag vom 7. Juni bis zum 16. Juni zu uns nach Bad Hersfeld einzuladen.

Bad Hersfeld ist eine Kleinstadt, die mehr zu bieten hat als manch andere größere Städte. Es ist eine Stadt mit vielen Facetten zwischen Tradition und Moderne. Eines der besten Beispiele dafür sind die über unsere Landesgrenzen hinaus bekannten Bad Hersfelder Festspiele, die jährlich im Sommer in der Ruine der ehemaligen Stiftskirche aus dem 11. Jahrhundert stattfinden. Sie ist die größte romanische Kirchenruine nördlich der Alpen.

Ebenfalls nicht zu vergessen ist, dass Bad Hersfeld zum einen ein seit über 100 Jahren angesehener Kur- und Gesundheitsstandort ist und zum anderen seit über zwei Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Logistikstandorte in der deutschen Mitte Europas gehört.

Neben dem großen Erbe zweier wichtiger Söhne unserer Stadt – Konrad Duden und Konrad Zuse –, welche sich heute noch im „wortreich“, einer Wissens- und Erlebniswelt für Sprache und Kommunikation mitten im Benno-Schilder-Park, wiederfinden, haben wir unsere historische Fachwerkalstadt, den tollen Stiftsbezirk und unseren Kur-

park mit in die Hessentagsstraße integriert. Wir haben also unseren Hessentag mitten in der Stadt – dort, wo wir selbst leben und feiern werden.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Dennis Diebel:**

Somit gilt, ganz nach unserem Motto „Bad Hersfeld – faszinierend lebendig! Jetzt schon den Herzschlag spüren“: Wo kann man den Herzschlag besser spüren als mitten in der Stadt? Genau das sind unsere vier K, die Bad Hersfeld ausmachen: Kultur, Klima, Kommunikation und Kur. Genau genommen sind es sogar sechs K, wenn man Konrad Duden und Konrad Zuse hinzuzählen möchte.

Gerade weil unsere Stadt so viel mehr zu bieten hat, als manch einer glaubt, freut es uns ungemein, dass Bad Hersfeld den Zuschlag für den Hessentag erhalten hat. Seitdem wird ununterbrochen auf höchstem Niveau gearbeitet, um uns Bürgern ein buntes und vielseitiges Programm bieten zu können. Da ist, so finden wir, bei rund 1.000 Veranstaltungen für wirklich jeden das Passende dabei.

Wir als Hessen können stolz sein, dass wir es jedes Jahr schaffen, eine so tolle Veranstaltung auf die Beine zu stellen. In den letzten fast zwei Jahren als Hessentagspaar hatten wir eine Fülle an Terminen – sei es auf kleineren regionalen oder auf überregionalen Veranstaltungen, aber auch weiter weg, z. B. heute in Wiesbaden oder auch in Berlin. Man hatte somit fast immer die Möglichkeit, auch sehr viel hinter den Kulissen mitzubekommen. Dabei haben wir im Laufe der Zeit gemerkt, dass der Hessentag die Ursprungsidee von Georg August Zinn noch immer absolut erfüllt; denn der Hessentag ist ein Fest der Begegnung, ein Fest der Tradition und ein Fest, welches dieses ganz besondere Wir-Gefühl stärken soll. Genau dieses Wir-Gefühl spüren wir schon jetzt hinter den Kulissen, und dafür möchten wir Danke sagen.

Dabei gilt unser Dank nicht nur unseren unermüdlich arbeitenden Stadtmitarbeitern, sondern auch den ganzen anderen Organisatoren, Veranstaltern, Sponsoren und den unzähligen freiwilligen Helfern; denn ohne sie alle und ihr unermüdliches Engagement und ihren Einsatz wäre der Hessentag in dieser Dimension nicht möglich.

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns auf Sie und mit Ihnen auf einen tollen Hessentag 2019, auf ein großes und beschwingtes Fest, das so sein möge, wie unsere Stadt selbst: faszinierend lebendig!

(Allgemeiner Beifall)

#### **Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, liebe Katharina Löhwing-Diebel, vielen Dank, lieber Dennis Diebel.

Manchmal kann ein solcher Hessentag – insbesondere für diejenigen, die rund um die Uhr gestalten, und das sind natürlich auch Sie und der Bürgermeister – anstrengend werden. Ich glaube, da darf man sich gar nichts vormachen. Manchmal, auch das haben viele von uns erlebt, wird er auch heiß – manchmal sogar sehr heiß. Aber so, wie wir Sie heute hier erlebt haben, glaube ich sagen zu können: Die Herzen der Hessen werden Ihnen zufliegen, und die Herzen der Hessen gehören schon heute Ihnen, vor allem

aber diejenigen der Mitglieder des Hessischen Landtags. Eines kann ich Ihnen garantieren: Wir werden die sechs K, wir werden Bad Hersfeld und natürlich Sie in vollen Zügen genießen.

Es ist so, wie der Bürgermeister schon sagte: Die Wiesbadener werden es verschmerzen, zehn Tage lang nicht Landeshauptstadt zu sein, sondern Bad Hersfeld wird diese zehn Tage Landeshauptstadt sein, und das verdientermaßen. – Vielen herzlichen Dank, alles Gute und auf Wiedersehen in Bad Hersfeld.

(Allgemeiner Beifall – Präsident Boris Rhein überreicht Präsent. Es werden Fotos gemacht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 11. Plenarsitzung des Hessischen Landtags, stelle die Beschlussfähigkeit fest und komme zur Tagesordnung.

Die Tagesordnung vom 14. Mai 2019 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 57 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung, Tagesordnungspunkte 50 bis 55, entnehmen können, sind sechs Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Nach § 32 Abs. 6 beträgt die Aussprache für jeden zulässigen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde fünf Minuten je Fraktion. Die Aktuellen Stunden werden am Donnerstag ab ca. 9:45 Uhr abgehalten.

Bitte, Jürgen Lenders.

#### **Jürgen Lenders (Freie Demokraten):**

Herr Präsident, was heute Morgen in der Geschäftsführerrunde noch zu klären war, war die Redezeit für den morgigen Tagesordnungspunkt 5. Die parlamentarischen Geschäftsführer haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion geeinigt.

#### **Präsident Boris Rhein:**

Herr Lenders, vielen Dank für diesen Hinweis. Es sind also fünf Minuten vereinbart.

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten, Emissionshandel stärken – CO<sub>2</sub>-Steuer verhindern, Drucks. 20/664. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann wird dieser Tagesordnungspunkt 58 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, nach Tagesordnungspunkt 52, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen und ohne Aussprache abgestimmt werden.

Weiter eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Subsidiarität leben in Europa, Drucks. 20/665. Wird auch hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Tagesordnungspunkt 59 und kann, wenn dem niemand widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 2 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Wir werden Tagesordnungspunkt 26 mit Tagesordnungspunkt 50 aufrufen – so wie vereinbart.

Wird die Tagesordnung von Ihnen so genehmigt? – Das ist offensichtlich auch der Fall.

Wie wir im Ältestenrat vereinbart haben und wie es auch in der Tagesordnung vermerkt ist, tagen wir heute bis 19 Uhr. Wir beginnen, wie immer, mit der Fragestunde, und danach fahren wir mit Tagesordnungspunkt 2 fort. Hiermit werden die Tagesordnungspunkte 36 und 59 aufgerufen. Das sind – wie eben entschieden – der Antrag der Fraktion der SPD, Europa fit machen für hessische Kommunen, und der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Subsidiarität leben in Europa, und es ist die Regierungserklärung von Frau Staatsministerin Puttrich „Lebe Dein Europa“.

Ich glaube, es ist ausdrücklich richtig und wichtig, dass sich der Hessische Landtag fünf Tage vor der Wahl zum Europäischen Parlament mit diesem Ereignis befasst. Deshalb habe ich mir erlaubt, an Ihren Plätzen den „Gemeinsamen Aufruf der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur Teilnahme an den Europawahlen am 26. Mai 2019“ zu verteilen.

Entschuldigt fehlt heute unser ehemaliger Landtagspräsident, Herr Kollege Norbert Kartmann. An dieser Stelle gehen natürlich unsere Genesungswünsche an ihn.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Abg. Ulrike Alex, Frau Abg. Karina Fissmann und Frau Abg. Alexandra Walter fehlen ebenfalls ganztägig. Es ist auch Herr Gagel von der Fraktion der AfD erkrankt.

Erfreulich sind die Geburtstage, und runde Geburtstage konnten begehen: Kollegin Angelika Löber am 17.04., die Abg. Sabine Waschke am 24.04. und unser Kollege Dr. Matthias Büger am 03.05. Ich wünsche Ihnen allen im Namen des gesamten Hauses alles Gute für das kommende Lebensjahr. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Bellino.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der guten Ordnung halber möchte ich noch darauf hinweisen, dass Frau Wallmann ebenfalls entschuldigt fehlt.

#### **Präsident Boris Rhein:**

Ich bitte um Verzeihung. Das hatte ich vergessen; das wird selbstverständlich so notiert.

Ich habe noch zwei weitere angenehme Nachrichten zu verkünden. Die Kollegin Frau Alexandra Walter ist Mutter geworden, und zwar am 26. April 2019. Sie hat eine Tochter mit dem Namen Freya Marlen zur Welt gebracht. Ich gratuliere ihr im Namen des Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Der Abg. Lambrou ist in den Stand der Ehe eingetreten. Auch Ihnen gratulieren wir zu diesem persönlichen Ereignis ganz herzlich.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD und Freie Demokraten)

Damit kommen wir auch schon, wenn Sie einverstanden sind und es keine weiteren Hinweise gibt, zu **Tagesordnungspunkt 1:**

**Fragestunde**  
– Drucks. 20/480 –

Wir beginnen mit **Frage 52** aus der letzten Fragestunde. Die Frage stellt Kollegin Wiebke Knell für die Fraktion der Freien Demokraten.

**Wiebke Knell (Freie Demokraten):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann beabsichtigt sie, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Abschaffung der Schonzeiten für Jungwaschbären in der Jagdverordnung umzusetzen?*

**Präsident Boris Rhein:**

Es antwortet die Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Frau Kollegin Hinz.

**Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Landtagspräsident, Frau Abg. Knell, die Änderung wird rasch in Angriff genommen. Sie muss allerdings noch durch die Verbandsanhörung; denn wir wollen ja bei der Gremienbeteiligung nichts falsch machen. Besonders gut wäre es, wenn wir schon mögliche Konsequenzen aus dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof mit einbeziehen könnten. Das ist aber nicht zwingend.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt eine Zusatzfrage der Kollegin Knell. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Wiebke Knell (Freie Demokraten):**

Frau Ministerin, es gab ja schon eine Verbandsanhörung vor dem Erlass der Hessischen Jagdverordnung. Glauben Sie, dass es da jetzt andere Meinungen bei den Verbänden gibt?

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin.

**Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Abgeordnete, das kann ich Ihnen erst sagen, wenn wir eine Anhörung zu einer erneuten Änderung haben und dann die Argumente kennen.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Die Kollegin Heike Hofmann hat sich gemeldet.

**Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD):**

Sie haben von einer raschen Umsetzung gesprochen. Was heißt das denn konkret?

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin.

**Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Das heißt, dass wir die Umsetzung in Angriff nehmen und die neue Jagdverordnung dann so rasch wie möglich in Kraft setzen wollen.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Fragen? – Frau Kollegin Knell, bitte schön.

**Wiebke Knell (Freie Demokraten):**

Frau Ministerin, wird das noch in diesem Jagdjahr umgesetzt werden?

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin.

**Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Knell, ich gehe davon aus, dass wir das jetzt relativ zügig auf den Weg bringen. Aber ich kann Ihnen sagen, dass gemäß der Jagdverordnung jetzt vom 1. August bis 28. Februar Jagdzeit ist. Das heißt, die Waschbären werden ab dem 1. August wieder bejagt werden. Sie können davon ausgehen, dass wir die Jagdverordnung so ändern, dass das anschließend weiterhin möglich ist.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Fragen sehe ich nicht.

Damit kommen wir zu **Frage 54**. Es fragt der Kollege Karl Hermann Bolldorf, Fraktion der AfD. Bitte schön.

**Karl Hermann Bolldorf (AfD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Mit welchen Maßnahmen fördert sie die Kulturpolitik der Kommunen, insbesondere auf der Grundlage des Staatsziels zum Schutz und zur Förderung der Kultur gemäß Art. 26e HV?*

**Präsident Boris Rhein:**

Es antwortet Frau Staatsministerin Dorn, die Ministerin für Wissenschaft und Kunst. Sie haben das Wort.



**Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Abg. Bolldorf, für den Bereich Kunst und Kultur stehen im Haushalt für das Jahr 2019 rund 246 Millionen € bereit. All diese Ausgaben, egal ob es sich um Finanzierung der Staatstheater, der Landesmuseen, der Schlösser oder um institutionelle Förderungen handelt, kommen natürlich auch der Kultur in der jeweiligen Kommune zugute.

Dazu gehört unter anderem der Kulturfonds Frankfurt RheinMain, durch den Projekte von Kultureinrichtungen, Gemeinden, Kommunen, Landkreisen, kreisfreien Städten in der Metropolregion mit jährlich ca. 7 Millionen € gefördert werden. Aus Mitteln des Kulturkoffers – das ist ein anderes Beispiel – fließen jährlich etwa 1,5 Millionen € für Projekte der kulturellen Bildung an Kulturakteure, die mit ihren Kulturangeboten die kulturelle Landschaft in Gemeinden und Kommunen bereichern.

Ein weiteres Beispiel stellt die Unterstützung kommunaler Museen dar, für die das Land 800.000 € pro Jahr bereitstellt, ebenso wie etwa für die Festspielförderung in Bad Hersfeld – wir hatten gerade das Hessentagpaar hier –, Bad Vilbel und Hanau mit insgesamt 880.000 €. Das gilt genauso für das vom Land finanzierte Literaturfestival Leseland Hessen, bei dem im Rahmen der Buchmesse alljährlich mehr als 100 Autorinnen und Autoren bei rund 140 Veranstaltungen in über 30 Städten und Gemeinden in ganz Hessen ihre Bücher präsentieren. Schließlich gilt das für die Förderung jedes einzelnen Projekts. Da ein Kunst- und Kulturangebot immer in einer Kommune stattfindet, profitieren die Kommunen selbst auch davon.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Fragen? – Ich sehe eine Nachfrage von Herrn Kollegen Bolldorf. Sie haben das Wort.

**Karl Hermann Bolldorf (AfD):**

Frau Ministerin, ich habe eine ergänzende Frage: Wie ist der derzeitige Sachstand des Beteiligungsverfahrens mit den Kommunen und Kulturschaffenden hinsichtlich des im Koalitionsvertrag so genannten Masterplans Kultur?

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin.

**Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abg. Bolldorf, wir haben bereits in der letzten Legislaturperiode eine sehr umfangreiche Vorarbeit für den Masterplan Kultur gemacht. Das heißt: Wir haben einen Kulturatlas. Wir haben eine umfangreiche Befragung von Kulturschaffenden sowie von Nutznießerinnen und Nutznießern der Kultur auf den Weg gebracht. Wir haben also eine sehr umfangreiche Datensammlung über die Bedürfnisse, über die Wünsche, über die Vorbilder in der hessischen Kulturlandschaft.

Darauf bauen wir auf. Wir werden beispielsweise ein Beteiligungsverfahren auf den Weg bringen. Dabei führen wir erste Gespräche.

**Präsident Boris Rhein:**

Eine weitere Frage stellt der Kollege Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Dorn, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gehören dazu auch die am 5. Juli beginnenden Bad Hersfelder Festspiele, die sich nicht unmittelbar, aber zeitnah an den bald stattfindenden Hessentag anschließen werden, mit einer Förderung von 770.000 €.

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin.

**Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abg. Warnecke, genau das ist es, nämlich ein Beispiel, an dem man wunderbar zeigen kann, welche kulturellen Schätze die Kommunen in Hessen beherbergen. Da sind die Bad Hersfelder Festspiele sicherlich als einer der großen Brillanten, die wir haben, zu nennen.

**Präsident Boris Rhein:**

Ich wäre fast enttäuscht gewesen, wenn sich der Kollege Hahn nicht gemeldet hätte. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten):**

Frau Staatsministerin, sind Sie mit mir der Auffassung, dass es richtig ist, dass auf der einen Seite Bad Hersfeld eine so hohe Summe zur Unterstützung der hervorragenden Hersfelder Festspiele bekommt, dass auf der anderen Seite aber die Städte Bad Vilbel und Hanau eine weitaus geringere Förderung bekommen, obwohl z. B. in Bad Vilbel viel mehr Zuschauer als in Bad Hersfeld anwesend sind?

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin.

**Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abg. Hahn, erst einmal sind wir uns alle einig, dass alle drei Festspiele etwas Einzigartiges und Besonderes sind. Sie wissen auch, dass wir in der letzten Legislaturperiode bei allen drei Festivals die Fördersummen deutlich erhöht haben. Ansonsten höre ich von verschiedenen Bedürfnissen, aber das ist am Ende Sache des Haushaltsgebers und der Anträge der Fraktionen.

(Lachen Freie Demokraten – Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Danke für die Einladung!)

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Damit kommen wir zu **Frage 56**. Ich darf das Wort dem Kollegen Warnecke erteilen.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Staatsminister! Ich vermute, dass Herr Al-Wazir antworten wird.

*Wann gedenkt die Landesregierung, die Radweg-Unterführung der B 27 zwischen Bad Hersfeld und Hauneck so umzubauen, dass die 90-Grad-Einfahrt aus Richtung Hauneck und die Abfahrt aus Richtung Bad Hersfeld in einen vernünftig befahrbaren Zustand versetzt werden?*

**Präsident Boris Rhein:**

Ihre Vermutung ist völlig richtig; nun antwortet der Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Tarek Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Herr Präsident, sehr geehrter Herr Abg. Warnecke, die Unterführung ermöglicht Radfahrern und Fußgängern eine verkehrssichere Querung der Ortsumgebung zwischen Bad Hersfeld und Hauneck. Die Ausführung der Unterführung bzw. des Geh- und Radwegs erfolgte wie geplant und wie im Planfeststellungsbeschluss festgelegt.

Eine großzügigere Trassierung der Einfahrt des Geh- und Radweges in die Unterführung aus Richtung Hauneck mit Verzicht auf eine 90-Grad-Kurve kommt nicht in Betracht, da diese nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand, nämlich durch ein neues Stützbauwerk in Richtung Hauneck, und mit unverhältnismäßigen Eingriffen in den Uferbereich bzw. in die Hauneck möglich wäre.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Eine Zusatzfrage stellt der Kollege Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Sehr geehrter Herr Staatsminister Al-Wazir, ich nehme erst einmal eine kleine Korrektur vor: Es handelt sich nicht um eine 90-Grad-Kurve, sondern um eine 90-Grad-Ecke, was beim Radfahren schon mal etwas schwieriger ist. Aber das ist nur ein Hinweis.

Sehr geehrter Herr Minister, ist Ihnen bewusst, dass man, wenn man von dem Hügel, ohne in die Pedale zu treten, herunterfährt, mit etwa 40 km/h auf diese Abzweigung zufährt? Dort steht ein Schild, das das Tempo auf 10 km/h beschränkt. Da kann man von einer suboptimalen Zuwegung sprechen.

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sehr geehrter Herr Abg. Warnecke, ich hoffe, dass auch Ihr Fahrrad über Bremsen verfügt.

(Zustimmung Torsten Warnecke (SPD))

Man kann diese betätigen, wenn man den Berg herunterradelt. Dann schafft man es auch, das Tempo von 40 km/h zu reduzieren.

Aber im Ernst: Dort ist die Hauneck 25 m entfernt. Wenn man dort quasi eine Kurve bauen würde, wie Sie es sich wünschen würden, die einen entsprechenden Winkel hat, der es ermöglicht, dort mit 40 km/h hineinzufahren, können Sie sich ungefähr vorstellen, was man da hätte bauen müssen. Das wäre an dieser Stelle unverhältnismäßig. Manchmal muss man – egal, ob Kurve oder Ecke – einfach rechts- oder linksherum fahren. Dann muss man vorher abbremsen.

(Heiterkeit Ministerin Eva Kühne-Hörmann)

**Präsident Boris Rhein:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Kollege Warnecke, bitte schön.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Selbstverständlich fahren in Hersfeld-Rotenburg alle Radfahrerinnen und Radfahrer mit verkehrssicheren Fahrzeugen, also in diesem Fall mit Fahrrädern bzw. mit E-Bikes oder Pedelecs – aber das nur vorab.

Meine Frage ist: Sind bei der damaligen Planung in irgendeiner Form diejenigen, die Fahrrad fahren, eingebunden worden, oder musste den Autofahrern schlicht und einfach ein möglichst kostengünstiges Bauwerk hingestellt werden, um eine Unterführung zu bauen? Denn man hätte sie – das ist meine Frage – sicherlich auch anstelle einer 90-Grad-Querung mit einer schrägen Querung von 45 Grad bauen können, sodass man sowohl aus Richtung Bad Hersfeld als auch aus Richtung Hauneck hätte gerade durchfahren können.

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Herr Abgeordneter, ich lese Ihnen vor, was mir von Hessen Mobil berichtet wurde. Laut dem Bevollmächtigten von Hessen Mobil sind keine Fahrradunfälle im Zusammenhang mit der Unterführung bekannt. Der Planfeststellungsbeschluss stammt aus dem Jahr 2006. Das Anhörungsverfahren fand somit Anfang der 2000er-Jahre statt.

Der Regionalbevollmächtigte vermutet, dass es gegen diesen Radweg seinerzeit keine Einwendungen gab. Eine Überprüfung wäre sehr aufwendig und wurde deshalb nicht vorgenommen. – Ich sage ausdrücklich: Ich finde das richtig; denn ein Planfeststellungs- bzw. Anhörungsverfahren ist dafür da, allen Gelegenheit zu geben, sich an dieser Stelle zu äußern.

Noch einmal – Sie kennen den Ort; ich kenne nur Aufnahmen, also Luftbilder und Fotos –: Wenn Sie sich das anschauen, stellen Sie fest, dass eine 45-Grad-Kurve eine Auskrugung erforderlich gemacht hätte. Dann wäre man quasi über der Haune gewesen, und das ist unverhältnismäßig.

Wir haben es nicht mit einem Radschnellweg zu tun. Da wäre das nicht möglich. Vielmehr haben wir es mit einem Radweg zu tun.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur **Frage 58**. Ich darf der Kollegin Waschke das Wort erteilen.

**Sabine Waschke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie will sie das zivilgesellschaftliche Netzwerk „Europakomitee“ und die überparteiliche Europa-Union Hessen sowie die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) unterstützen?*

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:**

Sehr geehrte Frau Abg. Waschke, die Landesregierung hat die genannten Akteure bereits in der Vergangenheit unterstützt und beabsichtigt, dies in Zukunft auch weiterhin zu tun. Neben den Unterstützungen, die alle drei Organisationen als Mitglied im Europeanetzwerk Hessen erfahren, gibt es bei allen dreien darüber hinaus besondere Formen der Unterstützung.

Zunächst zum Europakomitee Hessen e. V. In diesem Verein ist das Land Mitglied und zahlt somit seinen jährlichen Mitgliedsbeitrag an den Verein. Überdies nimmt Herr Staatssekretär Weinmeister als geborenes Mitglied im Vorstand des Vereins regelmäßig an den Gremiensitzungen teil und stellt damit eine enge Vernetzung zu den Aktivitäten der Landesregierung her. Weiterhin finden die Veranstaltungen des Europakomitees Hessen, wie z. B. Jahresempfang, Vorstandssitzungen oder Briefings, in der Regel in den Räumlichkeiten der Hessischen Staatskanzlei statt. Diese Briefings werden von Herrn von Heusinger durchgeführt, dem Leiter der Landesvertretung in Brüssel. Er bietet das extra für das Europakomitee an. Die jährlichen Besuche des Vereins in Brüssel werden von der Landesvertretung in Brüssel organisiert und entsprechend begleitet.

Nun zur Europa-Union Hessen. Auch im Landesverband Hessen der Europa-Union Deutschland ist das Land Hessen Mitglied und zahlt einen nicht unerheblichen Mitgliedsbeitrag. Darüber hinaus werden im Rahmen von Projektförderungen immer wieder Veranstaltungen lokaler Vereinigungen finanziell sowie durch die Teilnahme von

Herrn Staatssekretär Weinmeister oder mir unterstützt. Zahlreiche Verbände der Europa-Union Hessen werden überdies bei Reisen nach Brüssel in der Landesvertretung zu einem Besuch und Gesprächen entsprechend empfangen.

Nun zu den Jungen Europäischen Föderalisten, JEF. Zahlreiche Treffen der JEF Deutschland und der JEF Hessen finden in unserer Landesvertretung in Brüssel statt. Überdies werden die JEF regelmäßig im Rahmen von Projektförderungen aus Zuwendungsmitteln des Landes Hessen unterstützt. Im Jahr 2019 z. B. wurde für das Projekt „1040 Berlaymont“ eine Zuwendung in Höhe von bis zu 3.100 € gewährt. Zudem besteht ein regelmäßiger Gesprächsfaden zwischen uns und den JEF, in dem immer wieder Projekte und Themen besprochen werden. – So weit meine Antwort.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Fragen? – Kollege Kummer.

**Gerald Kummer (SPD):**

Frau Ministerin, Sie haben von Mitgliedsbeiträgen in nicht unerheblicher finanzieller Höhe gesprochen. Wie hoch ist denn die jährliche finanzielle Förderung, also die monetäre Förderung, dieser drei Genannten jeweils und insgesamt?

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:**

Das kann ich Ihnen gern im Einzelnen nachreichen. Wir zahlen bei zwei Organisationen einen Mitgliedsbeitrag. Einen Mitgliedsbeitrag entrichten wir beim Europakomitee und bei der Europa-Union Hessen. Außerdem fördern wir Projekte der Jungen Europäischen Föderalisten. Ich würde Ihnen die Zahlen gerne nachreichen, damit sie auch komplett sind.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur **Frage 60**. Herr Abg. Kaffenberger.

**Bijan Kaffenberger (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie den Bau der „Lichtwiesenbahn“ in Darmstadt, in dessen Rahmen rund 60 Bäume ohne Baumneupflanzung gefällt wurden, vor dem Hintergrund, dass sich wegen der daraus folgenden Umleitung der Straßenbahnlinie 2 die ÖPNV-Anbindung für mehrere Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg verschlechtert und somit der Luftreinhalteplan der Stadt Darmstadt durch ein möglicherweise steigendes Aufkommen im Bereich des MIV gefährdet werden könnte?*

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sehr geehrter Herr Abg. Kaffenberger, zunächst ein grundlegender Hinweis: Dem Land Hessen obliegt laut Gesetz keine Aufgabenträgerschaft und Zuständigkeit in der Organisation, Ausgestaltung und Planung des öffentlichen Personennahverkehrs. Somit ist auch die sogenannte Lichtwiesenbahn kein Vorhaben des Landes, sondern der HEAG mobilo GmbH, einem Tochterunternehmen der HEAG Holding und des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

Die HEAG mobilo GmbH hat am 16. April 2018 von der zuständigen Planfeststellungsbehörde – das ist in diesem Fall das Regierungspräsidium Darmstadt – antragsgemäß den Planfeststellungsbeschluss für den Bau des Vorhabens erhalten. Der Planfeststellungsbeschluss ist auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt veröffentlicht und damit für alle einsehbar.

Im Planfeststellungsverfahren wird in einigen Einwendungen darauf hingewiesen, dass sich das ÖPNV-Angebot für das Umland verschlechtern würde, wenn die Haltestellen „Merck-Stadion“ und „Böllenthal“ nach Inbetriebnahme der Anbindung des Campus Lichtwiese nicht mehr angefahren werden. Diese Einwendungen konnten im Planfeststellungsbeschluss zurückgewiesen werden.

Die Haltestellen „Böllenthal“ und „Merck-Stadion“ werden auch nach Inbetriebnahme der Lichtwiesenbahn von der Straßenbahnlinie 9 angefahren. Ein problemloser Umstieg und eine Fahrt in die Gemeinden des Vorderen Odenwaldes werden ebenfalls weiterhin sichergestellt bleiben. Ein steigendes Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs aus dem Umland nach Darmstadt wird nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde nicht erwartet. Damit ist auch keine Gefährdung der Einhaltung des Luftreinhalteplans der Stadt Darmstadt zu befürchten.

Es ist im Gegenteil darauf hinzuweisen, dass durch die Lichtwiesenbahn die derzeit hohe Anzahl der zum Campus Lichtwiese verkehrenden Busse erheblich reduziert wird. Das wiederum führt zur Entlastung der hoch belasteten Busspuren sowie der zentralen Haltestellen „Luisenplatz“ und „Willy-Brandt-Platz“ und trägt damit sogar zu einer Verringerung von lokalen Schadstoffemissionen bei. Außerdem enthält das Verkehrskonzept Lichtwiesenbahn die Erwartung, dass eine Verlagerung von Fahrten des motorisierten Individualverkehrs hin zum öffentlichen Personennahverkehr erfolgt. Diese Erwartung halte ich für realistisch. Auch dies wird zur Verringerung von Schadstoffemissionen beitragen.

Im Übrigen wurde im Planfeststellungsbeschluss angeordnet, dass die durch den Bau der Lichtwiesenbahn erfolgten Baumfällungen über eine Ökokontomaßnahme im Bereich des Hofgutes Oberfeld und damit ebenfalls auf dem Gebiet der Stadt Darmstadt kompensiert werden.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann kommen wir zu **Frage 61**. Fragesteller ist Kollege Daniel May für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

*Welchen Promotionszentren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften wurde das Promotionsrecht nach § 24 verliehen?*

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Staatsministerin Dorn.

**Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Abg. May, als im Oktober 2016 das erste Promotionszentrum an der Hochschule Fulda eröffnet wurde, hat das weit über die Grenzen Hessens hinaus Beachtung gefunden. Das macht uns nach wie vor bundesweit einmalig. Die Möglichkeit, eigenständig einen Dokortitel zu verleihen, macht die hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften für den wissenschaftlichen Nachwuchs noch attraktiver. Das Promotionsrecht stärkt die Hochschulen für angewandte Wissenschaften darin, anwendungsbezogene Forschungsvorhaben anzugehen.

Die hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften verfügen aktuell über sechs Promotionszentren zur eigenständigen Durchführung von Promotionen. An der Hochschule Fulda sind das die beiden Promotionszentren Sozialwissenschaften und Public Health. Hinzu kommen die beiden hochschulübergreifend organisierten Promotionszentren Angewandte Informatik und Soziale Arbeit.

Ganz neu sind die beiden Promotionszentren Nachhaltigkeitswissenschaften der Hochschule Darmstadt sowie Ingenieurwissenschaften mit Fachrichtung Life Science Engineering der Technischen Hochschule Mittelhessen, die im Januar und April genehmigt wurden.

Das Darmstädter Promotionszentrum greift mit Nachhaltigkeit ein wichtiges und aktuelles Thema auf, zu dem wir noch viel mehr wissen müssen, um globale Herausforderungen wie den Klimaschutz und die Energieversorgung meistern zu können. Das Gießener Promotionszentrum widmet sich mit Bioverfahrenstechnik der pharmazeutischen Technologie sowie der medizinischen Strahlenschutztechnik. Das sind Wissensgebiete, auf denen die beteiligten Professorinnen und Professoren der Technischen Hochschule Mittelhessen schon in der Vergangenheit sehr erfolgreich waren.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es Fragen? – Herr May, bitte schön.

**Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich möchte bei der Frau Ministerin nachfragen, ob es über die bereits bewilligten Promotionszentren hinaus Anträge auf Einrichtung weiterer Promotionszentren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften gibt.

**Präsident Boris Rhein:**

Frau Ministerin.

**Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abg. May, es liegt aktuell ein Antrag vor, und zwar das HAW-übergreifende Promotionszentrum „Logistik und Mobilität“ betreffend. Federführend ist die Frankfurt University of Applied Science. Zurzeit läuft das Antragsverfahren.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wir kommen zu **Frage 63**. Fragesteller ist der Kollege Degen. Bitte schön, Herr Degen.

**Christoph Degen (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie stellt sie sicher, dass Schülerinnen und Schüler, die ehrenamtlich in Hilfsorganisationen aktiv sind und während der Schulzeit zu Einsätzen gerufen werden, vom Unterricht für die entsprechende Einsatzzeit freigestellt werden?*

**Präsident Boris Rhein:**

Es antwortet Herr Staatsminister Prof. Dr. Lorz.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. Degen, für die Freistellung von Schülerinnen und Schülern für ehrenamtliche Arbeit gelten die allgemeinen Regelungen, die in der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses zu Befreiungen und Beurlaubungen niedergelegt sind.

Nach § 3 Abs. 2 dieser Verordnung können Schülerinnen und Schüler in besonders begründeten Ausnahmefällen auf Antrag ihrer Eltern, volljährige Schülerinnen und Schüler auf eigenen Antrag vom Unterricht beurlaubt werden.

Die Entscheidung trifft die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer, bei einer Beurlaubung für einen Zeitraum von mehr als zwei Tagen und in Verbindung mit Ferien die Schulleiterin oder der Schulleiter. Bei Auszubildenden in der Berufsschule findet das Ganze im Einvernehmen mit dem Ausbildungsbetrieb statt.

Ob ehrenamtliches Engagement, das von der Schule im Zeugnis gewürdigt werden kann, während der Unterrichtszeit einen solchen begründeten Ausnahmefall darstellt, ist je nach Sachverhalt eine Einzelfallentscheidung. Ich würde aber sagen, bei Einsätzen für die bekannten Hilfsorganisationen sollte die Abwägung hier relativ einfach sein.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Degen.

**Christoph Degen (SPD):**

Herr Minister, vielen Dank für die Antwort. – Ich will es an einem Beispiel deutlich machen: Es geht beispielsweise um junge Leute bei der freiwilligen Feuerwehr, die im Alter von 17 Jahren von der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung wechseln und dann zu Einsätzen der Feuerwehr gerufen werden, die nicht vorab beantragt werden können. Deshalb meine Frage: Wäre es nicht sinnvoll, dass Ihr Haus generell klarstellt, dass beispielsweise Einsätze der Feuerwehr, zu denen junge Leute, die noch an der Schule sind, gerufen werden, grundsätzlich zu Befreiungen führen? Das würde den jungen Leuten viel Sicherheit geben.

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister Prof. Lorz.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abgeordneter, wir haben uns, als Ihre Frage einging, selbstverständlich die Frage gestellt, ob es in irgendeinem Fall ein konkretes Problem gegeben hat, und haben versucht, das zu eruieren, soweit wir das nachfragen konnten.

Uns ist kein einziger Fall bekannt, wo sich das von Ihnen Geschilderte bisher als Problem herausgestellt hätte. Auch in der Kooperationsvereinbarung mit dem Landesfeuerwehrverband, die wir seit 2015 haben, gibt es keine Aussagen zur Freistellung vom Unterricht, weil der Feuerwehrverband bisher ganz offensichtlich ebenfalls kein Problem gesehen hat.

Wenn Sie einen Fall kennen, wo das irgendwie problematisch geworden ist, dann bitte ich herzlich darum, dass Sie uns das mitteilen. Bisher wurde aber von keiner Seite ein über die Verordnung hinausgehender Regelungsbedarf gesehen.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wir kommen zur **Frage 66**. Herr Abg. Yüksel, bitte schön.

**Turgut Yüksel (SPD):**

Ich frage die Landesregierung

*Wie beurteilt sie die Forderung, alle Schulkinder in Hessen zum Besuch einer KZ-Gedenkstätte zu verpflichten?*

**Präsident Boris Rhein:**

Es antwortet der Herr Kultusminister. Bitte schön.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. Yüksel, die Landesregierung verfolgt das Ziel, allen hessischen Schülerinnen und Schülern den Besuch einer NS-Gedenkstätte mit entsprechender Vor- und Nachbereitung im Unterricht zu ermöglichen. Deshalb sollen die Gedenkstätten in Hessen weiterhin bei ihrer Arbeit gefördert und insbesondere die Entwicklung neuer Wege der Bildungsvermittlung mit digitalen Möglichkeiten angeregt werden.

Zudem unterstützt die Hessische Landeszentrale für politische Bildung Besuche hessischer Gruppen in Gedenkstätten. Antragsberechtigt sind hessische Gruppen der Schul-, Jugend- und Erwachsenenbildung. In der Praxis stellen vor allem Schulen solche Anträge. Gefördert werden sowohl Eintagesbesuche als auch mehrtägige Projekte in Gedenkstätten, und zwar sowohl in Hessen als auch in Deutschland und im europäischen Ausland.

Die Gedenkstättenbesuche werden im schulischen Unterricht vor- und nachbereitet.

Darüber hinaus unterstützt das Hessische Kultusministerium durch abgeordnete Lehrkräfte die hessischen NS-Opfergedenkstätten Hadamar, Breitenau, Trutzhain und Stadtallendorf in ihrer pädagogischen Arbeit mit Schulen. Der Nationalsozialismus, seine Verbrechen und die Würdigung seiner Opfer sind verpflichtender Bestandteil der hessischen Kerncurricula, sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II.

Eine Verpflichtung zum Besuch von Gedenkstätten wird hingegen von den Gedenkstätten selbst und ihren Pädagogen überwiegend kritisch gesehen. So hält, um nur ein Beispiel zu nennen, der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Prof. Dr. Volkhard Knigge, eine Verpflichtung zum Besuch von KZ-Gedenkstätten für pädagogisch kontraproduktiv.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Herr Yüksel, bitte schön.

**Turgut Yüksel (SPD):**

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, wie viele Schulklassen in den letzten zwei Jahren eine KZ-Gedenkstätte besucht haben?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abgeordneter, wir führen dazu keine separate Statistik, aber das ließe sich sicherlich eruieren.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wir kommen zur **Frage 68**. Fragesteller ist der Kollege Schalauske für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Herr Schalauske.

**Jan Schalauske (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Antwort hat sie auf das Schreiben der damals zuständigen Staatsministerin Priska Hinz an den Verwaltungsrat der Hessischen Landesbank (Helaba) vom August 2018 erhalten, in dem die Ministerin eine Begrenzung der Mieterhöhungen bei der Helaba-Tochter GWH Wohnungs-*

*gesellschaft mbH Hessen analog zur Nassauischen Heimstätte gefordert hatte?*

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sehr geehrter Herr Abg. Schalauske, Frau Staatsministerin Hinz erhielt am 27. August 2018 die Nachricht, dass ihr Schreiben an die Mitglieder des Verwaltungsrats der Helaba weitergeleitet werde und der Vorstand der Hessischen Landesbank in der Sitzung des Verwaltungsrats über den Sachverhalt berichten werde. Eine weitere Antwort ist seither weder an Frau Staatsministerin Hinz noch an mich ergangen.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank. – Eine Zusatzfrage des Kollegen Schalauske.

**Jan Schalauske (DIE LINKE):**

Wie bewertet die Landesregierung den von Ihnen geschilderten Sachverhalt, Herr Minister? Nachdem laut Homepage der Helaba Ministerpräsident Volker Bouffier der Trägerversammlung angehört, Herr Staatsminister Thomas Schäfer dem Verwaltungsrat der Helaba angehört und Sie als Minister sein Stellvertreter in dieser Funktion sind, wäre es da nicht wünschenswert, wenn die Landesregierung eine genauere Kenntnis über den Sachstand hätte?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sehr geehrter Herr Schalauske, da Herr Schäfer erstens sehr zuverlässig ist und immer an den Sitzungen teilnimmt, bin ich noch nie in die Situation gekommen, ihn zu vertreten.

Zweitens. Selbst wenn ich nähere Kenntnisse hätte, dürfte ich es Ihnen – jedenfalls hier – nicht sagen, da die Mitglieder der Gremien zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

Drittens gehört zur Wahrheit, dass ich davon ausgehe, dass Sie, wenn Sie die Besitzverhältnisse bei der Helaba wirklich kennen, wissen, dass die Vertreter des Landes dort nicht in der Mehrheit sind – um es einmal vorsichtig auszudrücken –, sondern dass vor allem Vertreter der Träger von Stadt- und Kreissparkassen im Verwaltungsrat sitzen.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Herr Schalauske hat eine weitere Frage.

**Jan Schalauske (DIE LINKE):**

Herr Minister, vielen Dank für Ihre Antwort. – Ich möchte Sie fragen: Können Sie sich vorstellen, dass es aus der Sicht der Mieterinnen und Mieter der GWH, die in den letzten Jahren von erheblichen Mieterhöhungen betroffen waren, äußerst unzufriedenstellend erscheinen mag, dass die Antwort auf den offenen Brief, den die Ministerin im August letzten Jahres geschrieben hat, der den Wunsch enthält, dass weitere Mieterhöhungen verhindert werden, und die Haltung sowohl der Helaba als auch der GWH nie das Licht der Öffentlichkeit erblicken? Das könnte aus der Sicht der Mieterinnen und Mieter sehr unzufriedenstellend sein.

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sehr geehrter Herr Abg. Schalauske, noch einmal: Die Hessische Landesbank heißt zwar so, gehört aber nicht dem Land Hessen – jedenfalls nicht mehrheitlich. Sie gehört zum größten Teil den Sparkassen in Hessen und Thüringen. Übrigens ist auch die Thüringer Landesregierung zu einem Teil an der Helaba beteiligt. Ehrlich gesagt, ich bin gerade überfragt. Ich überlege, wer aus Thüringen dem Verwaltungsrat bzw. der Trägerversammlung angehört.

(Zuruf: Finanzen!)

– Finanzen, okay.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wir sind im Hessischen Landtag!)

Ich sage Ihnen das nur, weil Sie mich nach dem Verwaltungsrat gefragt haben. Da wäre es für Sie vielleicht ganz hilfreich, zu wissen, dass der nur zu einem geringen Teil aus Vertretern des Landes Hessen und darüber hinaus aus Vertretern des Landes Thüringen und vor allem aus Vertretern der Kreis- und Stadtparkassen besteht. Wie gesagt, wir haben an dieser Stelle ein gemeinsames Interesse daran – davon gehe ich aus –, dass die Mieten nicht drastisch erhöht werden. Diesen Wunsch haben wir alle.

Aber – ich drücke es einmal so aus – glücklicherweise haben sich bei Verkäufen, die in der Vergangenheit in Hessen stattgefunden haben, immerhin Käufer gefunden, die eher im öffentlichen Bereich zu suchen sind. In der Vergangenheit hat selbst Schwarz-Gelb in Hessen niemals den Fehler gemacht – anders als Rot-Rot in Berlin –, die Wohnungen komplett an Private zu verkaufen.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Nächster Fragesteller ist der Kollege Schaus.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Minister, Ihre – wie soll ich es sagen? – merkwürdige Antwort provoziert eine weitere Frage. Deswegen frage ich: War das Schreiben vom August letzten Jahres eher ein Pro-forma-Schreiben, oder sind Sie nicht der Meinung,

dass die Landesregierung die Aufgabe hat, dem nachzugehen, wenn es keine Antwort gibt?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sehr geehrter Herr Abg. Schaus, meine Antwort ist nicht merkwürdig. Vielmehr haben Sie mich gefragt, und ich habe Ihnen geantwortet.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Aber nicht auf das, was gefragt wurde!)

– Doch, exakt auf das, was gefragt wurde. Sie haben gefragt: Was ist mit dem Schreiben? Gab es eine Antwort? – Ich habe Ihnen gesagt, was geantwortet wurde. Ich verstehe nicht, wie die Antwort aus Ihrer Sicht merkwürdig sein kann. Es kann sein, dass Ihnen die Antwort nicht gefällt. Aber es wurde gefragt, was geantwortet wurde, und das habe ich Ihnen gesagt.

(Zurufe DIE LINKE)

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Nächste Fragestellerin ist die Kollegin Kula für die Fraktion DIE LINKE.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Herr Minister, ich habe eine Nachfrage, weil Sie jetzt auch Thüringen angesprochen haben. Haben Sie geplant, sich mit den thüringischen Vertretern in diesem Verwaltungsrat zusammensetzen, um dafür zu sorgen, dass die Mieterhöhungen für die hessischen Mieterinnen und Mieter der GWH zurückgenommen werden, oder zu verhindern, dass zukünftig so etwas noch einmal passiert? Planen Sie da eine Zusammenarbeit mit den thüringischen Partnern?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Ich habe Ihnen gesagt, wie die Besitzverhältnisse der Helaba sind. Diese drücken sich auch in der Anzahl der Sitze im Verwaltungsrat aus. Aus Sicht des Landes hat die Kollegin Hinz, die damals zuständig war, eine Anregung gegeben. Ob am Ende der Besitzer dieser Anregung folgt oder nicht, ist seine Sache. Ich habe an der Linie, die Frau Kollegin Hinz in der letzten Legislaturperiode vorgegeben hat, an dieser Stelle nichts geändert.

(Zuruf Hermann Schaus (DIE LINKE))

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Es gab zwei Zusatzfragen. Herr Kollege Warnecke, Sie können keine Nachfrage mehr stellen.

Damit kommen wir zu **Frage 70**. Fragesteller ist der Kollege Degen. Herr Degen, bitte schön.

**Christoph Degen (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Teilt sie die Auffassung, dass die Überwachung der Schulpflicht in Bezug auf die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an „Fridays for Future“ am besten von den Schulen vor Ort vorgenommen wird?*

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Kultusminister.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. Degen, selbstverständlich ist es die Aufgabe der Schulleiterinnen und Schulleiter, die Erfüllung der Schulpflicht vor Ort zu überwachen. Das stellen wir in keiner Weise infrage.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Herr Kollege Degen.

**Christoph Degen (SPD):**

Herr Kultusminister, vielen Dank für die diesmal wirklich knappe Antwort. Wenn dies die Aufgabe der Schulen ist, steht das nicht im Widerspruch zu Ihrer Aussage, möglicherweise ein Bußgeld zu verhängen, und zu dem Aufruf, den Sie – ich glaube – im März an die Schulämter verschickt haben, wonach es nicht den Schulen zu überlassen ist, sondern dass eine Teilnahme deutlich als ein Verstoß gegen die Schulpflicht zu werten ist?

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank. – Herr Minister.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. Degen, bei dem von Ihnen angesprochenen Schreiben, das am 13. März von unserer Seite an die Staatlichen Schulämter verschickt worden ist, handelt es sich in der Tat gleich in zweifacher Hinsicht um einen besonderen Fall. Es geht sozusagen nicht um das Alltagsgeschäft, sondern um eine Konstellation, in der zahlreiche Schulen über die Staatlichen Schulämter mit Nachfragen und Bitten um Auskunft an das Kultusministerium herantraten.

Die beiden Punkte, die diesen Fall so besonders machten, waren erstens die konzertierte bundesweite Großdemonstration von „Fridays for Future“ am 15. März, die zu diesem Zeitpunkt unmittelbar bevorstand und bundesweite Aufmerksamkeit erregt hat, sodass sich grundsätzlich alle Schulen davon betroffen fühlten, und zweitens die Tatsache, dass die Landesschülervertretung für die Teilnahme an dieser Großdemonstration vorgefertigte Musterentschuldigungsschreiben ausgegeben hatte. Die Schulen waren sich einfach unsicher, wie auf diese Vordrucke reagiert werden sollte.

Unter diesen besonderen konkreten Voraussetzungen sind wir auf die erwähnten Nachfragen hin unserer Verantwortung als oberste Dienstbehörde nachgekommen, eine dieser außergewöhnlichen Aktion entsprechende einheitliche Leitlinie zur Verfügung zu stellen. Ich will bei dieser Gelegenheit aber auch betonen, dass es bei der Einheitlichkeit dieser Leitlinie nur um die Bewertung des Fernbleibens vom Unterricht geht. Dazu gibt es einen Beschluss der Kultusministerkonferenz, wonach die Teilnahme an Demonstrationen kein Entschuldigungsgrund für das Fernbleiben vom Unterricht sein kann. Das ist ein Beschluss, zu dem ich nach wie vor stehe. Es ist sozusagen die Feststellung des Tatbestands, dass es kein entschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht zum Zwecke der Teilnahme an einer Demonstration geben kann.

Welche pädagogischen und sonstigen Konsequenzen man daraus zieht, dazu haben wir ganz bewusst keine Leitlinie herausgegeben. Das überlassen wir nämlich weiterhin der pädagogischen Entscheidungskompetenz unserer Schulleiterinnen und Schulleiter vor Ort.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Herr Kollege Degen, bitte.

**Christoph Degen (SPD):**

Nur kurz für das Protokoll, damit sich die Schüler auch darauf beziehen können: Ich habe Sie so verstanden, dass es weiterhin bei den Schulleitungen liegt, wie sie damit umgehen, wenn Schüler an den „Fridays for Future“-Demonstrationen teilnehmen – sieht man einmal von der großen Aktion am 15. März ab, auf die sich Ihr Schreiben bezog.

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Ja, das ist richtig. Zu entscheiden, welche Konsequenzen aus dem – unentschuldigten – Fernbleiben vom Unterricht zu ziehen sind, bleibt in der Verantwortung der Schulen. Nach allem, was ich höre, habe ich volles Vertrauen darauf, dass man in den Schulen dieser pädagogischen Verantwortung in angemessener Weise nachkommt.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Eine Nachfrage der Kollegin Kula, Fraktion DIE LINKE.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Herr Minister, ich möchte noch einmal konkret nachfragen, ob Sie weiterhin der Auffassung sind, dass die in dem Schreiben geschilderten Sanktionen die adäquate Antwort auf die Protestbewegung und das Fernbleiben von der Schule sind.



**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Frau Abg. Kula, ich wiederhole: In dem Schreiben ist nicht von Sanktionen die Rede, sondern wir stellen lediglich fest, dass die Teilnahme an Demonstrationen, egal für welchen noch so guten Zweck sie durchgeführt werden, kein Entschuldigungsgrund für das Fernbleiben vom Unterricht sein kann. Zu der Frage des Umgangs mit dieser Feststellung haben wir bewusst keine verbindlichen Vorgaben gemacht. Davon ist auch in dem Schreiben vom 13. März keine Rede.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Damit kommen wir zu **Frage 71**. Fragesteller ist der Kollege Eckert. Bitte schön.

**Tobias Eckert (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wird sie ihre Wirtschaftsförderrichtlinien dahin gehend überarbeiten, dass künftig soziale Kriterien berücksichtigt werden?*

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sehr geehrter Herr Abg. Eckert, Hessen ist ein wirtschaftsstarkes Land mit einem hohen Beschäftigungsstand. Die hessische Wirtschaftsförderung hat insbesondere die positive Entwicklung in Mittel- und Nordhessen sehr erfolgreich unterstützt. Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Im letzten Monat betrug die Arbeitslosenquote 4,5 %; in Nord- und Mittelhessen lag sie sogar unter dem Landesschnitt.

Vorrangiges Ziel der Wirtschaftsförderung ist die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze vor allem in den hessischen Regionalfördergebieten. Bisher wurde darauf verzichtet, darüber hinausgehende soziale Kriterien bei der Bewilligung von Förderungen zu berücksichtigen. Angesichts der ohnehin niedrigen hessischen Förderhöchstsätze würden Zusatzkriterien die Fördermöglichkeiten einschränken. In der Regel werden bei kleinen Unternehmen 20 % und bei mittleren Unternehmen 10 % der Investitionssumme gefördert.

Eine weitere Differenzierung nach unten ergibt wenig Sinn. Das Ergebnis wäre nämlich nicht, dass besonders soziale Firmen gefördert würden, sondern schlicht, dass letztlich weniger Fördermittel in die Fördergebiete gelangen würden als ohne Zusatzkriterien.

Theoretisch wäre die Einführung sozialer Kriterien bei der Bewilligung von Förderungen allenfalls sinnvoll, wenn man vor dem Hintergrund einer stark limitierten Förder-

mittelausstattung weitere geeignete Entscheidungskriterien bei der Projektauswahl benötigen würde.

Grundsätzlich werden soziale Kriterien sowie Kriterien des Umwelt- und Klimaschutzes in den Förderrichtlinien des Landes Hessen berücksichtigt, wenn sie den jeweiligen Förderzweck unterstützen und rechtlich – hier insbesondere beihilferechtlich und vergaberechtlich – zulässig sind. Zu einer generellen Überarbeitung von Wirtschaftsförderlinien wird daher gegenwärtig keine sachliche Veranlassung gesehen.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Herr Minister.

Das gibt mir die Gelegenheit – bevor ich dem Kollegen Eckert das Wort erteile –, den ehemaligen Kollegen Timon Gremmels, unseren Kollegen aus dem Bundestag, zu begrüßen. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Damit darf ich dem Kollegen Eckert das Wort erteilen.

**Tobias Eckert (SPD):**

Ich gehe davon aus, dass wir beide zu Recht die schwächer werdende Tarifbindung hessischer Unternehmen und Ähnliches mehr beklagen: Glauben Sie nicht, dass ein vom Land durchgeführtes Zuschlagsverfahren im Rahmen von Wirtschaftsförderinstrumenten einer der Wege wäre, um Unternehmen dahin zu bekommen, dass sie sich tatsächlich wieder – wie wir es uns vorstellen – in eine Tarifpartnerschaft begeben und Mitglied z. B. von Arbeitgeberverbänden werden? Warum gehen Sie diesen Weg nicht? Oder haben Sie im Moment andere Instrumente in Ihren Planungen, um diesen Weg entsprechend zu unterstützen?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sie wissen – das haben Sie richtigerweise angesprochen –, dass ich es sehr begrüße, wenn wir eine Tarifbindung haben. Aber noch einmal: Bei unseren Fördersätzen – 20 % bzw. 10 % – würde die Einführung eines weiteren Kriteriums nicht dazu führen, dass wir „die Besseren“ fördern, sondern dazu, dass wir nicht mehr fördern. Das ist eine Abwägung, die man treffen muss. Wir sind aus diesem Grund der Auffassung, dass wir an dieser Stelle das Richtige entschieden haben.

Übrigens darf ich an dieser Stelle darauf hinweisen: Die Debatte haben wir in Hessen immer mit Blick auf Thüringen geführt, wo man solche Kriterien eingeführt hat. Da hat sich allerdings die Förderlandschaft deutlich verändert. Große Unternehmen werden auch in Thüringen nicht mehr gefördert, da inzwischen deutlich weniger Geld zur Verfügung steht, weil es – das ist eine gute Nachricht – Thüringen wirtschaftlich besser geht als vorher. Nach meiner Kenntnis wird das, was man in Thüringen im Jahr 2009 eingeführt hat, inzwischen nicht mehr angewandt.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Es gibt eine weitere Nachfrage des Kollegen Eckert. Bitte schön.

**Tobias Eckert (SPD):**

Herr Minister, Sie haben bisher nur erklärt, was nicht geht. Deswegen meine Frage: Was machen Sie, um hessische Unternehmen weiterhin dahin gehend zu fördern und zu unterstützen, dass sie in Tarifgemeinschaften, in Arbeitgeberverbände gehen, damit ein Tariflohn, wie wir beide uns ihn vorstellen, tatsächlich der Stand der Dinge ist? In der Tat bin ich froh über Ihre Einlassung; aber die Frage wäre doch: Was folgt konkret daraus? Dazu haben Sie leider nichts gesagt.

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Herr Abg. Eckert, es liegt daran, dass der Staat nicht alles kann. Im Grundgesetz ist – das ist eine große Errungenschaft – die Koalitionsfreiheit festgeschrieben. Das bedeutet, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht haben, sich zusammenzuschließen. Es wurde lange dafür gekämpft, und auch Arbeitgeber haben dieses Recht. Aber zu dieser Freiheit gehört eben auch die Freiheit, das nicht zu tun.

Wenn Sie jetzt von uns verlangen, dass wir die vergleichsweise geringen Mittel, die wir als Regionalförderung an kleine und mittlere Unternehmen verteilen, quasi zu einer Art Bonus-Malus-System machen, dann verstehe ich den Wunsch. Ich kann Ihnen aber sagen, dass jedenfalls diese Mittel dafür nicht geeignet sind.

Erstens ist es dafür „zu wenig“, und zweitens ist die Wirtschaftsförderung dafür nicht das taugliche Instrument. Denken Sie beispielsweise an das Thüringen von früher, als noch viel Geld an größere Unternehmen geflossen ist. Da gab es eine hohe Leiharbeitsquote, die teilweise ausgeschlossen wurde. Das wird so auch nicht mehr gemacht, weil das Geld gar nicht mehr an große Unternehmen geht.

Wenn ich das an dieser Stelle einmal so sagen darf: Wann immer ich mit Unternehmern sowie mit den Vertretern von Gewerkschaften und Kammern rede, weise ich darauf hin, dass es gute Gründe gibt, warum Vereinigungen, und zwar auf beiden Seiten, gut sind. Das gilt für den Organisationsgrad bei Gewerkschaften wie auch für die Frage, wer Mitglied im Arbeitgeberverband ist.

**Präsident Boris Rhein:**

Möchte noch jemand? – Offensichtlich nicht.

Wir kommen zur **Frage 72**. Fragesteller ist der Kollege May. Bitte schön.

**Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie hat sich der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss an allgemeinbildenden Schulen in den letzten 20 Jahren entwickelt?*

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Kultusminister.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. May, die Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss an allgemeinbildenden Schulen wird in Hessen seit dem Abschlussjahr 2001/2002 berechnet. In dieser Zeit – bis zum Schuljahr 2017/2018 – konnte sie von 5,5 % auf 2,3 % gesenkt werden. Das heißt, wir haben diese Quote mehr als halbiert.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Fragen? – Bitte schön, Herr Kollege Lambrou.

**Robert Lambrou (AfD):**

Ich würde gerne die Nachfrage stellen, ob Sie eine Prognose wagen, wie sich die Quote weiterentwickeln wird – ob sie wieder ansteigen, gleich bleiben oder weiter sinken wird.

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Minister.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. Lambrou, wenn wir das voraussehen könnten, würde ich mich für den Vertrieb von Kristallkugeln bewerben. Nein, das können wir nicht. Wir können nur eines sagen: Wir müssen mit Sicherheit die Anstrengungen, die wir unternommen haben – und die wir auch für verantwortlich dafür halten, dass sich diese Quote so gut entwickelt hat –, fortsetzen, wenn wir die Quote weiter unten halten wollen.

**Präsident Boris Rhein:**

Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur **Frage 81**. Es fragt der Kollege Schalauske.

**Jan Schalauske (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ist sie gewillt, Teile der landeseigenen Liegenschaft Meisenbornweg in Gießen – frühere Hessische Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (HEAE) – neben einer Nutzung als Gedenkstätte auch im Rahmen einer Konzeptvergabe für die Schaffung von dringend benötigtem bezahlbarem Wohnraum in der Universitätsstadt zur Verfügung zu stellen, z. B. in Form von studentischem Wohnraum?*

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Schalauske, die landeseigene Liegenschaft Meisenbornweg 13 bis 17 in Gießen soll demnächst vom Land zur gemeinsamen Unterbringung der zurzeit auf mehrere Standorte verteilten Niederlassung Mitte des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen umgebaut und anschließend genutzt werden. Das betrifft die Häuser 2, 3, 4 und 7.

Das Haus 5 wird bereits heute durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge genutzt. Für das Haus 1 wird erwogen, dort die von Ihnen in der Fragestellung angesprochene Gedenkstätte unterzubringen. Das Haus 6 wird als Kantine und als Versammlungsbereich genutzt. Somit wird die Liegenschaft auch in Zukunft nahezu vollständig vom Land genutzt. Überlegungen für eine anderweitige Nutzung bestehen aufgrund des Eigenbedarfs des Landes nicht.

**Präsident Boris Rhein:**

Gibt es weitere Fragen? – Herr Kollege Schalauske.

**Jan Schalauske (DIE LINKE):**

Herr Staatsminister, vielen Dank für die Antwort. – Hätte es für die Unterbringung der zuständigen Stelle des LBIH nicht eine Alternative gegeben, sodass man in Gießen an dieser Stelle vonseiten des Landes noch etwas zur Schaffung des dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums hätte tun können?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Schalauske, das Land ist schon seit längerem auf der Suche nach einer geeigneten Immobilie, die die auf mehrere Standorte verteilte Niederlassung Mitte an einer Stelle konzentriert, sodass die sich jetzt abzeichnende Lösung – unter den obwaltenden Umständen im Gießener Umfeld – als die optimale Unterbringungsmöglichkeit angesehen wird. Eine andere Lösung hat sich nach einer längeren Zeit der Suche als nicht realistisch herausgestellt.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Damit kommen wir zur **Frage 82**. Fragestellerin ist die Kollegin Lena Arnoldt. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Lena Arnoldt (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie aus hessischer Sicht die vereinbarten Maßnahmen hinsichtlich des Kampfs gegen Share Deals bei der Grunderwerbsteuer?*

**Präsident Boris Rhein:**

Es antwortet der Minister der Finanzen, Herr Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Frau Abg. Arnoldt, in dem – vom Titel her möglicherweise nicht zwingend unmittelbar darauf schließen lassenden – Gesetzentwurf zur Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften sind genau die Maßnahmen enthalten, auf die Sie rekurren. Sie sind Bestandteil einer ursprünglich auf hessische Initiative zurückgehenden Beschlussfassung der Finanzministerkonferenz, die nun der Bund in seine Gestaltung des Gesetzentwurfs übernommen hat. Darin ist eine Reihe von Einzelmaßnahmen enthalten, die die Finanzministerkonferenz jeweils mit großer Mehrheit beschlossen hat.

Ich verhehle nicht, dass ich mit dem Ergebnis nicht restlos zufrieden bin, vor dem Hintergrund, dass die verfassungsrechtliche Prüfung weiter gehender Maßnahmen von den Gutachtern verworfen worden ist und dass die Besteuerung im Generellen an die Veränderung des zivilrechtlichen Eigentums an Grundstücken anknüpft.

Wenn Sie von Share Deals reden: Da verändert sich gerade nicht das zivilrechtliche Eigentum, denn das bleibt bei der jeweiligen juristischen Person, sondern es verändert sich nur die Trägerschaft, die Gesellschafterstellung bei der Gesellschaft. Da das nicht der gleiche Sachverhalt ist, sondern ein Sachverhalt, auf den die Regelungen zum Grunderwerb beim zivilrechtlichen Eigentum quasi analog angewendet werden, sind dem enge Grenzen gesetzt, dies auszuweiten.

Deshalb werden wir mittelfristig nicht umhinkommen, das gesamte Besteuerungsregime einer Überprüfung zu unterziehen und möglicherweise eine stärkere Betrachtung des wirtschaftlich tatsächlich Berechtigten anzustellen und weniger prinzipiengenau der Veränderungen des zivilrechtlichen Eigentums. Insofern bin ich mit dem Zwischenschritt zufrieden, glaube aber, dass wir mittelfristig noch einige Schritte weitergehen müssen.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Warnecke. Bitte schön.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Schäfer, habe ich Sie richtig verstanden, dass es sich um verfassungsrechtliche Bedenken seitens der dort mit Gutachten beauftragten Juristinnen und Juristen gehandelt hat, oder handelt es sich nur um rechtliche Bedenken, die durch Gesetze ausgeräumt werden könnten?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Kollege Warnecke, es handelt sich um ausdrücklich verfassungsrechtliche Fragestellungen. Ich habe versucht, es auszuführen. Sie besteuern einen Sachverhalt, der sich von dem abhebt, der eigentlich dem Besteuerungsgesche-

hen unterfällt. Dies nennen die Juristen eine Fiktion. Er wird als etwas fingiert, was er gar nicht ist. Das darf aus verfassungsrechtlichen Gründen nur sehr eingeschränkt sein.

Deshalb war auch schon unter den Finanzministern nicht unumstritten, ob die Absenkung der 95-%-Schwelle auf die 90-%-Schwelle möglicherweise schon die verfassungsrechtlichen Grenzen sprengt. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung die 95-%-Grenze für verfassungsgemäß gehalten. Es hat sich naturgemäß nicht über eine niedrigere Schwelle geäußert, weil es darüber nicht zu befinden hatte.

Es war zunächst einmal angedacht, die Grenze bei 75 % anzulegen; das ist aus Verfassungsgründen sehr eindeutig verworfen worden. Selbst die Absenkung von 95 % auf 90 % – die bringt nicht so viel – setzt uns aber verfassungsrechtlichen Risiken aus, die ich jedenfalls gerne vermieden hätte. Andere Elemente dieses Gesetzentwurfs halte ich für wirkungsvoller als gerade diesen Teil.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Herr Dr. Schäfer. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann haben wir noch Zeit, eine Frage aufzurufen, das ist die **Frage 83**. Sie stellt der Kollege Yüksel. Bitte schön.

**Turgut Yüksel (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Unterstützt sie die Einhausung der A 661 in Frankfurt am Main finanziell?*

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Sehr geehrter Herr Abg. Yüksel, ich möchte meiner Antwort Folgendes voranstellen: Die Einhausung der A 661 ist eine große Chance für Frankfurt. Sie verbessert die Lebensqualität, sie hebt die trennende Wirkung der A 661 auf und ermöglicht den Bau von mehr bezahlbarem Wohnraum in Hessens größter Stadt.

Nun zu Ihrer Frage. Obwohl es sich bei der Einhausung um ein vorrangig stadtplanerisches und städtebauliches Projekt handelt, ist das Land Hessen bereit, die Stadt insbesondere in administrativer Hinsicht umfangreich zu unterstützen, z. B. durch die Beauftragung der DEGES mit der Erbringung der erforderlichen Planungsleistung für die Stadt Frankfurt.

Weiterhin wird das Land eine Verkehrsuntersuchung in Auftrag geben, um die für die Planung der Einhausung erforderliche mittel- und langfristige Dimensionierung der A 661 verbindlich abzuklären und damit der Stadt Frankfurt den Einstieg in die Planung für die Einhausung überhaupt erst zu ermöglichen. Das Land Hessen wird die Kosten für diese, für die Einhausungsplanung zwingend erforderliche, Untersuchung tragen, solange es noch als Auftragsverwaltung für die Bundesautobahnen zuständig ist.

Eine Beteiligung des Landes Hessen an den Baukosten für die Einhausung ist verfassungsrechtlich nicht möglich, weil es sich bei der Autobahn um eine Straße des Bundes und bei der Einhausung um ein Projekt der Stadt handelt. An beiden Projekten darf sich das Land nicht beteiligen, weil Mischfinanzierungen nicht zulässig sind.

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es Nachfragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wollen wir es noch wagen? – Ja, machen wir noch eine Frage, dann haben wir wenigstens eine Frage der neuen Eingänge gemacht. Das ist die **Frage 84** des Kollegen Bolldorf. Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Kollege Bolldorf.

**Karl Hermann Bolldorf (AfD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Gründung eines Antidiskriminierungsvereins durch die Landkreise Marburg-Biedenkopf und Gießen hinsichtlich bereits jahrelang bestehender Strukturen auf dem Feld der sogenannten „Antidiskriminierung“, wie beispielsweise die Antidiskriminierungsstelle des Bundes oder die Stabsstelle Antidiskriminierung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration?*

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank. – Es antwortet der Minister für Soziales und Integration, Kai Klose.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Herr Abg. Bolldorf, die Hessische Landesregierung fördert seit 2018 den Aufbau und die Etablierung von vier regionalen Antidiskriminierungsnetzwerken. Das sind die sogenannten ADiNets in Nord-, Mittel- und Südhessen und im Rhein-Main-Gebiet. Aufgabe dieser Netzwerke ist, Ausgrenzungen und Diskriminierungen entgegenzuwirken, wo sie geschehen, d. h. vor Ort im alltäglichen Umgang miteinander.

Das mittelhessische Antidiskriminierungsnetzwerk wird aktuell vom Landkreis Gießen getragen. Teil der Förderung ist die Vorbereitung und die Gründung eines Vereins, um Engagierte und Interessierte im Antidiskriminierungsbereich zusammenzubringen und das Bewusstsein für Benachteiligungsformen sowie das Wissen über wirksame Gegenstrategien in die Breite zu tragen. Die Beteiligten reagieren so auf den Bedarf einer horizontal und mehrdimensional ausgerichteten Antidiskriminierungsarbeit und treten in regionaler und interkommunaler Zusammenarbeit Diskriminierungen entgegen.

Vor diesem Hintergrund bewertet die Landesregierung die Gründung eines Antidiskriminierungsvereins als positiv und absolut unterstützenswert. Bei Antidiskriminierungsarbeit ist nicht nur das Land gefragt, sondern wir alle. Deshalb freuen wir uns, dass sich so viele zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Kommunen engagieren.

Die regionalen Antidiskriminierungsnetzwerke in Nord-, Mittel- und Südhessen sowie im Rhein-Main-Gebiet leis-

ten einen wichtigen Beitrag zu einem offenen und wertschätzenden Miteinander und ergänzen die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, die landesweit aktiv ist und die regionale Arbeit koordiniert, sehr gut. Welche Kommunen am Ende Mitglied des Antidiskriminierungsvereins werden, bleibt ihnen selbstverständlich selbst überlassen.

(Beifall Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD), Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Jan Schalauske (DIE LINKE))

**Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Gibt es weitere Fragen? – Eine Nachfrage des Kollegen Bolldorf.

**Karl Hermann Bolldorf (AfD):**

Vielen Dank, Herr Minister. – Besteht da nicht die Gefahr von Doppelstrukturen und Ressourcenineffizienz, woraus sich unter Umständen eine Unklarheit der Betroffenen ergibt, an welche Stelle sie sich zielorientiert wenden können? Findet vielleicht auch ein vertikaler Austausch der Institutionen statt?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Herr Abg. Bolldorf, diese Gefahr sehen wir nicht, weil wir landesseitig die vier Antidiskriminierungsnetzwerke koordinieren und es eine enge Anbindung an die Tätigkeit der Antidiskriminierungsstelle in meinem Hause gibt. Deshalb gibt es aus unserer Sicht keine Gefahr von Doppelstrukturen oder Parallelarbeit. Die regionalen Netzwerke sollen im Gegenteil gerade dazu dienen, auch Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen, die leichter erreichbar sind, weil sie näher zu den Betroffenen existieren.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Herr Bolldorf, bitte.

**Karl Hermann Bolldorf (AfD):**

Noch eine Frage: In welcher Höhe sehen Sie für diese Dinge Haushaltsmittel vor?

**Präsident Boris Rhein:**

Herr Staatsminister.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Die Bewilligungen für 2019 sehen so aus, dass das ADiNet Nordhessen, getragen von der Bildungsstätte Anne Frank, eine Fördersumme von 75.000 € erhält, das ADiNet Mittelhessen, getragen vom Landkreis Gießen, eine 50-prozentige Anteilfinanzierung in Höhe von 47.000 €, das ADiNet

Südhessen, getragen vom Verein Fabian Salars Erbe, eine Anteilfinanzierung von 74.900 € und das ADiNet Rhein-Main, getragen von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, eine Vollfinanzierung in Höhe von 92.200 €.

**Präsident Boris Rhein:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Die Zeit ist um, und ich stelle fest, dass die Fragestunde damit abgehalten worden ist.

(Die Fragen 86, 88, 93, 94, 96, 101, 103, 105 bis 107 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 85, 87, 89 bis 92, 95, 97 bis 100, 102, 104 und 108 bis 110 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 2:**

**Regierungserklärung**

**Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund**

**Lebe Dein Europa**

Der Aufruf erfolgt zusammen mit **Punkt 36:**

**Antrag**

**Sabine Waschke (SPD), Karina Fissmann (SPD), Stephan Grüger (SPD), Gerald Kummer (SPD), Fraktion der SPD**

**Europa fit machen für hessische Kommunen**

– **Drucks. 20/620** –

und **Punkt 59:**

**Dringlicher Antrag**

**Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Subsidiarität leben in Europa**

– **Drucks. 20/665** –

Die vereinbarte Redezeit beträgt 20 Minuten je Fraktion, und die vereinbarte Rednerreihenfolge ist, dass selbstverständlich die Landesregierung beginnt. Dann folgt die SPD, dann kommt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dann die AfD, dann die Freien Demokraten, dann DIE LINKE, dann die CDU. Normalerweise, wenn sie nicht erkrankt wäre, könnte dann die fraktionslose Abgeordnete sprechen.

Insoweit habe ich jetzt die Regularien erläutert und darf damit der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Frau Staatsministerin Puttrich, das Wort erteilen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Im Oktober vergangenen Jahres haben 82,4 % der Wählerinnen und Wähler dafür gestimmt, dass das Bekenntnis zu einem geeinten Europa in die hessische Landesverfassung aufgenommen wird. Das bedeutet ein überwältigendes Ja zur

Europäischen Union, und in diesem klaren Auftrag handelt die gesamte Hessische Landesregierung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kennen die überragende Bedeutung der EU für Hessen. Eine aktuelle Umfrage im Auftrag des Hessischen Rundfunks hat ergeben, dass sich vier von fünf Hessen stark mit der EU verbunden fühlen. Auch das zeigt ein ausgesprochen deutliches Bekenntnis zu Europa. Diese Zahlen belegen, dass die meisten Hessen nicht nur wissen, sondern schätzen, was die Europäische Union für jeden Einzelnen von uns bedeutet. Sie wissen, dass wir die vielen Jahre in Frieden, Freiheit und Demokratie der Europäischen Union zu verdanken haben. Meine Kinder kennen keine Grenzbäume. Sie kennen sie nur aus Erzählungen, und ich wünsche mir, dass meine Enkelkinder sie auch nie kennenlernen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Die Menschen in Hessen wissen, dass nur die EU es ermöglicht, dass wir grenzenlos leben, lernen und arbeiten und in vielen Ländern mit einer einheitlichen Währung, dem Euro, zahlen können. Die Menschen wissen, dass die EU ihren Bürgern wirtschaftlichen Erfolg und soziale Errungenschaften bietet. Diese Beispiele zeigen: Wir leben unser Europa, es lebt sich gut in Europa, und wir wollen, dass dies so bleibt.

Die Entscheidungen, die in Brüssel und Straßburg getroffen werden, stellen viele wichtige Weichen für die Entwicklung in Hessen. Prominente Beispiele sind der Finanzplatz Frankfurt, der Flughafen Frankfurt und die hessische Wirtschaft insgesamt. Viele andere Beispiele bleiben jetzt ungenannt.

Nach dem Brexit wird der bedeutendste europäische Finanzplatz, London, außerhalb der EU liegen. Deshalb bringen wir uns aktiv ein, wenn wichtige Entscheidungen getroffen werden, z. B. zum Euro-Clearing. Auch zur weiteren Vertiefung der Kapitalmarktunion fallen wichtige Entscheidungen in Brüssel. Das hat wesentliche Auswirkungen auf den Finanzplatz Frankfurt und weit darüber hinaus.

Auch bei der REACH-Verordnung, deren Umsetzung Auswirkungen für die starke hessische Chemieindustrie hat, sind wir für die hessische Wirtschaft – und die Sicherung der Arbeitsplätze in dieser Branche – in Brüssel aktiv. Ebenso setzen wir uns für die Interessen der hessischen Bauern ein, z. B. wenn es um die zukünftigen Schwerpunkte im EU-Haushalt geht.

Was Brüssel entscheidet, hat also direkte Wirkung auf die Menschen hier in Hessen und den Wohlstand unseres Bundeslandes. Deshalb ist es wichtig, welche Politik in Europa künftig gemacht wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Interesse an Europa ist so stark wie nie. Das erleben ich und auch der Staatssekretär bei unseren vielen Terminen, die wir in Hessen haben, und dieses Interesse macht uns sehr froh.

Trotzdem, die Europäische Union hat ein Imageproblem. Warum verfangen die oft so einfachen Antworten der Populisten? Warum gelingt es nicht, Mythen über Europa abzuräumen? Warum denken viele Menschen beim Begriff Europa zuerst an Bürokratie und den Krümmungsgrad von Gurken statt an Frieden, Freiheit und Demokratie?

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Die Hessische Landesregierung macht sich mit einem speziellen Aktionsprogramm vor der Europawahl unter dem Titel „Lebe Dein Europa“ seit Wochen für Europa stark. Dieser Slogan ist ein Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger, sich zu beteiligen und sich einzumischen. Er ist ein Aufruf an die Wählerinnen und Wähler, zur Europawahl zu gehen. „Lebe Dein Europa“ ist aber auch ein Auftrag an die Politik.

Die Menschen erwarten von uns, dass wir eine Vision von Europa haben. Sie möchten wissen, wie ihre Zukunft aussehen wird und welche Antworten wir auf die großen Fragen dieser Zeit geben. Sie möchten wissen, wie dieses Europa künftig organisiert sein und worum es sich kümmern wird.

Bei allen Erfolgen, die Europa aufzuweisen hat, müssen wir uns deshalb selbst fragen: Wie können wir besser werden? – Eines ist sicher: Viele Menschen wollen, dass sich Europa um die großen Dinge kümmert und weniger um die kleinen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat das einmal so formuliert: „Big on the big things, small on the small things.“

Die Menschen erwarten von uns auch, dass Europa eine Antwort auf die sich verändernde internationale Ordnung gibt: auf den Aufstieg Chinas, die Machtpolitik Russlands und den neuen Kurs der Vereinigten Staaten.

„Lebe Dein Europa“ bedeutet also auch, dass die EU nach innen ihre Bürgerinnen und Bürger überzeugen und nach außen kraftvoll auftreten muss. Wenn wir wollen, dass die EU über ihre Außengrenzen hinaus als starker Akteur in Erscheinung tritt, ist der innere Zusammenhalt auf der Basis einer freiheitlichen Demokratie eine zentrale Voraussetzung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb treten wir auch jedem Angriff auf unsere Werte – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- oder Pressefreiheit – kraftvoll und mutig entgegen, in unserem Land und auch darüber hinaus.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die europäischen Nationen können nur gemeinsam als freiheitliche Demokratien im Kampf der Systeme bestehen. Das schafft kein Mitgliedsland allein.

Ich bin dankbar, in einem freien und geeinten Europa zu leben. In meinem Europa werden wir besser und stärker durch Zusammenarbeit. Wir tun die Dinge gemeinsam, bei denen wir gemeinsam erfolgreicher sind als jeder einzelne Staat für sich. Alles andere sollte bei den Nationalstaaten oder auch bei den Ländern und Kommunen bleiben. Vieles können wir auf lokaler Ebene am besten regeln. So wie wir in Deutschland mit dem Föderalismus und in Hessen mit der kommunalen Selbstverwaltung gute Erfahrungen gemacht haben, sind wir in Europa erfolgreich, wenn wir das Prinzip der Subsidiarität achten.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt also: Wir müssen die großen Dinge regeln. Wir müssen in der Europäischen Union Prioritäten setzen. Natürlich können wir auch über die Zeitumstellung oder den Energieverbrauch von Staubsaugern sprechen. Aber es gibt

wichtigere Themen. Da stehen z. B. die Folgen der Globalisierung, der Digitalisierung, der Klimawandel, Migration und Terrorismus, aber auch die soziale Frage auf der Agenda.

Die Lösung dieser Herausforderungen wird uns nur mit vereinten Kräften gelingen. „Lebe Dein Europa“ heißt also auch, das bestehende Europa weiterzuentwickeln.

Lassen Sie mich hierzu nur einige Beispiele nennen. Denn 20 Minuten reichen nicht aus, um auf alles einzugehen, auf das ich gerne eingehen würde.

Ja, wir brauchen eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Betrachtet man die Konflikte in der Welt und die zunehmende Globalisierung, dann wird deutlich, dass wir dringend eine gemeinsame Linie in der europäischen Außenpolitik benötigen.

Es war gut, dass die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, das Abkommen mit dem Iran verhandelt hat. Dafür hat sie übrigens auch den Hessischen Friedenspreis bekommen.

Umso bedauerlicher ist es, dass das Abkommen inzwischen einseitig von den USA gekündigt wurde. Wir brauchen auch zukünftig eine starke und gemeinsame Stimme. Denn der Frieden ist ein europäisches Gemeinschaftsprojekt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Viele Menschen machen sich Sorgen um den Frieden und sehen ihn – durchaus auch zu Recht – bedroht. Deshalb war der Wunsch nach Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bei den Bürgerinnen und Bürgern der EU-Mitgliedstaaten noch nie so groß wie heute. 75 % der Europäer haben bei einer Umfrage im Frühjahr vergangenen Jahres eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU befürwortet. Mit PESCO, der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, haben wir bereits einen guten Anfang gemacht. Unsere gemeinsame Verteidigung soll effektiver und effizienter werden. Die Einsatzfähigkeit soll gestärkt werden.

Wir brauchen eine gemeinsame Klimapolitik. Denn der Klimawandel macht an den Ländergrenzen nicht halt. Die Klimapolitik ist eine unserer wesentlichen Zukunftsfragen.

Die Europäische Union muss Antreiber für weltweiten Klimaschutz sein und bleiben. Ökologie und Ökonomie schließen sich dabei nicht aus, sondern ergänzen sich. Sie sind die zwei Seiten der gleichen Medaille. Dass das geht, zeigen wir in Hessen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine gemeinsame Migrationspolitik. Denn auch wenn die Migrationsströme zurückgegangen sind, wird der Migrationsdruck auf Europa weiterhin hoch sein. Deshalb muss sich die Europäische Union in Regionen der Welt engagieren, aus denen die Menschen vor Armut und Perspektivlosigkeit fliehen. Das gilt z. B. für Afrika. Die dort vorhandenen Probleme sind auch unsere. Nur wenn sich die Europäische Union dort engagiert, kann sie Perspektiven geben und Fluchtbewegungen reduzieren.

Damit die Europäische Union im Inneren frei sein kann, müssen ihre Außengrenzen sicher sein. Deshalb muss die Europäische Grenz- und Küstenwache, Frontex, gestärkt werden. Daher findet sich auch im hessischen Koalitions-

vertrag die Vereinbarung, dass wir uns an den Einsätzen zum Schutz dieser Grenzen weiterhin mit hessischen Polizisten beteiligen.

(Beifall CDU)

Auch die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems muss ganz oben auf der Prioritätenliste der Europäischen Union bleiben. Wir müssen gemeinsame Lösungen finden, die für alle Staaten praktikabel und vertretbar sind.

Wie das gemeinsam geht, haben wir in Hessen gezeigt: Über Parteigrenzen hinweg haben wir uns der Flüchtlingskrise gemeinsam gestellt. „Lebe Dein Europa“ heißt auch, Probleme gemeinsam zu lösen und um Kompromisse zu ringen.

Wir brauchen eine abgestimmte Steuerpolitik. Es darf nicht sein, dass z. B. der Handwerksmeister in Deutschland brav seine Steuern zahlt, während internationale Großkonzerne die Schlupflöcher im europäischen Netz nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass das beendet wird.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen die Initiativen der OECD und auch das deutsch-französische Projekt für eine effektive Mindestbesteuerung. Außerdem müssen wir uns deutlich vor Augen führen, dass dank des Internets und fortschreitender Digitalisierung neue Wirtschafts- und Geschäftsformen entstanden sind. Das bedeutet aber nicht, dass wir alle Regeln außer Kraft setzen werden. Wir müssen unsere Regeln anpassen, national und international. Gleiche und faire Bedingungen für alle, so muss der Grundsatz lauten. Das muss auch für Google und Facebook gelten.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen auch bald eine Einigung zum mehrjährigen Finanzrahmen, der von 2021 bis 2027 gelten wird. Denn er wird die Grundlage schaffen, um die Schwerpunkte der europäischen Politik umzusetzen. Es gilt, die vielen guten Projekte in Hessen umzusetzen, die wir letzte Woche gemeinsam vorgestellt haben. Das waren die Kolleginnen und Kollegen Frau Priska Hinz, Tarek Al-Wazir, Kai Klose und ich. Wir haben einen guten Überblick gegeben, welche guten Projekte es in Hessen gibt und wie viel gutes Geld nach Hessen fließt.

Wir brauchen eine klare Position hinsichtlich der Erweiterung der Europäischen Union. Wir müssen uns darüber einig werden, ob, wann und wie wir eine Erweiterung unserer Gemeinschaft wollen.

Länder, die alle Voraussetzungen erfüllen und wirklich ein Teil unserer Wertegemeinschaft sein wollen, benötigen eine ernsthafte Beitrittsperspektive. Das gilt z. B. für die Länder auf dem Westbalkan. Dort herrschte vor 20 Jahren noch Krieg. Der eine oder andere vergisst das leicht. Bei meinem ersten Besuch in der Vojvodina in Serbien habe ich erlebt, dass die Menschen dort kein Vorankommen bei den Beitrittsverhandlungen registrieren. Sie haben das Gefühl, in der Europäischen Union eventuell nicht willkommen zu sein. Wir müssen ehrlich, klar und fair mit den Beitrittskandidaten umgehen. Andernfalls wachsen Unsicherheit und Misstrauen.

Keinen Platz in der Europäischen Union hat gegenwärtig die Türkei, die sich ganz eindeutig von der Demokratie abwendet. Meines Erachtens kann sie auch nicht mehr als

Demokratie bezeichnet werden. Es schmerzt mich immer wieder, das so klar sagen zu müssen. Denn viele Menschen in der Türkei möchten anders leben und leiden unter dieser Situation sehr.

(Zustimmung CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Lebe Dein Europa“, das tun wir durch unsere Landesvertretungen in Brüssel und Berlin. Hier leben wir Europa bereits sehr aktiv.

Um Europa zu gestalten und weiterzuentwickeln, brauchen wir vor allem Mut. Wir in Europa müssen mutiger sein. Wer mutig ist, kann scheitern. Aber er hat die Chance, zu gewinnen. Wer mutlos ist, ist machtlos.

Wir müssen wagen, neue Wege zu gehen. Europa darf, soll und muss sich verändern. Wir müssen den Mut haben, Veränderungen notfalls auch durch die Überarbeitung bestehender Verträge zu erreichen.

Wir müssen wagen, über das Prinzip der Einstimmigkeit zu diskutieren. Eine Gemeinschaft mit noch 28 Mitgliedstaaten braucht andere Regeln als eine, die bei ihrer Gründung sechs Mitgliedstaaten hatte.

Wir müssen wagen, die heutige Europäische Union zu reformieren. Wir müssen sie reformieren, nicht reparieren. Denn die Europäische Union ist kein Reparaturfall, wie es uns die Populisten glauben machen wollen. Die Europäische Union ist kein statisches Konstrukt, sondern eine lebendige Gemeinschaft, die sich immer weiter fortentwickelt und besser wird.

Lassen Sie uns darüber diskutieren, wie wir noch besser werden. Aber lassen Sie uns auch sagen, dass die Europäische Union diese Diskussion und diesen Einsatz wert ist und dass unsere Zukunft in ihrem Erfolg liegt.

Damit komme ich zu dem, was Hessen zu einem lebenswerten Europa beitragen kann. Der Stellenwert der Europäischen Union ist in dem Koalitionsvertrag fest verankert. Wir hatten noch nie so viele Themen hinsichtlich der Europäischen Union in einem Koalitionsvertrag. Ich glaube, auch im Vergleich mit anderen heben wir uns deutlich hervor.

Wir zeigen mit unserem Koalitionsvertrag und unserem Bekenntnis zur Europäischen Union und den entsprechenden Maßnahmen Haltung. Wir geben Orientierung. Wir stärken den Zusammenhalt.

Dafür haben wir unterschiedliche Dinge vorgesehen, kleinere und größere. Wir wollen eine Frankfurter Europakonferenz installieren. Wir wollen einen besonderen Preis, den Hessischen Europapreis, ausloben. Ja, wir werden eine Serviceeinheit für die EU-Förderung weiter aufbauen. Vor allen Dingen – das ist mir am wichtigsten – werden wir uns weiterhin stark hinsichtlich der europäischen Bildung engagieren. Die europäische Bildung ist wesentlich und wichtig. Wer gut gebildet ist, geht Populisten weniger auf den Leim.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass man sich begegnet, dass junge Leute die Chance haben, die Europäische Union weiter kennenzulernen, und haben deshalb in unserem Koalitionsvertrag auch eine Kampagne zu „Free Interrail“. Das bedeutet, dass wir Mittel zur Verfügung stellen wollen, dass sich mehr junge

Menschen innerhalb der Europäischen Union mit einem Interrail-Ticket bewegen können.

Wir verfolgen damit zwei Ziele. Das eine ist: Wir wollen, dass junge Leute lernen, sich begegnen, und wollen das nicht nur als Angebot für Akademiker oder höher Gebildete, sondern für breite Bevölkerungsschichten in der Jugend. Und wir wissen: Reisen bildet. Das ist das tatsächliche Ziel, Bildung durch Reisen, und deshalb die Investition in „Free Interrail“-Tickets.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch unsere Partnerschaften machen Europa erlebbar. Sie tragen dazu bei, Gemeinsamkeiten zu erkennen und Unterschiede zu verstehen. Ja, man muss die Partner auch verstehen. Diese Partnerschaften sind für uns unverzichtbar. Deshalb werden wir die Partnerschaften, die wir als Land Hessen haben, weiter pflegen und ausbauen. Und wir wollen eine Partnerschaft mit der autonomen Provinz Vojvodina in Serbien schließen. Die ersten Schritte sind getan. Die Vereinbarung wird derzeit erarbeitet, und wenn alles gelingt, sollte sie am Ende des Jahres auch unterzeichnet werden.

„Lebe Dein Europa“ ist nicht nur das aktive Motto unseres Aktionsprogramms zur Europawahl. Es ist das, was wir machen: Wir leben Europa.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Boris Rhein:**

Darf ich Sie auf die vereinbarte Redezeit hinweisen, Frau Ministerin?

#### **Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:**

Wir engagieren uns für das, was uns am Herzen liegt, und gestalten mit. Zum Engagement gehört auch, mitzuentcheiden; denn sonst übernehmen das andere für uns. Mitentscheiden heißt auch, wählen zu gehen. Aus meiner Sicht ist die Teilnahme an der Europawahl wichtiger denn je. Wir wollen die Wahlbeteiligung in Hessen erhöhen und werden diese Anstrengungen in den nächsten Tagen unvermindert fortsetzen.

Wir alle können das Wort Brexit schon fast nicht mehr hören. Aber er ist ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn Populisten die Oberhand gewinnen. Die Brexit-Befürworter haben mit Unwahrheiten das Zerrbild einer EU gezeichnet. Sie haben mit knackigen Parolen mobilisiert und knapp gewonnen. Mit nicht einmal 2 % Vorsprung haben sie erreicht, dass sich Großbritannien in einer nie da gewesenen Krise befindet, zerrissen ist und im Stillstand verharrt.

Wir wollen nicht, dass Europa den gleichen Weg geht. Deshalb treten wir klar und eindeutig dem europafeindlichen Populismus entgegen, der auf Hass und Ausgrenzung setzt, sei es von rechts oder links, egal in welchem Land. In Österreich ist gerade die Maske der recht nationalen FPÖ gefallen, und es ist eine hässliche Fratze zum Vorschein gekommen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Ich hoffe, dass noch mehr Masken fallen werden – auch in Deutschland.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen. Engagement lohnt sich; denn die Menschen wollen Europa. Deshalb heißt „Lebe Dein Europa“: mitbestimmen, einmischen, wählen gehen, die EU-feindlichen Populisten mutig in ihre Schranken weisen, Europa gemeinsam noch besser machen. Denn Europa ist unsere Zukunft.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Präsident Boris Rhein:**

Herzlichen Dank, Frau Staatsministerin Puttrich.

Ich darf auf der Besuchertribüne unseren früheren Kollegen, den ehemaligen Europaminister Volker Hoff begrüßen. Herzlich willkommen. Wir freuen uns, dass Sie heute bei uns sind, lieber Volker Hoff.

(Beifall)

Ich hatte Ihnen schon gesagt, dass es eine verabredete Rednerreihenfolge gibt. Nach dieser Verabredung spricht jetzt für die Fraktion der SPD deren Fraktionsvorsitzender, Thorsten Schäfer-Gümbel. Sie haben das Wort, Herr Fraktionsvorsitzender.

### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen wurde ich gefragt, was eigentlich mein persönliches Europa-Ereignis ist, was ich mit Europa verbinde. Ich musste darüber nicht sehr lange nachdenken. Es war Mitte April 1990, vier Wochen, nachdem ich meinen Führerschein gemacht hatte und mit drei Freunden nach Berlin gereist bin: nach Berlin an dem ersten Ostern nach dem Fall der Berliner Mauer.

Wie viele in diesen Tagen, sind auch wir an die Mauer gegangen, weil wir bunte Stücke von dieser Mauer abschlagen wollten. Auf der Westseite gab es nichts mehr. Deswegen haben wir eines der vielen Löcher in der Mauer genutzt, um in den ehemaligen Todesstreifen hineinzugehen und von der Innenseite Stücke abzuklopfen. Wenige Minuten, nachdem wir begonnen hatten, fingen uns zwei NVA-Soldaten im selben Alter ab und schmissen uns aus dem Grenzgebiet hinaus mit dem Hinweis, das sei DDR-Grenzgebiet, und wir hätten hier nichts zu suchen.

Wir haben an diesem Loch zwei Stunden miteinander über das diskutiert, was in den letzten Monaten alles passiert ist. Nachdem es dunkel wurde, sagten die beiden jungen Leute, jetzt könnten wir reinkommen, die Vorgesetzten würden uns nicht mehr sehen. Wir haben dann ein paar Steine abgeklopft und sind in einem Trabant-Kübel eine gute halbe Stunde mit den beiden NVA-Soldaten durch den ehemaligen Todesstreifen gefahren.

Warum erzähle ich das? – Ich erzähle es, weil Frieden, Freiheit, Demokratie und Solidarität keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen aktiv erarbeitet werden.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Die historische Chance der deutschen und der europäischen Einigung, die ganz unzweifelhaft durch den beherzten Einsatz der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR und die friedliche Revolution entstanden ist, auch durch das historische Zugreifen von Helmut Kohl und der konservativ-liberalen Bundesregierung und die Vorarbeiten aus der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt – all dies beweist, dass Geschichte machbar und gestaltbar ist, wenn wir den Mut dazu haben.

Um nicht mehr und nicht weniger geht es an diesem 26. Mai bei der Europawahl: diesen Anspruch auf Gestaltung, Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstverwirklichung zu schützen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

In 122 Stunden und vier Minuten schließen die Wahllokale. Das ist eine Entscheidungswahl. Das ist die wichtigste Europawahl, die es je gab; davon bin ich persönlich überzeugt. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft dessen, was wir in Europa in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben: ein Europa, das zusammengewachsen ist, ein Europa ohne Binnengrenzen, ein Europa der Demokratie, der Freiheit und des Wohlstands. Wir alle entscheiden, ob Europa weiterhin dieser Ort bleibt oder ob Europa wieder in die Vergangenheit zurückfällt.

Die Rechtspopulisten in Europa wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, zurück zu einem Europa der Schlagbäume, zurück zu einem Europa des Nationalismus und der Abschottung. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Geisterfahrer dürfen in Europa nicht das Ruder übernehmen. Wer das genauso sieht, muss am 26. Mai proeuropäische Parteien wählen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE)

Am besten wählen Sie sozialdemokratisch.

(Beifall SPD – Manfred Pentz (CDU): Na ja! – Michael Boddenberg (CDU): Bis jetzt war die Rede okay!)

– Lieber Kollege Boddenberg, ich hatte angekündigt, dass die Rede nicht durchgängig so sein wird, dass das gesamte Haus applaudiert. Ich bin ziemlich sicher, am Ende wird auch nicht der größere Teil applaudieren.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du hast aber gut angefangen!)

– Ich habe mich bemüht, um nach hinten heraus noch ein paar Akzente zu setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nämlich nicht nur abstrakt um Europa, es geht um die konkrete Ausgestaltung. Es geht nicht nur um das Ob, sondern auch und gerade um das Wie. Wer beim Ob stehenbleibt, erleichtert es den Nationalisten, dagegen Stimmung zu machen. Wir brauchen einen veritablen Streit um die politische Richtung in Europa. Ich gestehe, dass mir persönlich der Wahlkampf politisch zu seicht ist.

(Beifall SPD und Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

„Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“ – dieses Zitat meines großen europäischen Vorbilds, Jacques Delors,

will ich über meine Antwort auf die Regierungserklärung von Frau Puttrich stellen. Die Antwort von Evelyn Regner, Obfrau der österreichischen Sozialdemokraten, gleich dazu: „Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein.“

Nach aktuellen Umfragen liegen Konservative und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament nur wenige Mandate auseinander – vorausgesetzt, man bezieht in die Berechnung Orban und Fidesz mit ein; denn natürlich ist Europa – deswegen erwähne ich es – so, wie es gerade läuft, nicht perfekt. Ich finde, es ist notwendig, auch an einem solchen Tag zu diskutieren und zu streiten.

Schauen wir uns nur die Arbeitsbedingungen an. Da haben wir es vielerorts mit handfester Ausbeutung zu tun – das muss man auch einmal so klar beim Namen nennen –, z. B. bei den Paketzustellern. Das ist am Ende eine europäische Frage; denn wer in Bulgarien z. B. nur 1,87 € Mindestlohn bekommt, für den sind 4 € in Deutschland immer noch viel. Der Zoll hat das vor Kurzem untersucht. Viele arbeiten rund um die Uhr, 20 % der Zusteller schlafen in ihren Wagen – das können Sie regelmäßig auf der A 5, der A 3, auf der A 45 und sonst wo beobachten –, und dafür bekommen sie auch noch Hungerlöhne. Mit diesem Lohndumping muss Schluss sein; denn es geht auch anders,

(Beifall SPD und DIE LINKE)

mit ordentlichen Arbeitsplätzen in Deutschland, Tarifverträgen und anständigen Löhnen, wie es gerade bei der Deutschen Post im Regelbetrieb vorgemacht wird.

Deswegen dürfen wir uns nicht länger mit dieser organisierten Verantwortungslosigkeit bei den Postdienstleistern abfinden. Hermes, DHL, TNT, und wie sie alle heißen, dürfen sich nicht länger hinter Subsubsubununternehmen verstecken. Denen müssen und werden wir das Handwerk legen. Ich bin froh, dass es dazu nach langem Hin und Her eine Entscheidung in Berlin gibt. Das hätte schneller gehen können, wenn es den Konservativen bewusst gewesen wäre, was sie denn eigentlich wollen. Wir erinnern daran, dass die Kollegen Merkel und Altmaier das eine gesagt haben, Frau Kramp-Karrenbauer das Gegenteil.

Wir aber stehen für ein soziales Europa, für ein Europa mit Mindestlöhnen in jedem Land, einem Mindestlohn, der nicht überall gleich ist, von dem aber die Menschen in jedem Land gut leben können; denn das schützt doch auch unsere Beschäftigten vor Lohndumping.

(Beifall SPD und Janine Wissler (DIE LINKE))

Die Konservativen sagen uns, Arbeits- und Sozialpolitik hätten nichts mit Europa zu tun. Sie sagen uns, das sei Sache des Nationalstaats. Denen sage ich, die sollen sich einmal mit den Beschäftigten von Deliveroo unterhalten, die bei Wind und Wetter Essen ausliefern. Das Unternehmen ist in ganz Europa unterwegs und tätig. Überall das gleiche Muster: Keine Festangestellten, Anstellungen nur nach Scheinselbstständigkeit, Betriebsräte werden verhindert. Dort bestimmt ein Algorithmus, wie die Fahrer bezahlt werden – je nach Strecke und je nach Uhrzeit immer wieder neu. Kein Beschäftigter weiß am Anfang des Monats, wie viel er dort am Ende verdienen wird. Damit unterlaufen sie mancherorts alle Mindestlohnregelungen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dieses Beispiel aber steht nur stellvertretend für die neue digitale Arbeitswelt. Wenn wir jetzt in Europa nicht die Regeln dieser Arbeitswelt bestimmen, dann haben wir bald Wilden Westen, und das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall SPD)

Europa muss Schutzmacht der Beschäftigten sein. Ein Geschäftsmodell, das einzig und allein zulasten der Beschäftigten geht, darf in Europa keine Zukunft haben. Schluss mit der Scheinselbstständigkeit in Europa. Das zeigt uns doch auch eines: Der Wert der Arbeit wird nicht gegen Europa verteidigt, er wird in und mit Europa verteidigt.

(Beifall SPD)

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Union hat dieser Tage von „zu viel Sozialklimbim“ gesprochen. Ich erlaube mir den kleinen Hinweis, dass wir ohne diesen „Sozialklimbim“, um in seiner Sprache zu bleiben, Anfang dieses Jahres deutlich weniger Wirtschaftswachstum gehabt hätten, als es der Fall war. Wer Wirtschaft und Soziales so auseinanderspielt, ist wirtschaftspolitisch bestenfalls im Marktradikalismus des letzten Jahrhunderts hängen geblieben. Zunehmende Ungleichheit verhindert Wohlstand und nachhaltiges Wachstum. Wir brauchen auch in Europa endlich eine Kehrtwende.

(Beifall SPD)

Wer in Europa Geschäfte machen will, muss hier auch Steuern zahlen, und wer keine Steuern zahlt, der darf hier auch keine Geschäfte machen. Da bin ich im Grundsatz einig mit dem, was Frau Puttrich grundsätzlich gesagt hat. Die Frage, ob ich Ihnen abnehme, dass Sie es ernst meinen, was Sie hier formulieren, steht dabei allerdings – angesichts der Auseinandersetzungen nicht nur in der Großen Koalition, sondern auch deutlich darüber hinaus – auf einem anderen Blatt.

Ich bin wirklich froh – und dabei sind wir uns wieder einig –, dass Frankreich und Deutschland Seite an Seite dafür kämpfen, dass digitale Konzerne endlich besteuert werden. Europa kann auch mühsam sein, und dies ist bereitetes Beispiel dafür, wie mühsam Europa sein kann. Aber es kann eben nicht sein, dass jeder Imbissbudenbetreiber brav seine Steuern zahlt, Internetgiganten wie Google und Facebook aber nicht. Dieser Missstand muss endlich behoben werden.

(Beifall SPD und Dirk Gaw (AfD))

Deshalb sagen wir ganz klar, das muss die Logik sein, und deswegen brauchen wir eine Digitalsteuer und eine Mindestbesteuerung in Europa. Es geht um fairen Wettbewerb und nicht um freien Wettbewerb. Die kommenden fünf Jahre werden existenziell sein, um diese Frage zu klären.

Europa ist im Übrigen nicht nur darauf eine Antwort, sondern auch auf viele andere Fragen. Seit Wochen demonstrieren Schülerinnen und Schüler auf der ganzen Welt für mehr Klimaschutz. Ich finde das richtig gut. Wir haben hier mehrfach darüber diskutiert. Sie legen den Finger in die Wunde. Leider verweigern einige Parteien noch immer diese Diskussion: Die Nationalisten leugnen ganz einfach den Klimawandel und beschimpfen die jungen Leute. Einige Liberale sprechen den jungen Leuten gleich die Kompetenz ab, das solle man lieber die Profis machen lassen. Und in der Union redet man lieber übers Schuleschwänzen statt über Klimaschutz. Mit diesen Stellvertreterdebatten muss endlich Schluss sein, wir brauchen Taten.

(Beifall SPD)

Wir brauchen Taten, und das heißt in diesem Jahr auch ein Klimaschutzgesetz, so wie es bereits angestoßen und mit der Union verabredet ist. Ich hoffe sehr, dass die Gesprä-

che bis Ende des Jahres auch zu einem Durchbruch kommen. Deutschland ist das einzige Industrieland, das aus Atomenergie und aus der Kohle aussteigt – ein gewaltiger Transformationsprozess. Aber Klimaschutz macht nicht an den nationalen Grenzen halt. Es geht nur in und mit Europa. Klimaschutz darf im Übrigen auch kein Elitentema sein. Ich möchte, dass die vielen von der Energiewende profitieren, und nicht nur die wenigen.

Umweltschutz und Arbeitsplätze müssen daher zusammengedacht werden; wir als Sozialdemokratie wollen, dass Europa der innovativste und nachhaltigste Wirtschaftsraum der Welt wird. Dafür braucht es eine moderne Strukturpolitik, die Arbeitsplätze schafft. Dafür braucht es eine moderne Batteriestruktur in ganz Europa, damit E-Mobilität eine Zukunft hat. Dafür braucht es einen engagierten Ausbau von Stromtrassen und vieles andere mehr. Wer dieses Europa will, der braucht keinen konservativen Sparhaushalt, der braucht sozialdemokratische Investitionshaushalte.

(Beifall SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Europa ist auch ein Friedensprojekt. Damit meine ich nicht nur, dass dieses Europa die Gräueltaten und Schrecken zweier Weltkriege überwunden hat und wir die Zukunft unserer Kinder wieder zusammen gestalten. Auch heute und ganz aktuell gilt: Europa ist ein Friedensprojekt. Vor wenigen Monaten haben Donald Trump und Wladimir Putin den INF-Vertrag zur atomaren Abrüstung aufgekündigt. Das hat direkte Auswirkungen auf die Sicherheit für uns alle in Europa. Damit fallen letzte Hürden, Europa wieder aufzurüsten, auch mit Atomwaffen. Die Zeiten, in denen wir uns in der Außen- und Sicherheitspolitik auf andere verlassen können, sind vorbei. Da kann man jetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und anfangen zu jammern – oder wir krempeln die Ärmel hoch und finden eine europäische Antwort, eine Antwort, die mehr Frieden schafft, mehr Abrüstung, mehr Gerechtigkeit in der Welt. Das ist das genaue Gegenteil von Debatten um neue Flugzeugträger in Europa.

(Beifall SPD)

Wir unterschätzen manchmal, wie viel Europa in der Welt erreichen kann, wenn wir alle zusammenhalten und uns auf unsere Stärke besinnen. Dann kann von Europa aus vieles gelingen.

Wir haben vor wenigen Wochen klargemacht: Solange im Jemen Tag für Tag Menschen sterben und Kinder hungern müssen, solange Saudi-Arabien dort Kriegspartei ist, so lange darf es keine weiteren Waffenlieferungen aus Deutschland dorthin geben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Deutschland ist das einzige Land der Welt, das aufgrund des schrecklichen Krieges im Jemen und dem brutalen Mord an dem Journalisten Khashoggi keine Waffen dorthin liefert – und das ist auch richtig so.

(Beifall SPD, vereinzelt DIE LINKE und Robert Lambrou (AfD))

Wir wollen ein Europa, das sich für Frieden starkmacht, für Abrüstung, für mehr Gerechtigkeit in der Welt – für eine Welt, in der die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren zählt. Deswegen ist Europa nicht nur ein

Friedensprojekt von gestern, sondern ein Friedensprojekt für die Zukunft.

Ich bin ausdrücklich mit der Ministerin darin einig, was sie zum Thema Balkan gesagt hat, einschließlich der Beitrittsperspektiven des Balkans in die Europäische Union. Auch darum geht es im Übrigen am 26. Mai bei dieser Europawahl.

Lassen Sie mich am Ende zu den politischen Rahmenbedingungen und zu dem Teil kommen, der sicherlich nicht alle in diesem Hause erfreuen wird. Es gibt tatsächlich wirkliche Europäer, die sich am Sonntag zur Wahl stellen, z. B. Frans Timmermans. So einen überzeugten Europäer sucht man unter den Konservativen derzeit vergebens.

(Michael Boddenberg (CDU): Wer sagt das?)

Aus deren Mitte kamen einst große Namen, die Europa mit aufgebaut und stark gemacht haben. Heute sehe ich da kein Herzblut mehr.

(Holger Bellino (CDU): Ei, ei, ei!)

Im Gegenteil: Sie laviert da fahl und bleich herum, um den rechten Rand ja nicht zu vergraulen.

(Beifall SPD)

In Ungarn ist es Seehofers und Webers Kumpel Viktor Orban, der jetzt vor der Europawahl den Rechtspopulisten schmeichelt. Er sagt: Wir brauchen neue Wege der Zusammenarbeit mit den europäischen Rechten. – Ich frage mich: Wie weit will der Orban denn noch auf sie zugehen? Er hat sie doch schon längst rechts überholt. Frau Merkel hat sich kritisch dazu geäußert, aber Orban zündelt weiter. Wie lange soll das eigentlich noch weitergehen, liebe Freunde und Freundinnen der Union? Schaffen Sie endlich Klarheit, bekennen Sie Farbe, und schmeißen Sie Orban endlich aus der EVP heraus – ein für alle Mal.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und DIE LINKE)

Ich sage das in aller Offenheit: Das hätte es bei früheren Konservativen nicht gegeben. Wer Orban hofiert, hat die falschen Freunde. Aber nicht nur in Ungarn machen die Konservativen gemeinsame Sache mit Rechtsradikalen. In Österreich dienen sich die Konservativen sogar noch als Steigbügelhalter in einer gemeinsamen Koalition mit den Rechtsradikalen und den Nationalisten der FPÖ an.

(Holger Bellino (CDU): Wo, im Burgenland?)

– In Österreich.

(Holger Bellino (CDU): Im Burgenland, die SPÖ!)

– Auch. Ich habe dazu eine sehr klare und abgeschlossene Meinung. Ich halte das für völlig inakzeptabel. Das haben wir übrigens an vielen Stellen gesagt.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nationalisten, die jeden Tag gegen die Pressefreiheit hetzen, die gegen Minderheiten hetzen – es hat lange gedauert, bis die Konservativen die Reißleine gezogen haben. Das verstörende Video von Strache und Co. muss auch dem Letzten die Augen geöffnet haben. Mit Nationalisten paktiert man nicht, und zwar zu keinem Zeitpunkt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Lassen Sie uns das übrigens auch nicht vergessen, weil es eben in dieser kleinen Nebenbemerkung der Ministerin einfließen ist: Auch für das Chaos in Großbritannien ist eine konservative Partei zuständig, die das angezettelt hat und die anschließend keinen Weg mehr gefunden hat, aus dem Schlamassel, den sie selbst mit angerichtet hat, herauszukommen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, Europa ist für viele Millionen Menschen auf der Welt ein Sehnsuchtsort. Sie kommen zu uns, weil es hier Frieden, Freiheit und Sicherheit gibt. Wir wollen auch für die Europäerinnen und Europäer selbst, dass Europa wieder ein Sehnsuchtsort wird. Ein Slogan, mit dem wir in diesen Wahlkampf gezogen sind, lautet: „Europa ist die Antwort“. – Viele aber fragen: Was ist denn eigentlich die Frage? – Die Frage ist, wie wir unseren Wohlstand sichern und ausbauen. Die Frage ist, wie wir den Wert der Arbeit schützen. Die Frage ist, wie wir den Frieden bei uns erhalten und woanders schaffen. Das sind die Fragen. Auf diese Fragen kann und wird es nur eine Antwort geben: Europa. Europa ist die Antwort. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD)

#### **Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:**

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Ich darf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Dahlke bitten, zu uns zu sprechen.

#### **Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schäfer-Gümbel hat es uns eben schon erzählt. Ich frage Sie aber auch noch einmal: Was verbinden Sie persönlich mit Europa? – Die Möglichkeit, in den Urlaub zu fahren, ohne Geld umzutauschen, ohne Grenzkontrollen, mit kostenlosem Roaming? Die Chance, im Ausland zu leben und zu arbeiten, ohne ein Visum beantragen zu müssen? Das Erasmus-Jahr, das Sie oder Ihre Kinder während des Studiums gemacht haben?

Als ich im Jahr 1999 auf die weiterführende Schule gekommen bin, war das eine sogenannte Europaschule. Ich konnte dort als erste Fremdsprache Französisch, später Englisch und als dritte Fremdsprache sogar noch Spanisch lernen. Ich konnte an drei Schüleraustauschen mit Frankreich und an einem mit England teilnehmen.

Als ich in der 7. Klasse war, wurde der Euro eingeführt. Ich kann mich noch erinnern, dass wir Schülerinnen und Schüler bei unserer Austauschfahrt nach Clermont-Ferrand alle super erleichtert waren, nicht mehr alles ungefähr durch drei teilen zu müssen, sondern direkt zu wissen, wie viel der Crêpe oder der Kinobesuch kosten würde. Bei all diesen Fahrten – auch bei der Skifreizeit in Österreich oder im Campingurlaub in Italien – war es selbstverständlich, dass keine Grenzkontrollen stattfinden.

Warum erzähle ich Ihnen das alles? – Kurz gesagt: Ich fühle mich heute als Europäerin und kann mir ein Deutschland mit Grenzkontrollen und einer nationalen Währung nicht mehr vorstellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD)

Die meisten Bürgerinnen und Bürger Hessens denken das auch. Sie haben sich im Oktober mit deutlicher Mehrheit dafür ausgesprochen, dass Hessen sich als Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Union bekennt und dass das auch in unserer Verfassung festgeschrieben wird. Das ist ein starkes Bekenntnis zur der Europäischen Union, die wir heute haben.

Diese Europäische Union wird von vielen oft als selbstverständlich angenommen; aber das ist sie nicht. Stattdessen stehen wir gerade an einem entscheidenden Moment in der Geschichte Europas, und zwar an dem wichtigsten, seit ich mich erinnern kann, weil sich entscheidet, wie wir in Zukunft auf unserem Kontinent zusammenleben werden.

Die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlage. Die Digitalisierung verändert unser Arbeitsleben und unsere Wirtschaft. Menschen fliehen nach Europa, weil sie in ihrer Heimat wegen Bürgerkriegen, aber auch wegen Umwelt- und Klimazerstörung nicht mehr leben können. Innerhalb der eigenen Grenzen wird die EU von populistischen und nationalistischen Bewegungen angegriffen und durch den Wunsch nach einem Austritt – Sie haben es eben schon wieder gehört – auf die Probe gestellt. Ich finde, die EU ist heute nicht perfekt, aber all diese Herausforderungen enden ja nicht einfach an einer nationalen Grenze. Trotzdem fallen noch zu viele politische Entscheidungen auf der nationalen Ebene. Aber für diese Fragestellungen einfache Lösungen in nationalen Grenzen zu suchen, ist der falsche Weg. Stattdessen muss Europa hier gemeinsame Antworten finden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Dafür brauchen wir nicht eine Sonntagsrede nach der anderen über Europa. Wir brauchen keine schönen Reden, sondern wir brauchen europäisches Handeln, und zwar nicht erst im Jahr 2040 oder 2050, sondern eigentlich schon für 2019, 2020 und 2021.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Wo wir besonders eng zusammenarbeiten müssen, ist beim gemeinsamen europäischen Klimaschutz. Die Klimakrise ist – das muss man heute sagen – die größte Herausforderung, vor der die Menschheit steht. Der Kampf gegen die Klimakrise geht nur schleppend voran. Die Europäische Union setzt zwar schon viele Standards im Umweltrecht, aber diese Regeln werden von den nationalen Regierungen leider nur teilweise umgesetzt. Gegen Deutschland laufen deswegen aktuell 17 Vertragsverletzungsverfahren. Die Koalition in Berlin missachtet europäisches Umweltrecht und fördert weiterhin ein Wirtschaften zulasten von Klima, Umwelt und Natur.

Ich höre immer wieder: China baut neue Flughäfen, Brasilien brennt den Regenwald nieder. Deswegen bringt es doch nichts, wenn wir in Europa, in Deutschland oder sogar in Hessen das Klima schützen. – Da kann ich nur sagen: Na klar macht das Klima nicht vor nationalen Grenzen halt. Aber Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe und muss deshalb auch global angegangen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Das funktioniert aber nur, wenn alle ihre Verantwortung im Hier und Jetzt wahrnehmen. Gerade wir hoch entwickelten Staaten in Europa haben eine historische Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Ländern. Die Indus-

triestaaten haben schon heute viel mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen, als weniger entwickelte Staaten es jemals tun werden. Gleichzeitig treffen die Auswirkungen der Klimakrise die ärmsten Länder zuerst. Sie tun es bereits jetzt.

Deswegen brauchen wir Vorreiter und positive Beispiele, die zeigen, dass Wohlstand und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften keine Gegensätze sind. Wenn wir den umweltfreundlichen Technologiewandel weiter blockieren, gefährden wir nicht nur das Klima, sondern auch die Zukunft von Industrie und Arbeitsplätzen hier in Deutschland.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Je später und zaghafter wir etwas gegen die Klimakrise unternehmen, desto schwieriger wird es, Schäden noch wirklich reparieren zu können, weil immer weitere Kippunkte erreicht werden.

Forscher sagen aktuell: Wir haben nur noch elf Jahre Zeit, um wirklich etwas unternehmen zu können. – Also ist die Europawahl eine der letzten großen Chancen, zukunftsfähige Politik zu wählen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Michael Boddenberg (CDU))

In der Europäischen Union gibt es einen gemeinsamen Markt mit freiem Waren-, Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr. Davon profitiert übrigens insbesondere Hessen sehr stark. Hessen importiert 43 % und exportiert sogar 57 % aller Waren im Handel mit EU-Ländern.

Neben dem Binnenmarkt, der in Deutschland zu viel Wohlstand beiträgt, ist es aber auch in den Verträgen der EU verankert, dass die soziale Gerechtigkeit gefördert und Ausgrenzung und Diskriminierung bekämpft werden sollen. Dieses Ziel ist aber leider noch längst nicht erreicht.

Wenn wir auf das Beispiel der Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen schauen, sehen wir, dass die EU dazu zwar schon viele hilfreiche Gesetze auf den Weg gebracht hat, z. B. um die Elternzeit zu stärken oder den Gender-Pay-Gap zu bekämpfen.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Na ja!)

Alle Mitgliedsländer der EU müssen diese umsetzen und daher aktiv gegen Benachteiligung von Geschlechtern vorgehen.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Das ist eine Sonntagsrede!)

Und das ist auch gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Aber: Die Rechte für Frauen in Europa sind auch angegriffen. Um das zu erkennen, brauchen wir nur in unser Nachbarland Polen zu schauen, in dem aktuell Teile der rechten PiS-Partei versuchen, Abtreibungen ausnahmslos zu verbieten. In Malta ist der Schwangerschaftsabbruch in allen Fällen verboten, auch bei Lebensgefahr für die Frau. Noch längst nicht alle EU-Mitgliedsländer haben die Istanbul-Konvention ratifiziert, die verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und gegen häusliche Gewalt schafft. Deswegen erwarte ich vom nächsten Europäischen Parlament, sich weiter und stark dafür einzusetzen, die gleichen Rechte aller Menschen durchzusetzen und zu stärken. Denn: Geschlechtergerechtigkeit stärkt die Demokratie; sie

fördert den Wohlstand und den sozialen Frieden. Sie schützt unsere Gesellschaft vor patriarchalen Rückfällen und Extremismus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Deswegen können wir das Europäische Parlament nicht den antifeministischen und rechtspopulistischen Kräften überlassen, die diese Rechte beschneiden und die Zeit zurückdrehen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Diese Parteien sind erstarkt, und immer mehr Menschen wenden sich von dem Projekt eines gemeinsamen Europas ab, weil sie den Eindruck haben, es diene nur den Reichen, aber für einen Großteil der Menschen in Europa biete es keine soziale Perspektive. Außerdem verändern Digitalisierung und Globalisierung unsere Arbeitswelt und die Gesellschaft, in der wir leben. Ich denke deswegen, dass in der EU soziale Rechte genauso wichtig sein müssen wie die ökonomischen Freiheiten des Binnenmarktes. Das bedeutet, daran zu arbeiten, dass Rente, Gesundheit, Pflege oder Grundsicherung auf vergleichbare Niveaus kommen.

Außerdem arbeiten immer mehr Europäerinnen und Europäer in ihrem Leben mal in einem anderen EU-Mitgliedsland. Schon allein deswegen brauchen wir auch gemeinsame europäische Arbeits- und Sozialstandards. In welchem europäischen Land wir arbeiten und zu Hause sind, darf keinen Unterschied mehr machen.

Deswegen freue ich mich sehr, dass am vergangenen Wochenende über 150.000 Menschen in über 50 europäischen Städten gegen Nationalismus und für ein Europa für alle demonstriert haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Einige der Kolleginnen und Kollegen hier waren ja auch dabei, was mich sehr freut.

Aber solange global agierende Konzerne ihre Gewinne in das Land verschieben können, das die wenigsten Steuern erhebt, und damit ihren Beitrag zu einem funktionierenden Gemeinwesen nicht leisten, werden wir die soziale Ungleichheit in Europa nicht bekämpfen können.

Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden – das wäre die logische Fortsetzung des Binnenmarktes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Große Konzerne wie Amazon und alle Vermögenden müssen genauso ihre Steuern zahlen und genauso zum Gemeinwohl beitragen wie die Buchhändlerin vor Ort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Nancy Faeser (SPD))

Nicht umsonst steht auf dem Plakat des grünen männlichen Spitzenkandidaten Sven Giegold: „Europa ist ein Friedensprojekt und kein Steuersparmodell“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Michael Boddenberg (CDU))

„Sozial“ heißt für mich auch, dass sich die Menschen da zu Hause fühlen, wo sie wohnen. Das sind die Städte und

Kommunen; denn da leben wir das Miteinander. Wir treffen uns alle auf dem Fußballplatz oder beim Einkaufen.

„Die EU“ soll auch weiterhin keine übergeordnete Zentralmacht sein. Das Fundament der EU, die Städte und Kommunen, müssen weiterhin ihre eigenen demokratischen Entscheidungsspielräume behalten. Politische Entscheidungen sollen da verwirklicht werden, wo sie am besten gelingen.

Die Politik, die wir hier im Landtag machen, hat also auch ganz konkrete Auswirkungen auf den Zusammenhalt in Europa, wenn sie dazu beiträgt, dass die Menschen erfolgreich am Leben teilhaben, sich frei entwickeln und zufrieden sein können.

In der vergangenen Europa-Woche habe ich einige ESF-finanzierte Projekte besucht, also Projekte, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert werden. Davon gibt es allein in Hessen Hunderte großartige Beispiele. Diese wirken nicht nur in den Großstädten, sondern auch im ländlichen Raum. Ich habe z. B. ein Projekt in Eschwege besucht, das jungen Menschen einen Schulabschluss und eine berufliche Perspektive ermöglicht. Diese Projekte sind ein Beispiel dafür, wie Europa in die Kommunen und das Leben eines jeden von uns hineinwirkt.

In den letzten sieben Jahren hat Hessen mehr als 730 Millionen € aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Fonds für soziale Entwicklung und dem Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums erhalten. Wir wollen in Hessen eine Serviceeinheit aufbauen, die es schon in anderen Ländern gibt und die dabei hilft, Fördermittel zu beantragen. So wollen wir dafür sorgen, dass die Menschen in Hessen weiter von den EU-Fördermitteln profitieren können.

Wir sollten aber nicht nur auf die Fördertöpfe schauen, wenn es darum geht, die Europäische Union in Hessen für die Menschen erfahrbarer zu machen. Ich habe am Anfang meiner Rede von meinen eigenen Erfahrungen während der Schulzeit gesprochen. Ich bin immer noch der tiefen Überzeugung, dass diese Erfahrungen dazu beigetragen haben, dass ich mich heute als Europäerin fühle. So geht es übrigens auch meiner in Frankfurt geborenen Freundin, die einen griechischen Pass hat, oder einem französischen Freund, der nach Frankfurt gekommen ist, weil er hier für die EZB arbeitet.

Deswegen freut es mich so sehr, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, die 34 Europaschulen, die wir in Hessen haben, in ihrer Arbeit zu unterstützen und auch mehr Schulen dafür zu gewinnen. Außerdem soll kein Kind aus der Schule gehen, ohne die Rolle Hessens im europäischen Föderalismus und das Prinzip der Subsidiarität kennengelernt zu haben. Es gibt nur wenig, das spannender ist.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Beifall CDU)

Wir wollen auch das Förderprogramm Erasmus+ in Hessen stärken und möglichst vielen jungen Menschen ermöglichen, während der Ausbildungszeit eine gewisse Zeit in einem anderen Mitgliedstaat der EU zu verbringen. Denen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, wollen wir mit dem Programm „Free Interrail“ eine Möglichkeit geben, mit dem Zug Europa zu entdecken. Das Programm kommt von der EU; wir wollen es aber für junge Menschen aus Hessen um Tickets aufstocken. Reisen bildet – da kann ich mich Ministerin Puttrich nur anschließen.

Aber stellen Sie sich auch – abgesehen von der Bildung – vor, wie viele Freundschaften, Beziehungen sowie vielleicht auch Ehen und Kinder sich daraus entwickeln können. Wenn Menschen Freunde werden und sich auf persönlicher Ebene verbinden, ist das eigentlich der größte und beste Beitrag zu einer EU, in der sich die Mitgliedsländer nie mehr feindlich gegenüberstehen werden. Dann ist die EU wirklich ein großes, wunderschönes Friedensprojekt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Aber auch Menschen, die ihre Schul- und Ausbildungszeit schon abgeschlossen haben, sollen weiterhin am europäischen Austausch teilnehmen. Deswegen sind auch die Partnerschaften Hessens mit den europäischen Regionen der Emilia-Romagna in Italien, der Wielkopolska in Polen und der Nouvelle-Aquitaine in Frankreich so wichtig. Und auch die Partnerschaft mit der autonomen Provinz Vojvodina in Serbien, die Hessen noch in diesem Jahr abschließen möchte, ist wichtig, weil wir damit dazu beitragen wollen, dass sich der Westbalkan an die EU annähert.

Zum Abschluss möchte ich noch eines sagen: Ich glaube, man kann heute nicht über Europa sprechen, ohne auf die Lage im Mittelmeer zu schauen. Was wir da brauchen, sind legale Flucht- und Migrationswege nach Europa, um endlich zu stoppen, dass Menschen an der EU-Außengrenze ihr Leben verlieren. Die Europäische Union muss Menschenwürde und Menschenrechte in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen und sich untereinander solidarisch verhalten. Das war z. B. eine der Forderungen auf den großen Demos am Wochenende.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Michael Boddenberg (CDU))

Denn das Versprechen Europas lautet: Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Wer das glaubwürdig fördern möchte, der muss die Zukunftsperspektiven der Menschen unterstützen und Entwicklungszusammenarbeit und Krisenprävention in den Mittelpunkt der eigenen Außenpolitik stellen.

Das Europa von heute ist ein Auftrag an alle, die das Klima schützen wollen, denen der Schutz von Minderheiten wichtig ist, die gegen Nationalismus sind, und viele mehr, es positiv zu verändern. Lassen Sie uns das in dieser Woche und besonders am kommenden Sonntag im Kopf behalten und danach handeln. – Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

**Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Dahlke. – Nun darf ich dem Kollegen Heidkamp von der AfD das Wort erteilen.

**Erich Heidkamp (AfD):**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als Ihr netter Kollege und als aussichtsreicher Kandidat für das EU-Parlament liegt es auch an Ihnen und Ihrer eventuellen Unterstützung für meine Anliegen, ob Sie mich hier noch länger ertragen müssen.

(Lachen Christian Heinz (CDU))

Je besser meine Partei abschneidet, umso größer wird die Chance für mich, Frau Puttrich in Zukunft in Brüssel begrüßen zu dürfen.

(Beifall AfD)

Bisher hat sie mich immer sehr nett in die Hessische Landesvertretung eingeladen.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir sind gut erzogen! Alle miteinander!)

Diese Besuche und die Arbeit mit Ihrer netten und kompetenten Gruppe, der ich dort und im EU-Ausschuss begegnen durfte, hat mir die Einarbeitung in die EU-Themen sehr erleichtert.

(Zuruf Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Ihnen werde ich nicht mehr begegnen. Das ist mir klar. – Das habe ich für beide Seiten als sehr vorteilhaft empfunden.

Eine kurze Einleitung, um allen Missverständnissen vorzubeugen: In diesem Landtag dürften nur wenige Damen und Herren sitzen, die überzeugtere und enthusiastischere Europäer sind als ich.

(Beifall AfD)

Ich habe als Deutscher eine französische Frau. Ich habe eine französische und spanische Familie. Ich habe mein Abitur in Niederländisch in Belgien gemacht. Ich habe über 25 Jahre lang in Asien, Lateinamerika, in Afrika, in den USA und in China in leitender Position für einen Weltkonzern gearbeitet.

(Beifall AfD)

Wenn Sie Probleme damit haben, zu sagen, worin sich Deutschland und Europa vom Rest der Welt unterscheiden, dann wohnen und arbeiten Sie einmal einige Jahre in Karatschi, in Casablanca, in Teheran, aber auch in Sao Paulo, in Shanghai und in Peking. Ich weiß daher, welches Juwel wir hier in Europa haben und dass wir auf einem wunderbaren, auch privilegierten Kontinent leben. Meine Beurteilung der EU in der heutigen Verfassung ist wesentlich kritischer und unsentimentaler.

(Beifall AfD)

Sie dürfen davon ausgehen, dass ich als Sohn eines in Russland schwer verwundeten deutschen Soldaten und einer Mutter aus Köln, die ihre Jugend in Luftschutzkellern verbrachte, weiß, was Krieg bedeutet, und zwar aus erster Hand, und dass wir alles dafür tun müssen, dass unsere Kinder so etwas nie erleben müssen,

(Beifall AfD)

nicht in Deutschland, nicht in Europa und – soweit es in unserer Macht liegt – nirgends auf der Welt.

Frau Puttrich, Ihre Regierungserklärung setzt aber leider die Lobpreisung auf den Plakaten im Wahlkampf fort. Da sind Sie sich mit allen anderen Parteien, außer der AfD, eigentümlich einig. Nun kann man aber doch nicht ernsthaft leugnen, dass wir es in der Europäischen Union und beim Euro mit großen Problemen, ich würde sagen, mit einer Krise zu tun haben. Es kann doch nicht sein, dass wir einfach so weitermachen wollen, auf einem Weg, der uns diese Probleme eingebrockt hat. Wie viele Billionen Euro wollen wir denn noch in ein zunehmend schwärzer werdendes Loch stecken, ohne wenigstens einmal kritisch hin-

terfragen zu dürfen, ob wir noch auf dem richtigen Weg sind?

(Beifall AfD)

Wenn die Millionen arbeitslosen Jugendlichen in Südeuropa die Folge der EU- und Europapolitik der vergangenen 20 Jahre sind, dann kann man doch nicht einfach so weitermachen, als wäre nichts gewesen. Die Chinesen haben in diesen 20 Jahren Hunderte von Millionen Menschen aus bitterster Armut – –

(Michael Boddenberg (CDU): Ein sehr vorbildliches Beispiel, das Sie da nennen! – Nancy Faeser (SPD): Eine sehr demokratische Verfassung! – Michael Boddenberg (CDU): Das spricht Bände!)

– Herr Boddenberg, wenn ich Sie zum Flughafen in Frankfurt höre, dann sind Sie nicht mehr mein Beispiel. Sie lügen vorne und hinten. Tut mir leid.

(Beifall AfD – Unruhe)

#### **Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:**

Lieber Herr Kollege, wir wollen wieder zurückkommen zu den parlamentarischen Gepflogenheiten. Sie haben das Wort, und ich glaube, dass Sie wissen, dass man hier so nicht formulieren sollte.

#### **Erich Heidkamp (AfD):**

Ich möchte das eleganter formulieren, Herr Boddenberg:

(Michael Boddenberg (CDU): Das können Sie formulieren, wie Sie wollen! – Gegenruf Robert Lambrou (AfD): Lassen Sie den Mann doch einmal reden!)

Ich habe manche Ihrer Aussagen von gestern am Folgetag nicht mehr wiedererkannt.

Nach den fürchterlichen beiden Weltkriegen war es sehr richtig, Maßnahmen zu ergreifen und Strukturen aufzubauen, die darauf ausgerichtet waren, den Frieden in Europa zu ermöglichen. Dabei ging es erst einmal um die europäischen Kernländer Frankreich und Deutschland. Wir haben heute aber eine vollkommen andere Welt als in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Europa hat nicht mehr den Vorsprung bei Wissen, Kapital, Technik und Forschung, der es ihm lange Zeit erlaubte, in weiten Teilen der Welt die Regeln zu bestimmen. Die Regeln bestimmen inzwischen andere.

Wir werden vom Lizenzgeber zum Lizenznehmer und werden die Autos und Maschinen der Chinesen importieren oder hier zusammenschrauben, wenn wir so weitermachen.

(Beifall AfD)

Wir müssen uns weniger um die Vergangenheit als um die Zukunft kümmern. Wir müssen Maßnahmen ergreifen und Strukturen aufbauen, die es unseren Ländern ermöglichen, in einem sich abzeichnenden harten Wettbewerb um Ressourcen, um Märkte und um die besten Köpfe mit China, mit Asien und mit den USA erfolgreich zu bestehen.

Ein Spruch auf den Plakaten regt mich dann doch schon richtig auf, weil ich es für einen Ausdruck eines strategischen Fehlers halte. Unsere lieben GRÜNEN sagen: „Nur ein soziales Europa ist ein starkes Europa“. Das ist zwar

nett und hört sich sympathisch und einfach an, ist aber falsch.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hä?)

Richtig müsste es lauten: Nur ein starkes und erfolgreiches Europa kann ein soziales Europa sein.

(Beifall AfD)

Wenn man das so auf seine Fahnen schreibt, dann kann man die Organisation der EU und die Entwicklung des Euros nur sehr kritisch sehen. Dann stellt sich auch sofort die Frage, warum da offensichtlich etwas falsch läuft, und insbesondere die Frage, ob die absehbaren Entwicklungen in die richtige Richtung gehen. Da sind wir dann bei den Wahlen am nächsten Sonntag.

Ich kann hier nur auf ein Thema eingehen, das aber typisch ist. In den Schubladen – das weiß ich dank der Besuche in Brüssel – liegt ein Theaterstück in drei Akten, ein Theaterstück, dem wir nichts Gutes abgewinnen können, das aber in den Medien und in Ihren Erklärungen nicht vorkommt.

Erstens. Die vollkommen undemokratische Gewichtung der Stimmen in der EU – ein Luxemburger oder ein Malteser wiegt mehr als zehn Deutsche – wird nach dem Austritt der 73 Abgeordneten der Briten noch problematischer. Wir behalten unsere 96 Abgeordneten. Die problematischen Länder bekommen 24 hinzu. Das dürfte sich auf die Abstimmungen nicht zu unserem Vorteil auswirken.

(Beifall AfD)

Zweitens. Bei wichtigen sensiblen Kapiteln wie Steuern, Sozialgesetzgebung, Arbeitslosenversicherung usw. soll das Einstimmigkeitsprinzip aufgegeben werden. Vielmehr soll nach qualifizierter Mehrheit entschieden werden. Dazu gibt es eine ausgeklügelte – das ist ein kölsches Wort – Regel der Überleitung zwischen Rat und Kommission. Die entsprechenden Anträge liegen vor, sind schon entsprechend gekennzeichnet und brauchen nur unter dem Tisch hervorgeholt zu werden.

Drittens. Bisher kann ein solcher Mehrheitsbeschluss nur dann für alle bindend werden, wenn diese Mehrheit der Abgeordneten aus mindestens 25 Mitgliedsländern kommt und mindestens 65 % der Bevölkerung der EU repräsentiert. Eine solche Regelung würde ich gerne einmal im Bundestag sehen.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Deutschland stand mit den Briten und einigen nordeuropäischen Ländern für über 36 % der Bevölkerung der EU. Diese Gruppe konnte mit ihrem Veto die unsinnigsten Beschlüsse bisher verhindern. Nach dem Austritt Großbritanniens gibt es diesen Schutz nicht mehr. Dann haben wir diese 36 % nicht mehr, und die Nehmerländer können beschließen, was sie wollen.

(Beifall AfD)

Ich frage Sie: Was ist an diesem Vorgehen parlamentarisch und demokratisch? Muss man die demokratische Legitimation solcher Entscheidungen nicht zwingend hinterfragen? – Das ist genau das, was wir tun. Kann es falsch sein, die demokratische Berechtigung und Legitimation eines Parlaments infrage zu stellen, welches als Teil einer EU-Verfassung eingeführt wurde, die aber von Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde und damit in der Versen-

kung verschwand? Wir wurden ja nie gefragt. Mit solchen Tricks versucht die EU die Veränderungen durchzudrücken, die sie eigentlich mit der Einführung einer Verfassung erreichen wollte. Die Frage der Neufassung der Verträge – also eine neue EU-Verfassung – stellt aber niemand mehr. Dafür wäre nämlich wieder die einstimmige Zustimmung aller EU-Länder Voraussetzung, und das zu erreichen, davon gehen heute sogar die üblichen Tagträumer nicht mehr aus.

(Beifall AfD)

Sie sehen vermutlich: Wir müssen uns diesen Fragen stellen. Solange diese Fragen nicht geklärt sind, darf die EU keine eigenen Steuern erheben, darf es nicht zu einer Aufgabe der nationalen Armeen kommen, darf es nicht zur Aufgabe der Souveränität der Nationen kommen. Die Souveränität unseres Staates, unserer Nation muss das Letzte sein, welches wir in eine gemeinsame EU einbringen. Aktuell sind noch viel zu viele Fragen ungeklärt.

Für offene Grenzen – was ich in dem vorigen Beitrag gehört habe: die Abschaffung von Straßengebühren oder das Gratisreisen mit Zügen –, für die Entwicklung eines großen Wirtschaftsraums müssen wir die Souveränität unseres Landes nicht aufgeben. ASEAN, NAFTA und Mercosur machen es uns vor, wie man so etwas macht.

(Beifall AfD)

Ich habe mit Absicht auf die übliche Liste der Absurditäten verzichtet – z. B. wie krumm Bananen sein dürfen –, die wir uns mit einem bürokratischen Umweg über Brüssel oft leisten. Das ist häufig reine Arbeitsbeschaffung für eine sehr teure EU-Bürokratie. Viele dieser Maßnahmen könnten wir bei einer ernsthaft betriebenen Subsidiarität wesentlich zielgerichteter, billiger und effektiver bewerkstelligen. Dazu müssten wir uns nur an die eingegangenen Verträge halten, sowohl bei der EU als auch beim Euro.

(Beifall AfD)

Die deutschen Regierungen – ihnen mache ich einen ernsthaften Vorwurf – haben sich in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe von eingreifenden, in ihren negativen Konsequenzen fast nicht mehr zu korrigierenden Entscheidungen geleistet – bei der EU, beim Euro, bei der Migration, bei der eigenen demografischen Entwicklung und im Bildungswesen. Wir müssen wieder dazu übergehen, solche tief greifenden Entscheidungen erst dann zu treffen, wenn wir uns zutrauen, die Folgen, die Konsequenzen und die Kosten offen mit den Menschen zu diskutieren. Die infantilen Sprüche und inhaltslosen Aussagen – das müssen Sie ja wohl zugeben – auf den Plakaten und in vielen politischen Reden würden dann von den Wählern sofort als solche verstanden und entlarvt.

(Beifall AfD)

An den Fortschritt und an eine gute Zukunft glaubende konservative Menschen haben vor einer solchen Diskussion keine Angst. Ich habe den Eindruck, dass es in diesem Landtag einige Abgeordnete gibt, die dem gerne zustimmen würden, wenn sie denn dürften.

(Beifall AfD)

Darf ich mich bei Herrn Boddenberg für meine Bemerkung entschuldigen? Das Wort ist mir herausgerutscht, Herr Boddenberg; das wollte ich nicht.

(Beifall AfD – Zuruf Michael Boddenberg (CDU))



**Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:**

Vielen Dank, Herr Kollege Heidkamp. – Die Fraktion der AfD hat noch 6:26 Minuten Redezeit, sodass ich das Wort nun dem Kollegen Bolldorf geben werde.

**Karl Hermann Bolldorf (AfD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Angst, ich werde Sie nicht lange strapazieren. Mir ist aber daran gelegen, zu einem Punkt, den auch die Frau Ministerin angesprochen hat, ein paar Sätze zu sagen. Es wird nicht lange dauern. Es geht mir um die kommunalen Partnerschaften. Die kamen in der Diskussion eben etwas zu kurz. Zu allen anderen Punkten hat der Kollege Heidkamp die Position der AfD vertreten.

Viele der hessischen Kommunen sind teilweise schon seit Jahrzehnten mit Städten in anderen Nationen Europas „verschwistert“. Das ist ein wesentlicher und wichtiger Ausdruck Europas.

Da einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner aus ihrer Lebensgeschichte erzählt haben, darf auch ich eine Anmerkung machen. In meinem Berufsleben – immerhin 50 Jahre lang – bin ich immer wieder mit den Ausprägungen des europäischen Gedankens befasst gewesen. Meine Heimatstadt Biedenkopf hat insgesamt fünf europäische Partnerschaften: eine in Frankreich, eine in Italien, zwei in Belgien und eine in Ungarn. In aller Bescheidenheit will ich sagen – mit Ausnahme von Herrn Dr. Hahn gibt es hier niemanden, dem so etwas widerfahren ist –: Ich bin seit 2005 Ehrenbürger der ungarischen Stadt Kecsked im Bezirk Komarom-Esztergom. Ich denke, ich kann daher etwas für mich in Anspruch nehmen, was den europäischen Gedanken betrifft.

(Beifall AfD)

Die Partnerschaften und der Kontakt mit den Menschen haben mir gezeigt, dass Europa viel mehr ist als das Konstrukt „Europäische Union“.

(Beifall AfD)

Europa – das sind 70 Jahre Frieden, Demokratie, nachbarschaftliche Zusammenarbeit und Völkerverständigung. Ich persönlich habe das Anliegen, die Hessische Landesregierung – und nicht ausschließlich die EU – zu bitten, die Kommunen bei der Pflege ihrer europäischen Partnerschaften zu unterstützen. Die AfD-Fraktion sieht in ihnen einen wertvollen Beitrag, den gesellschaftlichen und kulturellen Austausch von Menschen aus unterschiedlichen Nationen voranzutreiben, auch und gerade deshalb, weil sie in politischen Konfliktsituationen dabei helfen, die Lage zu deeskalieren, Berührungspunkte auf beiden Seiten abzubauen und die Völkerverständigung in den Mittelpunkt zu stellen.

Meine Damen und Herren, insbesondere vor dem Hintergrund des bevorstehenden 30. Jahrestags des Falls des Eisernen Vorhangs sage ich ganz bewusst: Es ist mir persönlich und auch der AfD-Fraktion ein wichtiges Anliegen, dass wir die Beziehungen zu den Nationen Osteuropas verbessern und weiter vertiefen.

(Beifall AfD)

Angesichts politischer Spannungen und laufender Vertragsverletzungsverfahren, die auf der EU-Ebene derzeit unter anderem gegen Polen und Ungarn angestrengt werden, darf der Kontakt zu den dortigen Menschen nicht verloren ge-

hen. Im Gegenteil, wir müssen ihnen auf Augenhöhe und mit Respekt begegnen. Von daher ist es richtig, wenn das Land Hessen neben den anderen Partnerschaften, die es schon hat, eine Partnerschaft mit der serbischen Provinz Vojvodina anstrebt.

Wir hoffen, dass dies schnell umgesetzt wird und, davon ausgehend, viele Kommunen die Bereitschaft entwickeln, freundschaftliche und nachbarschaftliche Beziehungen mit Städten in Osteuropa zu unterhalten.

Meine Damen und Herren, entgegen anderslautenden Gerüchten vertritt die AfD diese Sichtweise. Wir wollen ein Europa der Nationen, also eine europäische Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten,

(Beifall AfD)

die im Geiste von Frieden, Freiheit und Völkerverständigung zum Wohle ihrer Bürger in all jenen Angelegenheiten zusammenwirken, die gemeinsam erfolgreicher zu bewältigen sind.

Ein Letztes. Eine Europäische Union in ihrer derzeitigen Verfasstheit, die Zwietracht sät, einen übergreifenden Zentralismus praktiziert und unter einem offenkundigen Demokratiedefizit leidet, steht alldem entgegen. Wir als AfD kritisieren das. Das unterscheidet mich von Ihnen, wie ich feststelle, wenn ich die Redebeiträge höre: die von Ihnen, meine Damen und Herren, und auch den von Ihnen, Frau Ministerin. Das ist der wesentliche Unterschied in den Positionen, die wir zu diesem Thema vortragen.

Wir kämpfen für ein ehrliches Miteinander auf Augenhöhe, die Geltung der Subsidiarität und eine Förderung der inner-europäischen Beziehungen auf der regionalen und der lokalen Ebene – kurzum: ein Europa der Völker und Nationen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bolldorf. – Nunmehr hat für die Fraktion der Freien Demokraten Oliver Stirböck, Offenbach-Stadt, das Wort.

**Oliver Stirböck (Freie Demokraten):**

Frau Staatsministerin Puttrich, Sie haben eben die Frage gestellt: Warum verfangen die oft so einfachen Antworten der Populisten? Warum denken so viele Menschen bei dem Begriff „Europa“ zuerst an Bürokratie und an den Krümmungsgrad von Gurken statt an Frieden, Freiheit und Demokratie?

(Zuruf AfD: Weil Sie die Schwerpunkte so gesetzt haben!)

In einem ersten Schritt möchte ich betonen, Ihre Analyse ist richtig. Aktuelle populistische Bewegungen, wie die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega Nord in Italien, Marine Le Pen in Frankreich, die FPÖ in Österreich, Orban in Ungarn oder die AfD in Deutschland, bilden antieuropäische Fliehkräfte, die die große zivilisatorische Leistung Europas missachten: Frieden, Freiheit und Wohlstand.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Zuruf AfD: Im Gegenteil! – Robert Lambrou (AfD): Völliger

Quatsch! Hier verwechselt mal wieder jemand Europa mit der EU!

Auch die Brexit-Bewegung – Sie haben es eben angesprochen – ist eine solche antieuropäische und populistische Bewegung.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Robert Lambrou (AfD): Das ist eine Bewegung aus der EU, nicht aus Europa!)

Auch wenn die Briten immer ein herausfordernder Verhandlungspartner waren, wäre ein Austritt des Vereinigten Königreichs ein großer Verlust. Großbritannien ist in vielerlei Hinsicht ein Geberland. Ich meine das nicht nur ökonomisch. Natürlich ist Großbritannien auch ein Nettozahler. Aber Großbritannien hat uns so viel mehr gegeben: den Spirit der ältesten parlamentarischen Demokratie in Europa, einen – manchmal anstrengenden – politischen Pluralismus und eine trotz aller Irrungen und Wirrungen hohe Stabilität des politischen Systems. Großbritannien ist unkaputtbar trotz noch so tollpatschiger und egomanischer Politiker.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, ich kann Ihnen das Urteil nicht ersparen: Herr Corbyn hat die ehemals so stolze Labour Party, diese proeuropäische Labour Party, zu einem Schatten ihrer selbst gemacht.

(Beifall Freie Demokraten und CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da stimme ich Ihnen zu!)

Es ist sehr schade, dass das europäische Angebot, das Großbritannien nicht hätte ausschlagen können, weder vor noch nach der Brexit-Entscheidung je abgegeben worden ist; denn nach einem Brexit wird uns UK fehlen, auch als wichtigster Verbündeter in Sachen Finanzstabilität, in Sachen Haushaltssicherung und in Sachen marktwirtschaftlicher Verfasstheit Europas. Ich bin sicher, wir werden erst nach einem Brexit wissen, was uns wirklich fehlt.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und SPD)

Frau Ministerin, Sie haben mehrfach das Programm der Landesregierung zitiert: „Lebe Dein Europa“. Ich weiß, auch in den Programmen vieler anderer Parteien gibt es gute Forderungen, die diesen Gedanken unterstützen. Ich möchte aber zwei Forderungen der Freien Demokraten zitieren:

Erstens. Jeder Schüler soll unabhängig vom Einkommen seines Elternhauses die Möglichkeit haben, im EU-Ausland die Schule zu besuchen. Eine Sprache lernt man besser im Land selbst als nur aus Büchern.

(Beifall Freie Demokraten)

Zweitens. Jeder 18-jährige EU-Bürger soll ein kostenloses Interrail-Ticket erhalten. Frau Ministerin, Sie haben ein ähnliches Modell angesprochen. Meine Anregung ist aber, diese Programme nicht nur für die Europäische Union einzuführen, sondern sie nach einem möglichen Brexit auch Großbritannien anzubieten. So erhalten wir die europäische Verbundenheit gerade der Jugend: „The door is always open.“

(Beifall Freie Demokraten)

Frau Ministerin, in einem zweiten Schritt will ich fünf Gedanken beitragen, um Ihre Eingangsfrage zur Euroskepsis zu beantworten. Gedanke Nummer eins. Wir reden zu wenig über den Wert Europas. Vor 20 Jahren habe ich einen

kurzen Beitrag für ein Buch von Prof. Korte geschrieben: Es wird in Europa eine Generation heranwachsen, die keine Schlagbäume mehr kennt. – Wenn Dänemark wieder Schlagbäume einführt und wenn bayerische Pseudoseparatisten über geschlossene Grenzen zu Österreich fabulieren und wieder Grenzkontrollen einführen wollen, muss uns das sorgenvoll stimmen. Nur abgebaute Schlagbäume innerhalb Europas sind gute Schlagbäume.

(Beifall Freie Demokraten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir reden zu wenig über den Wert Europas. Ja, aber wir reden auch zu oft schlecht über Europa. Wir suchen die Schuld für das, was bei uns in Deutschland teilweise nicht gut läuft, bei denen in Brüssel. Dabei brauchen wir gerade in Zeiten der Trumps und Putins Vertrauen in ein starkes Europa.

(Beifall Freie Demokraten und CDU)

Gedanke Nummer zwei. Wir haben selbst zu viel zu Kleinklein beigetragen. Frau Ministerin, Sie haben Jean-Claude Juncker zitiert: „Big on the big things, small on the small things.“ Da ist viel Wahres dran. Deshalb war es auch richtig, dass wir in der Brexit-Debatte im Hessischen Landtag alle Entscheidungen mit relativ großer Mehrheit gefasst haben. Nie darf es uns passieren, dass, wie in Großbritannien, wegen parteitaktischer Pirouetten, wegen oft kleiner politischer Feldvorteile oder wegen persönlicher Eitelkeiten Einzelner die große politische europäische Idee beschädigt wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa ist zu groß für kleingeistige Debatten.

(Beifall Freie Demokraten und CDU)

Aber weil es uns um das große Ganze geht, finden wir es bedauerlich, dass die Bundeskanzlerin bis heute keine Antwort auf die weitreichenden europapolitischen Initiativen Macrons gegeben hat. Sie hat das Momentum verpasst. Ich gehe weiter: Die Einschätzung des von mir sehr geschätzten Leiters der Vertretung des Landes, Friedrich von Heusinger, nämlich „Der Brexit ist eine Zäsur, keine Krise“, teile ich ausdrücklich nicht. Der Brexit ist zumindest ein starkes Krisensymptom – ein Krisensymptom für eine Veränderungssklerose nicht nur auf der europäischen Ebene, sondern auch bei uns, im eigenen Land. Wir müssen Europa verändern, um Europas Chancen zu nutzen.

(Beifall Freie Demokraten)

Gedanke Nummer drei. Wir in Deutschland haben Europa nicht immer so ernst genommen, wie wir es hätten tun sollen. Obwohl wir alle wissen und es auch in Sonntagsreden sagen, dass Entscheidungen auf der europäischen Ebene einen unglaublich großen Einfluss auf das Leben der Menschen in Deutschland haben, haben wir nicht immer entsprechend gehandelt. So haben wir in der Vergangenheit nicht immer die besten Leute nach Europa geschickt. Es soll keine Altersdiskriminierung sein; aber das Motto „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“, das man früher immer einmal wieder gehört hat, war keine gute Idee. Andere Staaten haben Europa ernster genommen. Sie haben große Leute, z. B. Giscard d'Estaing, nach Europa geschickt; denn sie wussten, auf Europa kommt es an. Es ist gut, dass wir mittlerweile daraus gelernt haben. Ich denke z. B. an Katarina Barley oder Nicola Beer – zwei Personen aus dem engsten Führungskreis ihrer Parteien. Es sind unsere stärksten Leute, die wir nach Europa schicken. So

muss es gehen, und so können wir Europa erfolgreich politisch leben.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Gedanke Nummer vier. Wir haben auch die Bürger nicht immer ausreichend ernst genommen. Ich habe eben gesagt, wir müssen die gemeinsame proeuropäische Haltung im Grundsatz betonen. Das ist richtig, gerade in diesen Zeiten; denn wir dürfen Europa nicht den Europahassern überlassen.

Aber wir führen bis heute ein Stück weit die falschen Diskussionen und die falschen Wahlkämpfe. Sie haben einen Stich ins Oberflächliche, ins Ungefähre, ins Allgemeine – um nicht zu sagen: ins Seichte. Wenn der Slogan „Für ein Europa der Freiheit“, ein Slogan der Europahasser von der AfD, in einer Zeitschrift der Regierung des Landes Hessen steht, zeigt das doch – als Freier Demokrat kann man das ein Stück weit als einen AfD-Etikettenschwindel betrachten – die Austauschbarkeit mancher Formulierungen in der Europadebatte.

(Beifall Freie Demokraten – Robert Lambrou (AfD): Das sind doch Fake News!)

Weil Europa so wichtig ist, sollten wir die großen Debatten orientiert und durchaus streitig führen. Nur so zeigen wir den Menschen, dass wir Europa und die Menschen bei ihrer Wahlentscheidung ernst nehmen. Ich will dies an zwei Beispielen tun, für die ich sicherlich auch keine 100-prozentige Zustimmung in diesem Haus bekommen werde.

Beispiel Nummer eins: die Finanztransaktionssteuer, FTT. Dazu befinden sich auch zwei Beispiele im Geschäftsgang des Hessischen Landtags. Der Brexit bietet in einem Punkt eine riesige Chance: Er kann den Finanzplatz Frankfurt gegenüber dem Finanzplatz London stärken. Der Wirtschaftsminister – ich weiß gerade nicht, wo er ist – hat auch schon berichtet, dass sich hier rund 50 Unternehmen angesiedelt haben. Die hessische SPD fällt mit ihrer Forderung, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, dem hessischen Wirtschaftsminister bei seinem durchaus eindrucksvollen Werben für die Ansiedlung von Finanzdienstleistern in Hessen – ich hätte es beinahe gesagt – in den Rücken.

(Beifall Freie Demokraten – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Falsch!)

– Ja, ja, das ist schon so. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich hätte es aber nur beinahe gesagt. Denn wenn man sich die Äußerungen von Tarek Al-Wazir in der Vergangenheit zur Finanztransaktionssteuer anschaut, dann sieht man, er ist der einzige Minister im Kabinett, der das Kunststück fertiggebracht hat, sich selbst in den Rücken zu fallen. Das ist ein echtes Kabinettstückchen von Herrn Al-Wazir.

(Beifall Freie Demokraten)

Beispiel Nummer zwei: CETA. Hessen profitiert mehr als andere Regionen in Europa von einem gemeinsamen Binnenmarkt. Wir sind exportorientiert, wir sind international. Deswegen hat Hessen ein originäres Interesse an weiteren Freihandelsabkommen. Es ist erstaunlich, wie schwer sich Schwarz-Grün, diese Koalition, mit der Ratifizierung eines Freihandelsabkommens mit Kanada tut. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Kanada, nicht mit Venezuela, nicht mit Russland, mit Kanada. Da tun Sie sich die ganze Zeit schon schwer. Sie haben nicht einmal eine klare Formulierung im Koalitionsvertrag. Herr Kollege Boddenberg, ich habe ihn gelesen.

(Beifall Freie Demokraten – Michael Boddenberg (CDU): Wie kommen Sie darauf, haben Sie in den Koalitionsvertrag geschaut?)

– Herr Boddenberg, ich habe den Koalitionsvertrag gelesen, lesen Sie ihn auch einmal. – Das ist kein Abkommen mit problematischen Ländern, sondern es ist ein Abkommen mit einem der modernsten, fortschrittlichsten und weltoffensten Staaten der Welt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Deswegen kann CETA trotzdem schlecht sein!)

Wir fordern CDU und GRÜNE auf, im Bundesrat der Ratifizierung des Handelsabkommens der EU mit Kanada, CETA, zuzustimmen. CETA ist ein Schritt zu mehr Freiheit im Handel und zu einer Stärkung des europäischen Binnenmarkts im Welthandel, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Gedanke Nummer fünf. Viele Menschen haben Angst vor Globalisierung. Manche Europakritik ist in Wahrheit Globalisierungskritik.

(Stephan Grüger (SPD): Von Industriepolitik haben Sie keine Ahnung!)

Ich bin aber der festen Überzeugung, wir nutzen die Chancen der Globalisierung nicht durch Renationalisierung, und wir begegnen den Herausforderungen der Globalisierung eher durch Europäisierung. Dafür möchte ich drei Beispiele nennen.

Der deutsche Alleingang in der Flüchtlingskrise 2015 war ein Fehler, ebenso wie es vorher ein Fehler gewesen ist, Italien alleinzulassen. Die Herausforderung der Migration, die Sicherung der Außengrenzen können wir nicht mehr national lösen, die müssen wir europäisch lösen.

(Beifall Freie Demokraten)

28 verschiedene Beschaffungsvorgänge, die 28 kleine Armeen durchführen – das macht keinen Sinn. So sind alle, besonders bekanntlich die Bundeswehr, nur bedingt abwehrbereit. Wir brauchen eine europäische Armee. Das ist die Antwort, die wir haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Klimapolitik macht in der Tat, da haben die GRÜNEN recht, nicht an Grenzen halt. Ich verstehe die Ungeduld von Klima-Greta schon. Klima-Greta ist die Kronzeugin für das Scheitern der bisherigen Politik, auch in Deutschland.

Die Folge des auch von dieser Landesregierung unterstützten grünen Klimanationalismus ist mehr CO<sub>2</sub> und nicht weniger CO<sub>2</sub>. Das gilt auch für Hessen: Nationale Klimapolitik rettet das Klima nicht. Es braucht eine internationale Strategie, um in der Klimapolitik wirklich voranzukommen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich bin mir sicher, wenn wir über solche europäischen Wege diskutieren, steigen die Identifikation mit Europa und der Wille des einzelnen Bürgers, an den Europawahlen teilzunehmen. Es bleibt noch viel zu tun in Hessen und Europa.

Bei den notwendigen Reformen der Europäischen Union, Stichwort: Stärkung des Europäischen Parlaments, wollen wir auch für die europäischen Regionen Beteiligungsrechte ausbauen und stärken. So sollten wir den Ausschuss der Regionen stärken, und der Bundesrat sollte als Ländervertretung ein eigenes Klagerecht erhalten.

Hessen erhält in der laufenden Förderperiode 2014 bis 2020 aus dem Europäischen Strukturfonds mehr als 2 Milliarden €. Daher ist es von besonderem Interesse, dass europäische Programme auch in Zukunft in Hessen zur Verfügung stehen.

Die Bilanz der Landesregierung zu den bisherigen Ergebnissen der Förderperiode 2014 bis 2020 zeigt aber auch, dass noch erhebliche Risiken bestehen. Wenn z. B. im Bereich EFRE zur Halbzeit der Förderperiode mit ca. 81 Millionen € erst ein Drittel der insgesamt zur Verfügung stehenden 241 Millionen € bewilligt wurde, besteht die Gefahr, dass Fördermittel verloren gehen.

(Beifall Freie Demokraten)

Es ist die richtige Entscheidung, den EFSI, den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, fortzuführen. Wir sollten selbstbewusster sein und für hessische Projekte werben. Nur KMU-Förderung über die WIBank reicht nicht aus. Andere Bundesländer bekommen Autobahnerneuerungen gefördert. Herr Al-Wazir, wie wäre es mit europäischer Unterstützung beim Bau der A 49, einem wichtigen Infrastrukturprojekt in Nordhessen?

(Beifall Freie Demokraten)

Der Wirtschaftsstandort Hessen ist exportorientiert. Wir brauchen endlich auch einen voll integrierten europäischen Kapitalmarkt, eine echte Kapitalmarktunion. Frau Ministerin, Sie haben etwas zum Clearing gesagt, ohne wirklich viel dazu zu sagen. Unsere Position ist klar: Die Börsen können mit gestiegenen Unsicherheiten und großen Schwankungen umgehen. Die Clearinghäuser arbeiten reibungslos. Wir sollten daher die Bestimmungen über den Zugang zu CCPs und Handelsplätzen reformieren. Die Hessische Landesregierung sollte sich dafür einsetzen, börsengehandelte Derivate aus dem Anwendungsbereich der Open-Access-Regeln zu löschen. Die Open-Access-Regelungen führen zu einer Fragmentierung des EU-Derivatemarkts und gefährden die Effizienz und Stabilität des Finanzmarkts.

Europa ist bei Forschung im globalen Vergleich abgeschlagen. Daher müssen wir größere Anstrengungen unternehmen, um besser zu werden. Forschungseinrichtungen und Universitäten sollten europaweit zusammenarbeiten. Hier hilft „Horizont Europa“. Hessische Universitäten haben noch Nachholbedarf bei der Akquirierung europäischer Forschungsmittel.

Erstaunlich ist im Übrigen auch, wozu die Ministerin nahezu nichts gesagt hat: zum Thema Digitalisierung. Frau Sinemus muss noch viel Überzeugungsarbeit leisten, damit dieses Thema in der Regierung einen höheren Stellenwert bekommt. Wir brauchen eine Digitalisierungsoffensive und eine Digitalunion, einen echten europäischen digitalen Binnenmarkt. Deutschland hinkt in Europa, Europa hinkt in der Welt hinter den USA – Herr Boddenberg, ich kann es Ihnen nicht ersparen – und auch hinter China hinterher. Bisher bietet die Landesregierung nur Überschriften, etwa, dass sie bei den Banken Chancen der Digitalisierung sieht. Das sehen wir auch. Dazu brauchen wir in Deutschland

und in Europa endlich ein dematerialisiertes Recht. Luxemburg ist uns dabei beispielsweise um Meilen voraus.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, arbeiten wir alle über Parteigrenzen hinweg daran, dass Europa in den Augen der Bürger wieder einen größeren Wert erhält. Dann sind die Bürgerinnen und Bürger auch bereit, ohne Murren einen fairen Preis dafür zu zahlen. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

#### **Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Vielen Dank, Herr Stirböck. – Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Frau Wissler das Wort.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Wochenende gingen Zehntausende Menschen in vielen Städten Europas auf die Straße und demonstrierten gegen Nationalismus, Rassismus und die wachsende Gefahr von rechts.

(Beifall DIE LINKE)

In Frankfurt waren es über 15.000 Menschen. Dieser Protest ist wichtig und notwendig. Es ist die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, rassistische und faschistische Kräfte zu bekämpfen – das ist die Lehre aus Faschismus, Holocaust und Krieg, der ganz Europa in Trümmer legte.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

In vielen Ländern Europas fand in den letzten Jahren ein Erstarken der radikalen Rechten statt. In einigen Ländern sind sie an der Regierung beteiligt wie Salvini in Italien und die FPÖ in Österreich – zumindest bis gestern.

(Michael Boddenberg (CDU): Griechenland haben Sie vergessen!)

Das gespielte Entsetzen der ÖVP und von Kanzler Kurz über die Aussagen von FPÖ-Chef Strache ist unglaubwürdig – nach dem Motto: „Wer hätte denn ahnen können, dass die FPÖ so ist?“

Der eigentliche Skandal ist nicht, dass die Nazis von der FPÖ korrupt sind. Der eigentliche Skandal ist doch, dass die ÖVP, eine Schwesterpartei der CDU, mit diesen Rechtsradikalen eine Regierung gebildet hat und der FPÖ mit dem Innenministerium auch noch die Zuständigkeit für Polizei und Geheimdienste übertragen hat.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Wer über den Rechtspopulismus und über den Rechtsradikalismus spricht, der muss sehen, dass es auch konservative Parteien waren, die diese rechte Stimmungsmache in vielen Ländern Europas befeuert haben. Wenn man in Deutschland über den Aufstieg der AfD redet, dann muss man natürlich auch über die Seehofers, die Scheuers und die Söders – und wie sie alle heißen – reden, die großen Anteil daran haben, dass eine Stimmung geschaffen wurde, auf der diese Rechten überhaupt erst aufbauen konnten.

Man denke nur an Bundesinnenminister Seehofer, der gesagt hat, die Migration sei die Mutter aller Probleme. Was

für ein gefährlicher Unsinn. So werden gefährliche Stimmungen geschürt. So werden Menschen gegeneinander ausgespielt. So schürt man Rassismus.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD – Manfred Pentz (CDU): Und was hat Frau Wagenknecht so gesagt?)

Frau Ministerin, Sie sprachen von europäischen Werten wie Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit. Aber leider erwähnten Sie den ungarischen Ministerpräsidenten Orban, dessen Partei immer noch der EVP angehört, mit keinem Wort. Ich finde schon: Wer vorgibt, Populisten in Europa bekämpfen zu wollen, der muss laut und deutlich widersprechen, wenn die eigenen EVP-Parteifreunde Grundrechte einschränken und Politik gegen Minderheiten machen, statt jemanden wie Orban seit vielen Jahren in den eigenen Reihen zu dulden, Frau Ministerin.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Für uns als LINKE ist klar: Wer ein vereintes Europa will, das übrigens größer ist als die derzeitige Europäische Union, muss die Europäische Union in ihrer Verfasstheit und zuvorderst die Rolle der deutschen Bundesregierung grundlegend kritisieren. Denn die EU ist den Menschen in Europa bisher viele Versprechen und Hoffnungen schuldig geblieben.

Es wird immer gerne von europäischen Werten geredet. Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung von Frieden gesprochen, von Demokratie, von Freiheit. Aber wie sieht es mit diesen vermeintlich europäischen Werten, mit Menschenrechten, Humanität und Demokratie in der Realität aus?

Vor wenigen Tagen hat Italien das Rettungsschiff „Sea-Watch 3“ beschlagnahmt, und letzte Woche wurde Claus-Peter Reisch, der Kapitän der „Lifeline“, zu 10.000 € Geldstrafe verurteilt. Warum? – Weil er Menschen vor dem Ertrinken gerettet hat.

Wir sagen: Seenotrettung ist kein Verbrechen. Den Seenotrettern gebühren Dank und Anerkennung, aber keine Kriminalisierung und Strafen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Wenn immer mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken, dann ist das nicht einfach ein trauriges Schicksal. Nein, es ist die Folge dieser Abschottungspolitik der Europäischen Union, die die staatliche Seenotrettung eingestellt hat und ehrenamtliche Helfer an ihrer Arbeit hindert. Immer wieder sitzen Menschen, darunter Kinder, tagelang auf Flüchtlingsbooten fest, weil kein europäisches Land bereit ist, sie aufzunehmen.

Ich frage: Wie lässt sich das Bild des leblosen Körpers des vierjährigen syrischen Flüchtlingsjungen Aylan Kurdi mit den vermeintlich europäischen Werten vereinbaren?

Dieses Jahr sind mindestens 494 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Insgesamt sind seit dem Jahr 2000 über 23.000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken. Wo sind da die so viel beschworenen europäischen Werte? Frau Ministerin, das muss ich kritisieren: Sie haben dieses tägliche Sterben im Mittelmeer in Ihrer heutigen Regierungserklärung mit keinem Wort erwähnt.

In vielen Teilen der Welt ist ein Leben frei von Gewalt, Unterdrückung und Hunger nicht möglich. Menschen flie-

hen vor Kriegen, vor Verfolgung, vor Ausbeutung, vor extremer Armut.

An diesen Zuständen trägt die europäische Politik eine Mitverantwortung. Es sind doch die Waffen europäischer Rüstungskonzerne, die weltweit in Kriegen eingesetzt werden. Es sind doch die Großkonzerne aus Europa, die in Ländern ohne Arbeitnehmerschutz Profite machen. Es sind doch unfaire Handelsabkommen wie die EPAs, die dazu führen, dass Billigprodukte aus Europa die afrikanischen Märkte zerstören und den dortigen Kleinbauern ihre Existenz rauben. Es ist doch eine europäische Art des Wirtschaftens, die den Klimawandel beschleunigt und damit weltweit Naturkatastrophen mit verursacht.

Aber dann schlägt Europa diesen Menschen die Tür vor der Nase zu. Europa wird zur Festung ausgebaut und schließt Verträge zur Migrationsbekämpfung mit genau den Regimen, die die Menschen in die Flucht treiben. Auf dem Mittelmeer patrouilliert die sogenannte libysche Küstenwache. Migrantinnen und Migranten werden verschleppt in libysche Lager – in Lager, in denen es regelmäßig zu Hinrichtungen kommt, zu Folter und zu Vergewaltigungen.

Der EU ist bewusst, welchen Gefahren Migranten in Libyen ausgesetzt sind. Dennoch stattet sie die libysche Küstenwache mit Schiffen, Überwachungstechnik und Geldern aus. Da frage ich Sie: Wo bleiben hier die europäischen Werte der Friedensnobelpreisträgerin EU?

Frau Ministerin, Sie fordern sichere Außengrenzen und meinen damit eine Aufrüstung von Frontex. Das ist nicht die Sicherheit, die wir meinen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir fordern: Schluss mit dem Sterben im Mittelmeer, Schluss mit der Kriminalisierung von Seenotrettern, Schluss mit der Aushöhlung des Asylrechts in vielen Ländern Europas und Schluss mit dem Dublin-Abkommen, mit dem sich Staaten wie Deutschland seit Jahren aus der Verantwortung gezogen haben. Europäische Werte messen sich eben genau daran, wie man mit Menschen auf der Flucht, mit Menschen in Not umgeht. Hier muss sich die europäische Politik grundlegend ändern, wenn man über eine Wertegemeinschaft sprechen will.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt, die Türkei gehöre nicht in die EU, weil sie sich von der Demokratie abwende. Aber ich stelle fest: Als Türsteher zur EU ist Erdogan der Bundesregierung gerade recht. Mit der Türkei wurde der unsägliche EU-Türkei-Deal geschlossen, der Erdogan den Rücken stärkt.

An dieser Stelle ist die europäische Außenpolitik moralisch sehr flexibel. Das zeigt sich auch beim Umgang mit Rüstungsexporten an die türkische Regierung. Panzer, die zum Teil in Kassel gefertigt wurden, waren am Einmarsch in Afrin beteiligt und kommen im blutigen Krieg gegen die Kurden zum Einsatz.

Auch hier frage ich mich: Wo bleibt bei dieser Doppelmoral die europäische Wertegemeinschaft, von der Sie sprechen? Wenn man von einer europäischen Wertegemeinschaft spricht, dann darf man keine militärische Zusammenarbeit mit Erdogan zulassen, der einen Krieg gegen die Kurden führt und die Demokratie im eigenen Land abschafft.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, nach einem Zeitalter der Kriege, nach zwei Weltkriegen ist es zweifellos ein zivilisatorischer Fortschritt, dass die Länder der EU keine Kriege mehr gegeneinander führen. Von einem Friedensprojekt Europa sind wir allerdings noch immer weit entfernt. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind direkt und indirekt an Kriegen beteiligt. Die Rüstungsausgaben sind aktuell so hoch wie nie seit dem Ende des Kalten Krieges.

Frau Ministerin, Sie stellen auf der einen Seite zu Recht fest, dass sich Menschen Sorgen um den Frieden machen. Dann loben Sie aber als Antwort darauf das militärische Aufrüstungsprogramm PESCO.

Frau Ministerin, die EU-Staaten werden dadurch verpflichtet, jedes Jahr mehr Geld für Rüstung auszugeben, während an anderer Stelle Sparauflagen gemacht werden. Während die Mittel zur Förderung der Regionen gekürzt werden, sollen gemeinsame Rüstungsprojekte gefördert werden. Während vielerorts die Brücken und Straßen verfallen, sollen beispielsweise 6,5 Milliarden € investiert werden, um Straßen und Brücken panzerfest zu machen. Welch gefährlicher Irrsinn ist das, in dieser Welt über mehr Aufrüstung zu diskutieren, statt endlich abzurüsten?

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Sie sagen, die EU solle über ihre Außengrenzen hinaus als starker Akteur in Erscheinung treten. Wir brauchen aber keine europäische Armee, wir brauchen keine europäische Eingreiftruppe, wir brauchen keine weitere Aufrüstung. Was wir brauchen, ist eine Verpflichtung zur Abrüstung und endlich ein Stopp von Waffenexporten.

(Beifall DIE LINKE)

Wie ist es denn mit dem Friedensprojekt Europa zu vereinbaren, dass EU-Staaten ein Land wie Saudi-Arabien mit Waffen beliefern? Ein Land, in dem Menschen- und Frauenrechte nicht gelten und das einen Krieg gegen den Jemen führt.

(Michael Boddenberg (CDU): Wann waren Sie das letzte Mal in Venezuela?)

Solange die Staaten der Europäischen Union, Herr Boddenberg, Waffen an ein Land wie Saudi-Arabien liefern, so lange bleibt das ganze Gerede von den europäischen Werten nichts anderes als eine Floskel.

(Beifall DIE LINKE – Michael Boddenberg (CDU): Wer regiert eigentlich in Griechenland? Wer regiert in Italien? Sie mit Ihrer Doppelmoral!)

Frau Ministerin, die Entwicklungszusammenarbeit haben Sie übrigens in Ihrer Regierungserklärung nicht einmal erwähnt. Deshalb mache ich das. Die EU-Mitgliedstaaten gaben im Jahr 2017 für die Entwicklungszusammenarbeit insgesamt 72 Milliarden € aus. Das ist ein Rückgang um 3 %, und da ist schon alles eingerechnet, auch Flüchtlingshilfen im Inland und Schuldenerlasse.

Die Rüstungsausgaben in den 28 Staaten der Europäischen Union hingegen stiegen von 230 Milliarden € im Jahr 2017 auf über 250 Milliarden € im Jahr 2018. Das ist Geld, das fehlt, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Das fehlt auch, um Bildung, Soziales und Gesundheit zu finanzieren.

Ich finde, wenn man das Geld für die Entwicklungszusammenarbeit neben das Geld für die Rüstungsausgaben stellt,

dann sieht man ganz klar, welche Prioritäten hier gesetzt werden. Wir sagen ganz klar: Es sind die falschen Prioritäten, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union setzen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Regierungserklärung trägt den Titel: „Lebe Dein Europa“. Leider ist eines der Grundprobleme der Europäischen Union, dass eben längst nicht jeder in der Lage ist, sein Europa zu leben. 113 Millionen Menschen bzw. 22,5 % der Bevölkerung der Europäischen Union sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Gleichzeitig steigt der private Reichtum weniger. Frau Ministerin, dieses Auseinanderklaffen und die sich verstärkenden sozialen Ungleichheiten haben Sie leider gar nicht angesprochen.

Die Europäische Union ist seit der Wirtschaftskrise vor zehn Jahren noch neoliberaler, sie ist noch autoritärer geworden. In den südeuropäischen Ländern wurden die Löhne gedrückt. Die Sozialleistungen wurden gestrichen. Öffentliche Einrichtungen wurden ausverkauft.

In Griechenland, Spanien und Italien liegt die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor bei über 30 %. Für diese Jugendlichen, die keinerlei Perspektive für sich sehen, klingt „Lebe Dein Europa“ wohl eher zynisch. Frau Ministerin, ich sage es einmal so: Mit einem Interrail-Ticket allein wird man diese Jugendlichen nicht für die Europäische Union begeistern.

(Beifall DIE LINKE)

Die neoliberale Politik hat dazu geführt, dass die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zugenommen hat. Das führt natürlich zu innereuropäischen Migrationsbewegungen. Bauarbeiter aus Osteuropa werden wie Amazon-Pakete quer durch Europa geschickt. Billiglöhner schuften auf deutschen Spargelfeldern. Lkw- und Busfahrer sind wochenlang nicht zu Hause. Sie müssen in ihren Wagen schlafen. Osteuropäische Pflegekräfte pflegen deutsche Senioren, während sie ihre eigenen Familien lange Zeit nicht sehen.

Das alles geschieht oft für einen Hungerlohn. Denn nach der EU-Dienstleistungsfreiheit ist man nicht verpflichtet, den im Land gültigen Mindestlohn zu zahlen.

Das ist doch keine Freizügigkeit. Das ist Ausbeutung. Dieser Ausbeutung muss man einen Riegel vorschieben. Deshalb fordern wir EU-weite Mindestlöhne. Wir wollen nicht, dass die Menschen durch Lohndumping in der Europäischen Union gegeneinander ausgespielt werden. Es soll in allen Staaten der Europäischen Union gutes Geld für gute Arbeit geben.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Frau Ministerin, Sie beklagen in Ihrer Regierungserklärung, dass der Handwerksmeister brav seine Steuern zahle, während internationale Großkonzerne die Schlupflöcher im Netz der Europäischen Union nutzten. Dazu sage ich: Tun wir doch einmal etwas dagegen.

Frau Ministerin, Sie als Teil der Landesregierung könnten direkt einmal bei Fraport anfangen. Denn die befindet sich mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand. Wir wissen, dass Fraport Briefkastenfirmen in Malta unterhält, um Steuern zu sparen. Frau Ministerin, als wir das im Landtag angesprochen haben, hat die Landesregierung darin nicht einmal ein Problem gesehen.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie kennen doch die Antwort der Ministerin dazu!)

– Ich kenne die Antwort der Ministerin dazu.

(Michael Boddenberg (CDU): Warum erzählen Sie dann so etwas?)

Es gab überhaupt kein Problembewusstsein, als wir das hier diskutiert haben.

Gleiches gilt für Konzerne wie Apple, Google, Amazon, und wie sie alle heißen. Durch legale und illegale Tricks entgehen den Staaten bis zu 1 Billion € Einnahmen pro Jahr. Dabei gibt es doch allen Grund, endlich einmal über die Besteuerung der Banken und Konzerne zu reden. Wir sollten auch über die Regulierung der Finanzmärkte reden. Seit der Bankenkrise im Jahr 2008 wurde immer noch nicht die Finanztransaktionssteuer eingeführt. Es gibt immer noch keine Regulierung der Finanzmärkte. Viele Versprechungen, die damals gemacht wurden, wurden nicht gehalten. Die Europäische Union hat nicht die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise des Jahres 2008 gezogen.

(Beifall DIE LINKE)

Sie haben davon gesprochen, dass neue Wirtschafts- und Geschäftsformen durch die Digitalisierung und das Internet entstünden. Deswegen seien neue Regeln erforderlich. Das stimmt grundsätzlich, wenn auch nicht in Form der völlig verfehlten Urheberrechtsreform, die Sie vielleicht gemeint haben.

Natürlich ist es gut, sich über neue Wirtschaftsformen Gedanken zu machen. Aber die Europäische Union versagt bereits bei der Besteuerung ziemlich klassischer Geschäftsmodelle wie Möbelhäuser, Kaffeehausketten und Versandhändler.

Deshalb fordern wir, dass die Steueroasen, die wir mitten in der Europäischen Union haben, endlich ausgetrocknet werden. Wir brauchen eine Mindestbesteuerung der Konzerne in Europa. Wir brauchen Steuerbehörden, die personell so ausgestattet sind, dass sie die Anwendung der Steuergesetze auch durchsetzen können. Natürlich darf ein gemeinsamer Euro-Währungsraum mit völlig unterschiedlichen Wirtschaftsregionen nicht ohne sozialen Ausgleich bleiben. Denn ansonsten würde da etwas auseinanderdriften.

(Beifall DIE LINKE)

Mit seiner aggressiven Exportstrategie verschärft Deutschland die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und damit auch die Probleme innerhalb der Eurozone. Statt der europaweiten schwarzen Null bräuchten wir ein europaweites Investitionsprogramm für die Infrastruktur, die Bildung, die Gesundheit und die Verkehrswende. Das bräuchten wir.

Das Problem ist doch, dass viele Menschen merken, dass diese Europäische Union nicht zuerst ihren Interessen als Arbeitnehmer, als Rentner oder Erwerbslose dient, sondern viel zu oft vor allen Dingen den großem Wirtschaftskonzernen. Es handelt sich um eine Europäische Union, in der der Wettbewerb über allem steht. Es ist eine Europäische Union des ruinösen Dumpingwettbewerbs. Sie stößt zu Recht bei vielen Menschen auf Ablehnung. Es ist eine Europäische Union, in der Tarifverträge und Arbeitnehmerrechte allzu oft als Wettbewerbshemmnisse gelten.

Es soll noch weiter in diese Richtung gehen. Das gilt beispielsweise für das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada. Diese weitreichenden Abkommen eines neuen Typs, die wesentlich tiefer als die bisherigen Handelsverträge in die Gesetzgebungsprozesse eingreifen, schränken die demokratischen Gestaltungsspielräume der Parlamente ein.

Deshalb ist es umso trauriger, dass sich die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN vorletztes Wochenende gegen eine Abkehr von CETA positioniert hat. Mit dieser Entscheidung fallen die GRÜNEN nicht nur der Bewegung gegen die Freihandelsabkommen in den Rücken, sondern sie gefährden auch soziale, ökologische und demokratische Standards.

Deswegen sage ich für DIE LINKE ganz klar: Wir werden uns weiter gegen diese Abkommen engagieren. Wir wollen einen gerechten Welthandel, in dem die Interessen der Konzerne nicht über allem stehen.

(Beifall DIE LINKE)

Jeden Freitag demonstrieren Schülerinnen und Schüler bei den „Fridays for Future“-Demonstrationen für den Klimaschutz. Dabei haben sie unsere Unterstützung.

Kanzlerin Merkel erklärt immer gerne, man müsse europäische Regelungen finden. Dann fährt sie nach Brüssel und verhindert als Schutzpatronin der deutschen Automobilindustrie schärfere Regelungen und schärfere Grenzwerte, die die Industrie zum Umsteuern zwingen würden. Bestehende Grenzwerte sollten zumindest einmal eingehalten werden. Man hat den Eindruck, die gesetzlichen Grenzwerte seien eher eine unverbindliche Empfehlung für die Automobilindustrie, als dass sie umgesetzt würden.

Wer das Klima schützen will, muss den Kohleausstieg europaweit vorantreiben. Er muss bereit sein, sich mit den Interessen des Kapitals und der Konzerne anzulegen. Er muss bereit sein, das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf immer höheren Profit angelegt ist, grundlegend infrage zu stellen.

(Beifall DIE LINKE)

Eine Europäische Union, die auf Aufrüstung setzt, die die Interessen der Konzerne vertritt und die den notwendigen sozialen Ausgleich nicht leistet, findet nicht die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung. Sie weckt keine Begeisterung. Die weckt man auch nicht, indem man den Menschen mit warmen Worten eine Europäische Union beschreibt, die es in der Realität nicht gibt. Frau Ministerin, die Europäische Union hat kein Imageproblem. Vielmehr steht sie auf falschen Grundlagen.

Die Träger eines vereinten Europas, das auf den Grundpfeilern Solidarität, Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden beruht, sind leider nicht die Regierungen der EU-Staaten. Allen voran ist es nicht die deutsche Bundesregierung, die die Kürzungspolitik in der Europäischen Union maßgeblich vorangetrieben hat, durch die weite Teile der Bevölkerung Griechenlands und anderer Länder verarmt sind. Es war allen voran die deutsche Bundesregierung, die Griechenland zum Ausverkauf der Infrastruktur gezwungen hat. Profitiert davon haben deutsche Unternehmen wie die Fraport, die griechische Flughäfen aufgekauft hat.

Ein demokratisches, soziales und friedliches Europa muss erkämpft werden. Die Werte sind deshalb nicht nur in Sonntagsreden zu beschreiben. Vielmehr muss das umgesetzt werden.

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Frau Wissler, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Unsere Hoffnung sind die Menschen, die am Wochenende gegen rechts demonstriert haben, die Schüler, die Freitags für den Klimaschutz auf die Straße gehen, die Menschen, die mit einer europaweiten Bürgerinitiative die Privatisierung des Wassers verhindert haben und die jetzt mit der Initiative „Housing for All“ für bezahlbare Mieten und das Grundrecht auf Wohnen kämpfen. Es sind die streikenden Gewerkschafter von Ryanair und Amazon, die für gute Löhne kämpfen. Natürlich sind das auch die Menschen, die ohne Bezahlung und trotz Repressionen Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken retten. Sie alle stehen für ein anderes, für ein vereintes und für ein wahrhaft internationales Europa.

Deshalb – letzter Satz, Herr Präsident –: Wer ein vereintes Europa will, der muss diese Europäische Union und die ihr zugrunde liegenden Verträge grundlegend kritisieren – nicht vom nationalistischen Standpunkt, wie es die Rechten tun, sondern die EU daran erinnern, was die zentralen Werte sind, über die sie redet.

Bei dieser Europawahl geht es darum, das Erstarren der Rechten – –

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Frau Wissler, ich kann Sätze zählen. Bitte.

(Heiterkeit – Zuruf Minister Tarek Al-Wazir)

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Bei dieser Europawahl geht es darum, das Erstarren der Rechten zu verhindern. Wer aber die Rechten stoppen will, der wird diese Europäische Union auch verändern müssen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Frau Wissler. – Obwohl überhaupt keine Zwischenrufe von der Regierungsbank erlaubt sind, stelle ich richtig, Herr Al-Wazir: Ich bin kein Jurist.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Deshalb kann er auch zählen!)

Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Utter zu Wort gemeldet.

**Tobias Utter (CDU):**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Regierungserklärung „Lebe Dein Europa“ hat Staatsministerin Puttrich deutlich gemacht, welche große Rolle Europa für unser Bundesland spielt. Vielen Dank für diese Regierungserklärung, die Europa in den Mittelpunkt unserer Debatte gestellt hat.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Lebe Dein Europa“ – das macht Hessen. Wir leben Europa, wir gestalten Europa mit. Es ist richtig und gut, wenige Tage vor der Europawahl noch einmal über die europäische Integration zu sprechen. Am kommenden Sonntag können alle Wählerinnen und Wähler die Zukunft Europas mitgestalten.

(Zuruf AfD: Der EU!)

Ich begrüße ausdrücklich das Motto „Lebe Dein Europa“, mit welchem die Landesregierung für die Teilnahme wirbt. Ich merke in den Veranstaltungen, an den Infoständen, bei Gesprächen mit Bürgern aller Altersgruppen: Das Interesse an Europa ist in den letzten Wochen deutlich gestiegen. Man will mehr von Europa wissen, mehr über Europa erfahren. Deshalb ist die Kampagne „Lebe Dein Europa“ eine gute Sache.

(Beifall CDU und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In der Broschüre „Lebe Dein Europa“, die schon hochgehalten wurde, gibt es eine Rankingliste der europäischen Mythen. Da ist doch erstaunlich, dass es in einem Zeitalter der Wissensexplosion offensichtlich immer auch eine Explosion des Unwissens gibt. Ein Beispiel ist sicherlich, dass immer noch viele denken, die EU sei das große Bürokratiemonster.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Ist sie doch!)

Aber was sind denn die Fakten, was sind die Zahlen? – Von den gesamten Mitteln der EU werden für die Verwaltung, für Personal und die Gebäude, gerade mal 6 % ausgegeben. Das ist wirklich kein Bürokratiemonster.

Oder: Ich sehe gerade nicht Herrn Heidkamp. Ist er noch da, oder ist er schon nach Brüssel unterwegs?

(Heiterkeit und Beifall – Michael Boddenberg (CDU): Er ist seiner Sache so sicher, er ist gleich losgefahren!)

Vielleicht könnte man Herrn Heidkamp vor seiner Reise noch empfehlen, die Broschüre der Landesregierung zu lesen; Frau Puttrich wird sie ihm geben.

(Michael Boddenberg (CDU): Vorher hat er noch veritable Abgeordnete beleidigt! – Gegenruf Robert Lambrou (AfD): Er hat sich entschuldigt!)

Ein weit verbreitetes Gerücht ist immer noch, die EU würde den Krümmungsgrad der Banane festlegen. Das hat sie niemals getan.

(Zurufe AfD: Der Gurke!)

– Bei der Gurke ist es schon abgeschafft, jawohl. – Man sieht also, es ist gut, über die EU und das, was sie ausmacht, aufzuklären.

Die Medien berichten zurzeit umfangreich über Europa. Ich wünschte mir, dass das auch außerhalb von Wahlkampfzeiten geschieht. Am Sonntag konnten wir z. B., wie ich finde, ein eindrucksvolles Interview von Herrn Heusinger in einer großen Zeitung lesen, wo gut dargestellt wurde, wie man in Brüssel auch als Land Einfluss nehmen kann, wie man als Land auf der europäischen Bühne wirken kann. Ich glaube, es ist kein übertriebener Stolz, wenn



wir sagen, wir Hessen gehören da sicherlich mit zu den Besten.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Wahlkampfzeiten ist natürlich Gelegenheit, die Unterschiede zwischen den Parteien herauszuarbeiten. Aber es lohnt sich eben auch, auf die Gemeinsamkeiten zu schauen und damit einzuordnen, wo man steht. Wir müssen uns immer wieder in Erinnerung rufen, was die europäische Einigung für uns bedeutet. Das Zusammenwachsen der Völker und Nationen hat uns eine nie gekannte Phase des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands in Europa gebracht und sichert uns eine starke Stimme in der globalisierten Welt. Wir müssen uns erinnern, dass dies nicht selbstverständlich ist, sondern das Ergebnis – man möchte fast sagen – eines politischen Wunders: Aus verfeindeten Nachbarn, aus Erbfeinden sind Partner und Freunde geworden.

Europa steht vor großen Herausforderungen. Um diese bewältigen zu können, müssen wir Europa verbessern. Wir müssen es reformieren, aber wir müssen es nicht abschaffen. Die Menschen erwarten zu Recht mehr Lösungskompetenz in den großen Fragen. Mit der Außenpolitik, der Migrationspolitik, dem Klimaschutz und der Handels- und Wirtschaftspolitik hat Staatsministerin Puttrich die richtigen Bereiche angesprochen. Hier brauchen wir mutige Schritte, damit wir diese Probleme gemeinsam als Europäer lösen können. Denn rückwärtsgerichtet, mit der beschränkten Macht im internationalen Vergleich kleinster Nationalstaaten werden wir bei der Lösung dieser Fragen keine Rolle spielen.

Kritik an der EU ist legitim und manchmal auch durchaus verständlich. Aber die Folge kann doch nur sein, dass wir die EU noch besser machen. Die CDU hat hierfür den Wählerinnen und Wählern Vorschläge gemacht und stellt sie am Sonntag zur Abstimmung.

Ich durfte für die CDU an dem Kongress der Europäischen Volkspartei, EVP, in Helsinki teilnehmen.

(Torsten Warnecke (SPD): Sie waren das!)

– Ich war dabei, jawohl. – Das kann ich jedem empfehlen, das gibt es in anderen Parteifamilien auch. Es ist wirklich eindrucksvoll, wenn Menschen aus so vielen Staaten zusammenkommen und miteinander diskutieren. Mir hat sich ein Redebeitrag eines Christdemokraten aus Litauen eingeprägt. Im Zusammenhang mit der Brexit-Debatte sagte er: Wer die EU verlässt, um mehr Souveränität zu gewinnen, der wird nachher feststellen müssen, dass wir unsere Souveränität nur mit der EU bewahren können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Das verstehen die in Moskau nicht!)

– Ja, Jörg-Uwe. – Da sind wir bei dem nächsten Thema, das mich bewegt, das, wie ich finde, bisher zu wenig angesprochen wurde. Klar, ein Mensch aus Litauen weiß, was es heißt, wenn fast täglich der Luftraum getestet wird, ob denn die westlichen Verbündeten wachsam genug sind.

Bei allem, was heute schon über diese Regierungskrise in Österreich gesagt wurde, kommt mir ein bisschen zu kurz, darauf einzugehen, dass dort ein Parteivertreter bereit war, einem russischen Oligarchen Einfluss auf Medien zu geben, ja, Einfluss auf das Regierungshandeln. Ich bin immer noch fassungslos und frage mich schon, wo eigentlich der

Aufschrei bleibt, wenn man sieht, wie massiv russische Kräfte versuchen, europäische Politik zu beeinflussen, sei es jetzt im Internet oder auch durch Gelder und anderes.

Das Wort sei auch noch an die AfD gerichtet: Ich finde, die AfD sollte sich gut überlegen, mit wem sie sich verbündet, mit wem sie zusammenarbeitet, damit sie nicht zur Alternative für Russland wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und Torsten Warnecke (SPD))

„Lebe Dein Europa“ – wir von der Union haben klare Vorstellungen, was wir in Europa weiterentwickeln wollen.

Jeder von uns, der bisher geredet hat, hat durchaus auch persönliche Eindrücke und Europaerfahrungen geteilt. Mein älterer Bruder lebt nun schon seit einigen Jahren in Polen. Er ist mit einer Polin verheiratet, und ich habe einen polnischen Teil in der Familie dazugewonnen.

Ich erinnere mich aber auch noch an meinen ersten Besuch in Polen. Zusammen mit meinen Eltern habe ich im Sommer 1978 Polen besucht. Der polnische Staat war damals so freundlich, uns – damit wir nicht so allein durch Polen reisen mussten – einen freundlichen Herrn des staatlichen Geheimdienstes zur Seite zu stellen, der uns bei allen Dingen begleiten und die Eindrücke richtig vermitteln konnte, damit man den Sozialismus auch versteht. Man kann ja falsche Eindrücke gewinnen. Allerdings war Polen schon damals etwas Besonderes: Dieser Geheimdienstmitarbeiter musste mit uns in viele Kirchen gehen und hat sich immer kräftig bekreuzigt.

Heute ist Polen zwar ein EU-Mitgliedstaat, bei dem wir durchaus Probleme sehen. Aber die Menschen dort fühlen sich überwiegend einfach als Europäer und sind froh, dass sie zu Europa gehören. Man wird dort mit großer Herzlichkeit empfangen, und ich wünsche mir, dass die Regierung in Polen erkennt, welch großer Wert Europa ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wir wollen die Freizügigkeit innerhalb Europas im Schengen-Raum erhalten, damit es auch in Zukunft keine Grenzkontrollen innerhalb der EU gibt. Dazu ist es allerdings nötig, dass die Außengrenzen besser gesichert werden.

(Zurufe AfD: Hört, hört!)

Daher wollen wir zusätzliche Grenzschützer einsetzen, um unsere Außengrenzen besser zu schützen, um illegale Migration zu verhindern. Wir wollen allerdings auch, dass es Solidarität bei der Frage gibt, wie Flüchtlinge untereinander aufgeteilt werden. Wir wollen, dass die EU die Ursachen der Flucht und Vertreibung bekämpft und dass es geordnetere Verfahren der Einwanderung gibt.

Wir wollen ein europäisches FBI – wir wollen nämlich effektiv Terrorismus und organisierte Kriminalität bekämpfen. Kleinlicher Nationalismus schadet hier nur. Wir brauchen gemeinsame Ermittlerteams, die alle Informationen über Straftäter und radikalisierte Personen zusammenführen. Dadurch ermöglichen wir es den nationalen Polizeikräften, Terroristen zu fassen, bevor sie Anschläge auf unsere Bürger verüben. So bekämpft man auch organisierte Kriminalität effektiv.

Wir als Union müssen leider auch die traurige Wahrheit aussprechen, dass sich die Türkei immer mehr von Europa und seinen Werten entfernt hat.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nicht die Türkei, die türkische Regierung! – Gegenruf Michael Bodenberg (CDU): Hat er doch gemeint!)

Daher sind die Beitrittsgespräche nicht sinnvoll und sollten beendet werden. Unsere Bereitschaft zu einer intensiven Zusammenarbeit bleibt bestehen. Wir sind auch sicherlich alle bereit, der Türkei zu helfen, falls es dort zu einem Regimewechsel kommt. Doch im Moment machen Beitrittsgespräche überhaupt keinen Sinn mehr.

(Beifall CDU)

Für uns gehören zu Europa untrennbar Demokratie, Unabhängigkeit der Justiz und Pressefreiheit. Das gilt überall: in Polen, in Ungarn, in Rumänien. Wir machen da keinen Unterschied und wollen keine Abstriche machen. Natürlich – das sage ich offen – ärgert es auch mich, wie sich Orban entwickelt hat. Mit dieser Haltung hat er unter den Christdemokraten nichts mehr zu suchen.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Aber dann wünsche ich mir auch, dass wir uns einig sind, wenn jemand aus der Parteienfamilie aus der Art schlägt, dass man es deutlich sagt und möglichst schnell auch sagt, wie es weitergeht. Da muss man der SPD sagen: Es wird nicht erwähnt, was die Regierungspartei in Rumänien tut.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dazu hatten wir sogar eine Sitzung und uns öffentlich erklärt!)

– Ja, aber es wäre schön, es auch einmal hier zu erwähnen.  
– Es sind dort nämlich Wahlfälscher an der Regierung, Leute, die korrupt sind und die Amtsmissbrauch betrieben haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja! Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu! – Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Deshalb ist es auch richtig, denen klar zu sagen, dass wir das nicht dulden.

Bei dem leichten Schlag von links und rechts und hin und her: Man kann den Herrn Salvini noch so beklagen, aber er regiert ja nicht mit absoluter Mehrheit mit seiner Partei, sondern er hat mit der Fünf-Sterne-Bewegung einen Verbündeten, der immer alles mitmacht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nicht sozialdemokratisch!)

– Sie nennen sich links, sind aber nicht sozialdemokratisch.

(Zurufe)

Zu Griechenland. Ich habe große Achtung vor dem dortigen Ministerpräsidenten, der auch manches gut macht. Aber um in die Regierung zu kommen, ist er bereit, mit einer mehr als rechten Partei zu koalieren, der sie das Verteidigungsressort gegeben haben. Das finde ich auch nicht ganz so gut.

Europa sollte sich durchaus große Ziele setzen, Ziele, die jetzt vielleicht noch utopisch klingen. Wir setzen uns dafür ein, dass es einen europäischen Masterplan zur Krebsbekämpfung gibt. Mehr als 40 % aller Europäer werden im Laufe ihres Lebens mit dieser Erkrankung konfrontiert. Es lohnt sich doch, hier die Kräfte zu bündeln, um das Leben Tausender Europäer zu schützen. Unsere Forschung und

unsere Innovation müssen wir hier bündeln. Das sind konkrete Dinge für die Menschen in Europa.

Wir wollen auch, dass sich Europa um die wesentlichen Dinge kümmert. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Vorschriften in Europa durchforstet werden. Wir glauben, dass wir auf 1.000 Vorschriften gut verzichten könnten, um uns auf das Wesentliche zu beschränken; denn dann wird Europa auch ernst genommen, wenn es sich um die großen Fragen kümmert.

Europa ist eine Handelsmacht, und diese kann man auch zum Guten einsetzen. Handelsabkommen sind nichts Böses, sondern sie können auch dazu führen, Standards zu verbessern. Wir können als Europäer beispielsweise durchaus verlangen, dass es ein weltweites Verbot von Kinderarbeit gibt. Wir können mit unserer Macht durchsetzen, dass nirgends auf der Welt Kinder gezwungen werden, unter unwürdigen Bedingungen zu arbeiten; denn Kinder haben ein Recht auf ihre Kindheit.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Sabine Waschke (SPD))

Viel Richtiges ist heute schon zum Klimaschutz gesagt worden. Aber der Klimaschutz ist auch eine Herausforderung für unsere Innovationskraft, für unser europäisches Können, das Miteinander. Wir können Vorreiter sein – nicht nur in Beschränkungen, sondern auch im Aufbruch. Wir als Hessen beispielsweise müssten ein großes Interesse haben, dass die Entwicklung von emissionsarmen Flugzeugen vorangetrieben wird; denn darüber, wie viel geflogen wird, kann man viel diskutieren. Aber man wird in dieser modernen Welt immer fliegen müssen. Deshalb müssen die Flugzeuge besser werden. Da müssen die Europäer Standards setzen, da müssen wir Spitze sein.

Zum Schluss sei erwähnt: Ich finde auch eine Initiative sehr gut, für die wir uns einsetzen, dass jungen Familien ermöglicht wird, Wohnungseigentum zu erwerben. Wir sind nicht dafür, dass Wohnungsbesitzer enteignet werden.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir sind dafür, dass möglichst viele Menschen – besonders junge Familien – sich Eigentum leisten können, und das in ganz Europa.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir leben Europa. Hessen wird auch in Zukunft seinen Beitrag zur Weiterentwicklung der EU leisten. Mit unserer Partnerschaft auf dem Westbalkan mit der Vojvodina wollen wir den Weg weisen, damit Serbien auch den Weg hinein in die EU findet, damit die Schrecken der Vergangenheit, der Krieg und die Gräueltaten überwunden werden. Wir können als kleines Bundesland im großen Konzern Europa einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass sich Frieden und Freiheit auch dort durchsetzen können.

Europa gestalten – das können am Sonntag nicht nur die Abgeordneten, sondern alle Wählerinnen und Wähler. Wir können Europa voranbringen, indem wir die Abgeordneten wählen, die Europa voranbringen wollen, und keine Stimme für die Parteien geben, die Europa zerschlagen wollen. Hessen – im Herzen Europas, Europa im Herzen.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe AfD)

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Utter. – Ich habe nochmals eine Wortmeldung der AfD-Fraktion von ihrem Vorsitzenden, Herrn Lambrou. 1:36 Minuten sind noch übrig.

**Robert Lambrou (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen! Hier wird immer wieder Europa mit der EU, der Europäischen Union, verwechselt. In der EU gibt es 28 Staaten. Europa, welches deutlich größer ist, umfasst 47 Staaten. Die EU liegt in Europa, aber die EU ist nicht Europa, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Wir AfDler sind überzeugte Europäer.

(Holger Bellino (CDU): Das merkt man nur nicht!)

Das hat Erich Heidkamp für die AfD-Fraktion eben in seiner Rede bereits ausgeführt. Bei 13 % für die AfD in ein paar Tagen sitzt er übrigens bald im EU-Parlament.

(Beifall AfD)

Die EU in ihrer jetzigen Form sehen wir allerdings kritisch.

(Holger Bellino (CDU): Dann schafft sie doch ab!)

Dafür gibt es gute Gründe. Frau Ministerin, Sie fordern z. B. in Ihrer Rede mehr EU, mehr Transferunion. Die AfD ist der Meinung, dass schon viel gewonnen wäre, wenn die bestehenden EU-Verträge einmal konsequent eingehalten würden.

(Beifall AfD)

Das Thema EU – wie bereits erwähnt – wird von Ihnen gerne mit Europa verwechselt und anschließend tabuisiert. Wir erleben das auch in der heutigen Debatte zur Regierungserklärung von Frau Ministerin Puttrich wieder eindrucksvoll. Das Thema wird von LINKEN, GRÜNEN, SPD, FDP und CDU ideologisch aufgeladen.

(Beifall AfD)

Wehe, wenn jemand die EU kritisiert und die aktuelle Situation und die Pläne der EU mit gesundem Menschenverstand

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den vermissen wir ja!)

angemessen hinterfragt. Die Zustimmung zu dieser EU erscheint alternativlos, wenn nicht die Welt untergehen soll. Meine Damen und Herren, dem ist nicht so.

(Beifall AfD – Zuruf Michael Boddenberg (CDU))

Die konstruktiv-kritische Sichtweise der AfD zu EU, nicht zu Europa, rührt wesentlich auch aus einer Vorgehensweise der EU, die der aktuelle EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bereits 1999 folgendermaßen beschrieben hat.

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Lambrou.

**Robert Lambrou (AfD):**

Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.

Das ist der Grund, warum es wichtig und richtig ist, dass die AfD jetzt in den Parlamenten sitzt und rechtzeitig auf Fehlentwicklungen in der EU, nicht in Europa, hinweist. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Lambrou. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Regierungserklärung der Europaministerin entgegengenommen und besprochen.

Wir haben zwei Anträge mit aufgerufen – die Tagesordnungspunkte 36 und 59 –, die wir beide an den Europauschuss überweisen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein, abstimmen!)

– Der SPD-Antrag soll abgestimmt werden. Was machen wir mit dem anderen?

(Zurufe: Auch abstimmen!)

– Auch abstimmen.

Dann rufe ich als Erstes den Antrag der SPD-Fraktion und weiterer SPD-Abgeordneter, Europa fit machen für hessische Kommunen, Drucks. 20/620, auf und frage, wer dem Antrag zustimmen möchte. – Das ist die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen AfD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – Da sind die Fraktionen DIE LINKE und die FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Als Zweites rufe ich den Dringlichen Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Subsidiarität leben in Europa, Drucks. 20/665, auf. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP, CDU und die GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das sind AfD und SPD. Wer enthält sich? – DIE LINKE. Damit hat dieser Antrag eine Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Erste Lesung  
Gesetzentwurf****Fraktion DIE LINKE****Hessisches Untersuchungsausschussgesetz (UNAG)**

– **Drucks. 20/517** –

Die vereinbarte Redezeit ist fünf Minuten. Als Erster hat sich für DIE LINKE Herr Schaus zu Wort gemeldet.

**Herrmann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In fast allen Bundesländern und im Bund regeln Gesetze den Rahmen und den Ablauf von Untersuchungsausschüssen, nur in Hessen nicht.

Weil aber Untersuchungsausschüsse das wichtigste Instrument des Parlamentes zur Kontrolle der Regierung sind und obwohl auch die Hessische Verfassung der Opposition entscheidende Minderheitenrechte zubilligt, ist in Hessen bisher nichts gesetzlich geregelt. Das wollen wir endlich ändern.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben in den letzten Jahren mit diversen Untersuchungsausschüssen viele Erfahrungen gesammelt. Bisher müssen mit Einsetzung jedes Untersuchungsausschusses erst intern die Regeln erarbeitet werden. Beim Erarbeiten dieser Regeln

(Unruhe – Glockenzeichen)

bleibt die Öffentlichkeit aber außen vor. Das ist alles intransparent, und die Mehrheit entscheidet dann auch weitgehend über den Ablauf.

Die bisher als Arbeitsgrundlage dienenden sogenannten IPA-Regeln sind – das muss man wissen – ein vom Bundestag aufgrund seiner Untauglichkeit nie beschlossener Gesetzentwurf aus dem Jahr 1969 – also schlechte Regeln, die 50 Jahre alt sind.

Diese veralteten, schlechten Regeln waren bisher entscheidend für die Ausschussarbeit. Sie mussten deshalb dann auch im Einzelnen modifiziert und angepasst werden. Das versteht draußen in der Bevölkerung niemand.

(Beifall DIE LINKE)

Mindestens seit 2008 besetzen die Regierungsfractionen jeden Untersuchungsausschuss mit einem Vorsitzenden aus ihren Reihen. Alle Untersuchungsausschüsse wurden aber durch die Opposition initiiert. Wenn dazu, wie im NSU-Untersuchungsausschuss, auch noch die zweite Regierungsfraction den Berichtstatter stellt, wird die Aufklärungsarbeit der Opposition faktisch eingeschränkt.

Im Bund und in den Ländern wechselt der Vorsitz von Untersuchungsausschüssen zwischen Regierung und Opposition, auch wenn es nicht so im Gesetz geregelt ist. Aber in Hessen gehen die Uhren schon immer anders.

Wir brauchen in Hessen also endlich ein Untersuchungsausschussgesetz. Eigentlich sagen das auch alle Fraktionen im Landtag schon seit Jahren. Selbst im alten Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün aus 2014 stand das drin. Im neuen steht es nicht mehr. Passiert ist seither allerdings nicht viel.

Mit dem Scheinargument, dass während laufender Untersuchungsausschüsse kein Gesetz beraten werden könne, wurde dies verschleppt. Nach dieser Scheinlogik dürfte aber nie ein laufendes Gesetz geändert werden. Sie merken also, wie absurd diese Argumentation ist.

Zur Vorgeschichte gehört auch, dass der FDP-Abgeordnete Dr. h.c. Hahn bereits Ende Februar dieses Jahres allen Fraktionen seinen Entwurf für ein Untersuchungsausschussgesetz zugesandt hat. Aus der FDP wurde also auch versucht, einen Stein ins Wasser zu schmeißen. Basis dafür war ein Entwurf, der am Rande der Enquetekommission Verfassung – eher beiläufig – angesprochen wurde. Ein gemeinsames Beratungsverfahren wurde aber leider nie offiziell eingeleitet. Damals, also zu diesem Zeitpunkt im Februar dieses Jahres, haben wir schon lange an unserem eigenen Gesetzentwurf gearbeitet.

Da sich die CDU aber nach wie vor weigert, inhaltliche Anträge mit uns gemeinsam einzubringen, haben wir uns entschieden, mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nun offiziell die parlamentarische Debatte zu beginnen

Wir haben uns mit unserem Entwurf an den Gesetzen anderer Bundesländer orientiert und einen Fokus auf mehr Transparenz, eine Stärkung der Minderheitenrechte und auf Verfahrenssicherheit gelegt.

Wir freuen uns auf die Sachverständigenanhörung und sind bereit, unseren Gesetzentwurf weiter zu verbessern. Wenn andere Fraktionen sagen: „Wartet damit noch einige Monate, dann haben auch wir einen Entwurf“, dann ist das umso besser; denn dann hören wir zu den Entwürfen gerne gemeinsam an. Wir scheuen die Debatte nicht, im Gegenteil.

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Kommen Sie zum Schluss, Herr Schaus?

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Das war der letzte Halbsatz, Herr Präsident. – Die Debatte ist hiermit eröffnet.

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Schaus, für die Einbringung. – Für die FDP-Fraktion hat sich Dr. h.c. Hahn zu Wort gemeldet.

**Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten):**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte jetzt ein bisschen vom ersten krähenden Hahn erzählen, der nicht zum Erfolg kommt.

(Torsten Warnecke (SPD): Oh ja!)

Aber wenn sich die Gemeinschaft der Hähne und der Hühner zusammensetzt, kommt etwas Gutes dabei heraus. Ich könnte auch sagen – das sagt man bei der Bundeswehr, wenn jemand vorprescht, ohne dass er mit den Kollegen darüber spricht –, dass das nicht so ganz nett ist. Genauso empfinden wir als Freie Demokraten, und genauso empfindet die Mehrheit dieses Hauses – so zumindest mein Gefühl – Ihr Agieren.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie waren dabei.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die CDU macht nichts zusammen mit uns!)

– Ich habe bei Ihnen eben so lange geschwiegen. Das ist mir so schwergefallen. Mir wäre es lieb, wenn Sie mich während meiner verbleibenden 4:15 Minuten Redezeit einfach ungestört reden ließen.

(Beifall Freie Demokraten und Volker Richter (AfD))

In der Enquetekommission zur Reform der Hessischen Verfassung hieß es, dass wir ein Untersuchungsausschussgesetz in Hessen in dieser Legislaturperiode haben wollen und haben werden. Der Kollege Kaufmann hat sich – si-

cherlich gemeinsam mit anderen – die Mühe gemacht, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Das war klar. Deshalb, Herr Schaus, sage ich Ihnen: Sie wollten einfach die schnelle Zeile haben.

(Kopfschütteln des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Das Schöne ist: Sie haben sie nicht einmal bekommen. Die Medien haben nach Ihrer Pressekonferenz sofort gemerkt, dass das ein unüberlegtes Vorpreschen gewesen ist.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin dankbar – natürlich habe ich das nicht als Jörg-Uwe Hahn geschrieben, sondern im Auftrag der Fraktion der Freien Demokraten und im Auftrag unseres Fraktionsvorsitzenden René Rock –, dass nunmehr auf unser Schreiben geantwortet worden ist und dass sowohl die Koalitionsfraktionen als auch die Sozialdemokraten gesagt haben: Wir machen bei dieser interfraktionellen bzw. überfraktionellen Arbeitsgruppe mit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde euch morgen nerven; denn morgen Abend will ich einen gemeinsamen Termin für diese Arbeitsgruppe haben. Das wird morgen auf der Tagesordnung stehen, damit wir uns dann schnell an die Arbeit machen.

Zweite Bemerkung. Der Gesetzentwurf der LINKEN enthält in sich so viele Brüche, dass man nur sagen kann – der Schreibcomputer hilft da weiter –, dass das eine aus den Regelungen in Thüringen, das andere aus denen in Schleswig-Holstein herausgenommen worden ist. Leider hat sich niemand mehr die Mühe gemacht, das irgendwie zusammenzuführen, sodass es zu erheblichen gedanklich-intellektuellen Brüchen kommt.

Darüber hinaus haben Sie Dinge in Ihrem Gesetzentwurf, die ich nicht will. Ich will nicht, wir Freie Demokraten wollen nicht, dass es Unterausschüsse von Untersuchungsausschüssen gibt. Das wollen wir nicht. Das ist falsch, schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem aus Thüringen abgeschriebenen Ritual der Verlesung von Protokollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich: Wir haben wirklich andere Aufgaben, als uns stundenlang vorlesen zu lassen, was in den Protokollen steht.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist doch Unsinn, was Sie erzählen!)

Wenn man das wissen will, muss man es halt selbst lesen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ja! Dass zugestimmt wird, wenn es verlesen wird! Das ist ein ganz anderes Thema!)

– Schauen Sie nach: § 22 in Ihrem Gesetzentwurf.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hätten Sie vorher mal lesen sollen!)

Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass da wirklich jemand den Auftrag gehabt hat: „Sammel mal aus den anderen Bundesländern und vom Bund zusammen“, und dann kam das dabei heraus.

Wir als Freie Demokraten wollen – letzter Teil –, dass die Zuteilung der Vorsitze genauso funktioniert wie die Zuteilung von Ausschussvorsitzen. Es kann nicht sein, dass immer die Regierenden – ich habe längere Zeit dazugehört und weiß also, wovon ich spreche – die vermeintliche Oberhoheit über die Vorsitze von Untersuchungsausschüssen haben. Vielmehr muss es ein rollierendes System geben.

Wir wollen darüber hinaus, weil das gerade im letzten Untersuchungsausschuss von besonderer Bedeutung war, eine klare Regelung zum Thema „externe Sachverständige“ haben. Das kann man nicht zwischen Suppe und Kartoffeln klären.

Wir wollen aber auch, dass die Minderheitenrechte gestärkt werden. Wir wollen, dass nicht nur der Ausschussvorsitzende – egal, welcher Fraktion er angehört –, sondern auch die Fraktionen jeweils eine Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte Ihnen noch sieben, acht andere Punkte vortragen. Das will ich aber nicht tun. Langer Rede kurzer Sinn: Das Ziel der Freien Demokraten war es, dass wir gemeinsam etwas erreichen. Wir wollten nicht die schnelle Überschrift haben. Wie gesagt: Sie haben sie nicht bekommen; die ganze Veranstaltung ist auch noch schiefgegangen.

Wir wollen, dass wir uns genau wie bei der Überarbeitung der Hessischen Verfassung in diesem Parlament – das sage ich sehr bewusst – zusammenraufen, um ein Untersuchungsausschussgesetz hinzubekommen, bei dem jeder bitte bedenkt: Gerade bin ich in der Opposition, das nächste Mal bin ich in der Regierung – oder andersherum. Das sind die Interessen des Parlaments. Führen wir sie zusammen.

Wie gesagt, liebe Kollegin: Ich habe die Namen hier schon aufgeschrieben. Ich komme morgen mit dem Terminkalender, und ich gehe erst raus, wenn wir einen Termin haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Robert Lambrou (AfD))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Frank-Peter Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Hahn hat gerade, obwohl er genau wie ich Grund zur Verärgerung gehabt hätte, den versöhnlichen Weg eingeschlagen. Herr Kollege Hahn, das ist richtig.

Ich versuche auch, auf den versöhnlichen Weg zu kommen, kann das aber nicht, verehrter Herr Kollege Schaus, ohne Ihnen deutlich zu sagen: Mit Ihrer Aktion und der Einbringung dieses Gesetzentwurfs haben Sie öffentlich bewiesen, dass es Ihnen genau nicht um das Recht des Untersuchungsausschusses geht, sondern dass es Ihnen darum ging, in der Osterpause sozusagen eine schnelle Schlagzeile zu bekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, AfD und Freie Demokraten)

Pünktlich zum Ferienbeginn kam die Einladung zur Pressekonferenz, mit der euphemistisch ein eigener Gesetzentwurf angekündigt wurde. Allerdings zeigt das Hineinschauen in den Entwurf eher, dass er ein Copy-and-Paste-Produkt aus dem Schnipplbuch zu sein scheint.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Im Übrigen, Herr Kollege Schaus, gehen Sie schon in der Einladung mit der Wahrheit sehr unkorrekt um. Sie haben geschrieben, ein Gesetzentwurf sei weiterhin nicht in Sicht, kannten aber das Schreiben des Kollegen Hahn und kannten die folgende Sache erst recht, oder Sie haben nur eine Chaosfraktion. Denn am 28. Juli 2018 um 18:49 Uhr wurde ein Gesetzentwurf – damals noch im Arbeitszusammenhang mit der Enquetekommission Verfassung – an alle damaligen Fraktionen herumgeschickt. Sie haben ihn eben beiläufig abgetan. Die Bitte in der Mail, sich zu äußern, ob man darüber reden wolle oder nicht, haben Sie wie manche anderen in der Tat ignoriert. Insoweit haben Sie das Thema Ihrerseits vernachlässigt.

Meine Damen und Herren, wir hatten damals in der Enquetekommission die Verständigung – der Kollege Hahn hat darauf hingewiesen –, dass wir die Verfassung nicht ändern, aber einen gemeinsamen Gesetzentwurf in einem ähnlichen Verfahren wie in der Enquetekommission Verfassung vorbereiten. Genau das haben Sie bisher verweigert.

Ihr Hinweis, dass Sie bereit seien, die Anhörung zusammen auch zu anderen Gesetzentwürfen vorzunehmen, ist ein bisschen ein Friedensangebot. Sie haben gemerkt, dass Sie ausgerechnet als kleinste Fraktion ohne Rücksprache mit den anderen keinen erfolgreichen Vorstoß in dieser Sache machen können. Ihnen ist das vielleicht klar geworden.

Ich will kurz noch – die Zeit ist leider sehr knapp – auf einige Inhalte eingehen. Aus anderen Gesetzen abzuschreiben, ist zulässig,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Daraus haben wir nie ein Geheimnis gemacht!)

wenn man es klug macht. Wenn man es so wie Sie macht, ist es eher unklug. Merke, verehrter Herr Kollege Schaus: Art. 92 Abs. 3 unserer Verfassung weist ausdrücklich auf die Strafprozessordnung hin. Etliche andere Verfassungen von Ländern tun das nicht. Das macht einen gewaltigen Unterschied.

Ob erstens die Vorschriften der Strafprozessordnung im Gesetz wiederholt werden müssen, darüber kann man mindestens füglich streiten. Zweitens wird der in Ihrem Gesetzentwurf stehende § 14 Abs. 3 zum Problem. Darin steht nämlich, man könne von der Strafprozessordnung abweichen, was aus meiner Sicht zunächst einmal ein Verstoß gegen die Verfassung wäre, die ausdrücklich vorgibt, nach der Strafprozessordnung zu verfahren. Auch das ist aus meiner Sicht zu diskutieren.

Zweites Beispiel, warum Ihr Gesetzentwurf eher schnell, hektisch und damit auch schlampig gemacht worden ist: § 19, Vereidigung. Ihnen sollte nicht entgangen sind, dass der hessische Staatsgerichtshof mit Urteil vom 16. November 2011 festgelegt hat, dass in Untersuchungsausschüssen eine Vereidigung unzulässig ist. Das kann man nachlesen. Ob man das dann in ein Gesetz hineinschreibt –

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Die Position teile ich nicht! In einem Gesetz kann man das ändern! – Gegenruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kann man nicht die Verfassung ändern!)

– Verehrter Kollege Schaus, die Verfassung kann man mit einem einfachen Gesetz nicht ändern. Darüber müssen wir hier nicht streiten.

(Glockenzeichen)

Meine Damen und Herren, Sie merken anhand dieser Feststellungen und der zunehmenden Aufregung des Kollegen Schaus: Was Sie uns vorgelegt haben, taugt für die Diskussion eigentlich nicht. Ich bin froh, wenn wir uns nun zusammenfinden, um einen viele Aspekte aufgreifenden Gesetzentwurf zu erarbeiten. Ich bin ziemlich nah beim Kollegen Hahn. Wir kennen wechselseitig unsere Entwürfe. Insoweit denke ich, dass wir am Ende ein gutes Ergebnis erzielen werden.

Herr Kollege Schaus, das Allerbeste für das Verfahren wäre es, wenn Sie Ihren Gesetzentwurf zurückziehen würden. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Freie Demokraten)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Kaufmann. – Das Wort hat der Abg. Bolldorf von der AfD-Fraktion.

#### **Karl Hermann Bolldorf (AfD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich bräuchte ich gar keine Rede zu halten; denn das, was der Kollege Kaufmann vorgetragen hat – das ist möglicherweise von mir Beifall von der falschen Seite –, ist absolut zutreffend. Das kann ich nur nachhaltig unterstützen. Wir sehen das also ähnlich.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss gehört „zu den wesentlichen, den relevanten Kräften der parlamentarischen Opposition zustehenden Instrumente“. So sagt es das Bundesverfassungsgericht völlig zutreffend in einer Entscheidung vom Mai 2016.

Mit Blick auf die Verfassungsrealität will ich ergänzen, dass er ein notwendiges Mittel ist, um die Auskunftsbereitschaft der Regierung und der parlamentarischen Regierungsmehrheit zu erhöhen und um eventuelle politische Missstände, die im Verborgenen liegen, aufzuklären.

Hessen ist im Gegensatz zum Bund und den anderen Ländern nach meinem Kenntnisstand das einzige Bundesland, in dem es noch kein Untersuchungsausschussgesetz gibt. Das muss sich ändern; denn Hessen braucht eine gesetzliche Grundlage, da sich die bisherige Praxis als untauglich und nicht zielführend erwiesen hat.

(Beifall AfD)

Bisher wurden für Untersuchungsausschüsse nämlich die sogenannten IPA-Regeln angewandt. IPA ist die Abkürzung für Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft. Den IPA-Regeln liegt ein nie verabschiedeter Gesetzentwurf der 5. Wahlperiode des Bundestages zugrunde.

Anhand der Tatsache, dass sich die Verfahrensabläufe in Hessen in diesem Bereich auf ein verworfenes Dokument aus dem Jahr 1968 stützen – – Das ist übrigens schon Ihr erster Fehler, Herr Schaus. Sie behaupten, es wäre 1969 gewesen. Es war 1968. Ich kann das anhand von Dokumenten belegen. Insofern zeigt sich klar, auf welch brüchigem und rechtsunsicherem Terrain sich der Hessische Landtag in den vergangenen Jahrzehnten bewegt hat. Diese Praxis entspricht in keiner Weise den Maßstäben, an denen Untersuchungsausschüsse in der heutigen Zeit gemessen werden. Hier hätte bereits vor Jahren gehandelt werden müssen.

(Beifall AfD)

Bereits im Koalitionsvertrag der vergangenen Wahlperiode wurde ein eigenes Untersuchungsausschussgesetz für Hessen angekündigt. Ich muss leider Kritik anbringen: Wie leider so oft hat Schwarz-Grün auch hier nicht geliefert; denn Ankündigungen ersetzen kein aktives politisches Handeln.

(Beifall AfD)

Nun komme ich zu dem, um was es geht, nämlich zum Gesetzentwurf der LINKEN. Dieser greift die Problematik auf, ist allerdings ein zusammengewürfeltes Stückwerk. An den meisten Stellen – das geben Sie in der Begründung offen zu – bedienen Sie sich an Passagen von Gesetzen anderer Bundesländer.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ja!)

Hieraus sind die richtigen Schlüsse zu ziehen, weil der Hessische Landtag ganz eigene Rahmenbedingungen hat, die aber trotz der von Ihnen vorgenommenen Anpassungen im Text nicht angemessen berücksichtigt wurden. Der vorliegende Gesetzentwurf ist nach Auffassung der AfD-Fraktion ein Sammelsurium unterschiedlicher Rechtstexte. Er scheitert an seinem eigenen Anspruch und ist an manchen Stellen in sich widersprüchlich. Deutlich zu sehen ist dies in § 10, der die Durchführung der Sitzungen regelt.

Unkonventionell ist auch, dass Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender und Berichterstatter der Untersuchungsausschüsse im Plenum des Landtags gewählt werden sollen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ja!)

Dies wird nirgendwo so gemacht, auch nicht in Schleswig-Holstein, auf dessen Gesetz Sie sich in der Begründung zu § 6 beziehen.

Hinzu kommt, dass die geltende Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs auch und insbesondere hinsichtlich der Zeugenvereidigung nicht beachtet wird.

Kurzum zeigt sich hier: Schnell gemacht ist nicht immer gut gemacht. – Meine Damen und Herren, es darf bei einem so sensiblen Thema keinen Wettlauf um den am schnellsten vorgelegten Gesetzentwurf geben. Wir befürworten daher den von der FDP geäußerten Ansatz, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die alle – ich betone: alle – Landtagsfraktionen einbezieht. Auch eine Hinzunahme von verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Expertise ist in jedem Fall anzustreben.

(Beifall AfD)

Das mag zwar zeitintensiv sein, aber nur so kann sichergestellt werden, dass ein Gesetz verabschiedet wird, das die Akzeptanz aller politischen Kräfte findet, einen verfas-

sungsgemäßen Ausgleich zwischen Regierung und Opposition garantiert und eine effiziente, lückenlose und transparente Arbeit gewährleistet.

Der Gesetzentwurf der LINKEN kann dies nicht. Deswegen können wir Ihren Vorschlag auch nicht unterstützen und lehnen ihn ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Bolldorf. – Das Wort hat der Abg. Christian Heinz, CDU-Fraktion.

**Christian Heinz (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuss ist ein scharfes Schwert der parlamentarischen Opposition, wenn man so will, sogar das Königsrecht zur Kontrolle der Regierung. In Hessen hat dieses Instrument eine reichhaltige Geschichte über die vergangenen Jahrzehnte hinweg. Ich will hier nur exemplarisch zwei Punkte nennen. Man hat hier schon gestritten und untersucht hinsichtlich der Frage, ob Pferde rechtmäßig beritten wurden.

(Nancy Faeser (SPD): Tief greifende Fragen!)

In der vergangenen Legislaturperiode wurde darüber gestritten, ob Kernkraftwerke rechtmäßig abgeschaltet wurden. Dies waren zwei Antipoden der vergangenen Jahrzehnte. Das Polizeipferd wurde damals übrigens nicht vorgeladen. Dafür haben wir es aber geschafft – damals noch gemeinsam mit dem Kollegen Schmitt –, drei Stunden lang die Kanzlerin in Berlin zu befragen. Es gab also das eine oder andere Highlight in den vergangenen Jahrzehnten. Die Älteren erzählen heute noch begeistert vom Pferd Metternich aus den Neunzigerjahren.

Jetzt komme ich auf die Frage der gesetzlichen Regelung zu sprechen, um die es heute geht. Man sollte voranstellen, dass sich die ganz wesentlichen Fragen ohnehin unmittelbar aus Art. 92 der Hessischen Verfassung ergeben. Außerdem haben wir es auch ohne eigenes Gesetz im Landtag geschafft, in den vergangenen Jahrzehnten in unterschiedlichen Rollen wesentliche Rechte der Opposition vor dem Staatsgerichtshof zu erstreiten und zu präzisieren.

Richtig ist aber auch, dass wir in der 19. Wahlperiode gemeinsam verabredet haben, nach der erfolgreichen Enquetekommission Verfassung, bei der wir gemeinsam mit vier Fraktionen 15 verfassungsändernde Gesetzentwürfe eingebracht haben, uns den Entwurf eines Untersuchungsausschussgesetzes vorzunehmen. Meine Damen und Herren, ich bin mir ganz sicher, das werden wir in der 20. Wahlperiode sehr zeitnah gemeinsam tun.

Eines ist aber auch richtig – das haben meine Vorredner bereits gesagt –: So einfach wie mit dem vorliegenden Entwurf der LINKEN sollten wir es uns dabei nicht machen. Herr Schaus hat davon gesprochen, wir hätten schlechte Regeln. Dazu möchte ich sagen, dass wir diese nicht durch ein ganz schlechtes und ein in Teilen möglicherweise sogar verfassungswidriges Gesetz ersetzen sollten.

Der jetzt vorliegende Entwurf, über den wir heute sprechen, enthält zahlreiche Ungenauigkeiten. Man hat sich aus verschiedenen Landesgesetzen jeweils die am besten gefäl-

lende Regelung irgendwie zusammenkopiert. So kann man aber keine Gesetze machen. Ich will nur exemplarisch drei Punkte nennen, bei denen ich ein großes Fragezeichen an den Rand gesetzt habe. Es gibt aber noch einige mehr darin.

Die Vereidigung von Zeugen war Gegenstand der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs im Jahr 2011. Es ist zumindest höchst fraglich, ob der Landesgesetzgeber von dieser Interpretation von Bundesrecht durch den Staatsgerichtshof abweichen kann. Ich würde das verneinen. – Dem Kopfschütteln von Frau Faeser entnehme ich, dass die SPD-Fraktion das auch so sieht.

(Zuruf Hermann Schaus (DIE LINKE))

Die Möglichkeit des generellen Ausschlusses von Beauftragten der Landesregierung begegnet ebenfalls erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Eine entsprechende Regelung schlagen Sie in § 11 vor.

Ihren Vorschlag zu Bild- und Tonübertragungen und zur alleinigen Entscheidung des Vorsitzenden, ob das in der Sitzung passiert, halte ich für sehr bedenklich. Es gibt im PUAG Regelungen, die sehr hohe Hürden vorsehen. Das müssen wir uns ganz genau anschauen und am Ende auch sehr kritisch überlegen, ob wir das gemeinsam wollen. Denn das Verbot von Bild- und Tonaufzeichnungen öffentlicher Sitzungen dient nicht zuletzt dem Schutz der Zeuginnen und Zeugen – weniger dem Schutz der Abgeordneten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD – Zurufe DIE LINKE)

Deshalb kann man es sich an der Stelle nicht so leicht machen. Nicht alle Zeugen in Untersuchungsausschüssen sind Minister und Ministerpräsidenten; zum Teil sind es ganz einfache Bürger. Herr Kaufmann hat schon auf die Strafprozessordnung hingewiesen, nach deren Regeln wir uns im Wesentlichen zu richten haben. Ich glaube nicht, dass man einen Untersuchungsausschuss einfach in eine Showveranstaltung verwandeln darf.

Ganz am Ende will ich sagen – das ist mein persönlicher Beitrag –: Ich glaube, dass es uns bei ausreichend gutem Willen gelingen wird, gemeinsam einen Gesetzentwurf vorzulegen, der verfassungskonform ist, der die Rechte der Minderheit ausreichend würdigt, aber auch den Belangen der parlamentarischen Mehrheit Rechnung trägt. Zur Wahrheit zählt nämlich auch: Auch in Untersuchungsausschüssen gibt es Entscheidungen, die die parlamentarische Mehrheit treffen kann. Sie hat ein aus der Verfassung abgeleitetes Recht darauf, manche Dinge mit Mehrheit zu entscheiden. Wir wollen aber auch die Minderheitenrechte stärken.

Wenn man positiv in die Zukunft schaut: Vor etwa einem Jahr ist es vier Fraktionen dieses Hauses gelungen, sich auf 15 verfassungsändernde Gesetze zu verständigen. Ich glaube, dass es uns – zumindest mit der gleichen Mehrheit – gelingen wird, uns auf ein Untersuchungsausschussgesetz zu verständigen. Unsere Bereitschaft dazu ist vorhanden, und wir sind auch bereit, das zeitnah anzugehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Christian Heinz. – Das Wort hat die Abg. Nancy Faeser, SPD-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt müssen einige Dinge klargestellt werden!)

### Nancy Faeser (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in der Tat so, wie Kollege Rudolph sagt: Ein paar Dinge sind in dieser Debatte klarzustellen.

Ich will zunächst sagen: Was das Verfahren betrifft, stimme ich mit meinen letzten Vorrednern überein. Ich finde es richtig, dass man sich zusammensetzt, wenn es um so elementare Rechte der Abgeordneten geht. Es gab in der Tat in der Enquetekommission zur Änderung der Verfassung die Verabredung, sich zusammenzusetzen. Es gibt auch einen Entwurf mit Ausformulierungen, den uns BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegt hat. Insofern finden wir es ausgesprochen richtig, sich zusammenzusetzen. Deswegen hat die SPD-Fraktion erklärt, dass wir in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe mitarbeiten werden.

Ich will aber noch einmal darstellen, worüber wir reden. Ich finde es schon spannend, wie unterschiedlich die Nuancierungen waren, und ich glaube, darauf kommt es auch an. Das Untersuchungsausschussverfahren ist nämlich in einer parlamentarischen Demokratie das „schärfste Schwert“ der Opposition, wie der Kollege Heinz gesagt hat. Er hat es das „Königsrecht“ genannt. Es hat eine äußerst wichtige Aufgabe zu erfüllen. In Art. 92 Abs. 1 Satz 1 der Hessischen Verfassung ist geregelt, dass Untersuchungsausschüsse auf Antrag eines Fünftels der gesetzlichen Zahl der Parlamentsmitglieder verpflichtend einzusetzen sind. Auf dieses elementare Recht der Oppositionsfraktionen will ich noch einmal zu sprechen kommen, weil ich glaube, dass sich daraus ein paar wesentliche inhaltliche Punkte ableiten lassen. Dieser Aspekt ist mir bislang etwas zu kurz gekommen.

(Beifall SPD)

Dieses Recht dient nämlich der Informations- und Kontrollbefugnis des Parlaments. Mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erhalten Parlamente die Möglichkeit – das ist das Besondere am Untersuchungsausschussverfahren –, mit hoheitlichen Mitteln, die sonst nur Gerichten und bestimmten Behörden zur Verfügung stehen, selbstständig Sachverhalte zu prüfen, die sie in Erfüllung ihres Verfassungsauftrags als Vertreter des Volkes für aufklärungsbedürftig halten.

Seit mehreren Jahren wurde – auch von uns – immer wieder die Verabschiedung eines Untersuchungsausschussgesetzes gefordert. Daraufhin kam immer der Hinweis, es laufe gerade ein Untersuchungsausschuss, deshalb könne man kein entsprechendes Gesetz verabschieden. Das war doch purer Unfug, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Einem eigenständigen Gesetzgebungsverfahren für ein Untersuchungsausschussgesetz steht doch nicht entgegen, dass Untersuchungsausschüsse eingesetzt sind und tagen. Ich will es noch einmal sagen: Das darf auch die zukünftige Arbeit in der Arbeitsgruppe nicht behindern, sonst bekommen wir in der Tat ein Problem.



Ich habe es dem Kollegen Rudolph schon gesagt: Ich kann innerhalb von fünf Minuten nicht all das aufzählen, was ich in den letzten Jahren bei meiner Arbeit in Untersuchungsausschüssen erleben musste. Ich will aber ein paar Beispiele nennen, weil ich aufzeigen will, wo dringender Handlungsbedarf besteht.

Der eine oder andere erinnert sich vielleicht: Ich habe in einem Untersuchungsausschuss gemeinsam mit dem Kollegen Frömmrich – der der Debatte nicht mehr folgt – vor dem Staatsgerichtshof erstritten, dass wir Beweismittel, die uns laut Verfassung zustehen, genehmigt bekommen. Herr Kollege Heinz, das zeigt: Besonders ernst haben Sie es an vielen Stellen mit den Minderheitenrechten der Opposition in diesem Haus nicht genommen. Deshalb ist ein Untersuchungsausschussgesetz so wichtig.

(Beifall SPD, Freie Demokraten, DIE LINKE und vereinzelt AfD – Widerspruch Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Boddenberg, wir haben damals das Recht erstritten, Zeugen erneut zu vernehmen und ein Sachverständigengutachten einzuholen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist doch völlig in Ordnung!)

Das sind nach der Strafprozessordnung elementare Formen von Beweismitteln. Meine Vorredner haben es schon gesagt: In Art. 92 Abs. 3 der Hessischen Verfassung gibt es einen ausdrücklichen Hinweis auf die Strafprozessordnung, deren Vorschriften sinngemäß anzuwenden sind. Deswegen hat der Staatsgerichtshof so entschieden, wie er entschieden hat.

Wenn der Kollege Heinz hier darauf hinweist, dass eine Vereidigung von Zeugen nicht mehr möglich ist – ich gebe ihm in dieser Rechtseinschätzung recht –, weil der Staatsgerichtshof so entschieden hat, dann stimmt das zwar im Ergebnis, aber ich möchte auf die Historie verweisen. In dem erwähnten „Fürst Metternich“-Untersuchungsausschuss, wo es um ein Pferd dieses Namens ging, hat der damalige Abg. Roland Koch, der einmal Ministerpräsident in diesem Lande war, das Recht erstritten, Zeugen zu vereidigen.

(Michael Boddenberg (CDU): Man kann doch seine Meinung ändern!)

Ich finde es schon witzig, dass das jetzt als Beispiel dafür angeführt wird, um darauf hinzuweisen, dass das heutzutage nicht mehr geht. Das Sein bestimmt also doch das Bewusstsein. Ich appelliere an die Fraktionen, dass sie sich davon nicht beeinflussen lassen, sondern dass wir diese Rechte in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe ordentlich definieren – in dem Bewusstsein, da bin ich ganz bei Herrn Kaufmann, dass man einmal Oppositionsfraktion und einmal Regierungsfraktion sein kann. Das Entscheidende in einer solchen Arbeitsgruppe ist, dass dieses Bewusstsein vorherrscht, nicht der Blick auf die momentane Lage.

(Beifall SPD und vereinzelt AfD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Faeser, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Nancy Faeser (SPD):**

Ich hätte, wie gesagt, noch viel zu sagen. Ich glaube, in dem Gesetzentwurf der LINKEN gibt es wichtige Ansätze. Es ist aber richtigerweise gesagt worden, dass manches so nicht geht, weil man Bestimmungen aus anderen Bundesländern nicht einfach auf Hessen übertragen kann. Man muss in der Tat auf die Hessische Verfassung zurückgreifen.

Ich will es am Ende noch einmal sagen: Ich habe die dringende Bitte, dass wir zu einem ausgewogenen Ergebnis kommen. Ich glaube, dass sich die CDU-Fraktion da am meisten bewegen muss. Tun Sie das, unabhängig davon, ob Untersuchungsausschüsse in der nächsten Zeit eingesetzt werden oder nicht. Es besteht an dieser Stelle dringender Handlungsbedarf.

(Beifall SPD, Freie Demokraten, DIE LINKE und vereinzelt AfD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollegin Faeser. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Das war die erste Lesung des Gesetzentwurfs. Er wird zur weiteren Beratung und zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Hauptausschuss überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** und **Tagesordnungspunkt 7** auf:

#### **Erste Lesung**

#### **Gesetzentwurf**

#### **Fraktion der SPD**

#### **Gesetz zur Einführung eines inklusiven Wahlrechts in Hessen**

– **Drucks. 20/518** –

#### **Erste Lesung**

#### **Gesetzentwurf**

#### **Fraktion DIE LINKE**

#### **Hessisches Gesetz zum Wahlrecht für vollbetreute Menschen**

– **Drucks. 20/622** –

Frau Kollegin Gnagl bringt den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion ein.

#### **Lisa Gnagl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde auch Zeit: Endlich kommt es auch auf hessischer Ebene zu einem inklusiven Wahlrecht, zu einem Wahlrecht für Menschen, die in allen Angelegenheiten betreut werden. Viele Behindertenverbände kämpfen dafür schon seit Jahren.

Das Wahlrecht ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Die bisherigen pauschalen Wahlrechtsausschlüsse sind grundgesetzwidrig, so das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 29. Januar dieses Jahres. Sie sind ein schwerwiegender Eingriff in die Bürgerrechte. Davon sind allein in Hessen rund 7.000 Menschen betroffen.

In Hessen hätten wir schon vor der Landtagswahl das Wahlrecht ändern können. Gelegenheit dazu hatten wir aufgrund eines Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Aber da haben Sie, CDU und GRÜNE, die Reform noch abgeschmettert und damit verschleppt.

Was Sie damals politisch nicht gewollt haben, dazu werden Sie jetzt durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gezwungen. Andere Bundesländer wie Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Berlin haben ihr Wahlrecht schon längst reformiert, zum Teil schon vor dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. Es ist einfach beschämend, wie lange das in Hessen dauert.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben in Hessen einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, weil wir nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Januar gesehen haben, dass hier durchaus Druck notwendig ist. Die Änderungen hin zu einem inklusiven Wahlrecht sind richtig, und sie sind vor allem wichtig.

Bisher sind in Hessen Betreute in allen Angelegenheiten vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Das ist eine Regelung, die noch aus der Zeit des Vormundschaftsrechts von vor 1992 stammt. Damals hat man die Betreuten noch in allen Lebenslagen bevormundet. Davon ist man im Betreuungsrecht schon längst abgekommen, nur hat sich das bisher noch nicht im Wahlrecht widerspiegelt. Deswegen ist es höchste Zeit, dass sich das endlich ändert – auch in Hessen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Wahlrechtsausschlüsse sind auch völlig inkonsistent. Bei einigen erfolgt die Betreuung in allen Angelegenheiten auf eigenen Wunsch der Betroffenen. Es ist deren bewusste Willensentscheidung, weil sie sich damit auch vor Risiken wie etwa einer Überschuldung schützen wollen. Es gibt auch viele vollbetreute psychisch erkrankte Menschen, die zwar eine Unterstützung bei der täglichen Lebensführung brauchen, aber die ihren Willen klar und rational artikulieren und dementsprechend eine Wahlentscheidung treffen können.

Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die demenziell erkrankt, aber gar nicht vollbetreut sind und denen das Wahlrecht auch nicht abgesprochen wurde. Diese wenigen Beispiele zeigen, dass das Kriterium einer Vollbetreuung willkürlich ist, dass es Ungleichheiten produziert und dass das mit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl kollidiert.

2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht in Deutschland geworden. Die Vertragsstaaten verpflichteten sich laut Art. 29 – ich zitiere –:

... sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können, ...

Es wird Zeit, dass den seit zehn Jahren bestehenden internationalen Verpflichtungen auch in der Bundesrepublik endlich Taten folgen – vor allem auch im Bundesland Hessen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Das alles hätten wir schon haben können – ich habe es erwähnt. In Hessen hätte schon über 7.000 Menschen das Wahlrecht ermöglicht werden können. Die Chance haben Sie vor der Landtagswahl nicht genutzt. Selbst nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts haben Sie vier Monate gebraucht, um tätig zu werden – vier Monate, in

denen Menschen das Wahlrecht abgesprochen wurde. Denken wir beispielsweise auch an die Bürgermeisterwahlen in den Kommunen, die stattgefunden haben.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Gnadl, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Lisa Gnadl (SPD):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Wenn sich im Landtag abzeichnet, dass dieser rechtswidrige Zustand endlich geändert wird, begrüßen wir das ausdrücklich; denn, wie gesagt, es wurde auch Zeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Kollege Dr. Wilken, Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat schon darauf hingewiesen, dass wir bereits in der letzten Legislaturperiode diesen Gesetzentwurf eingebracht haben, der die demokratisch unhaltbaren Ausschlüsse von Menschen mit Behinderungen vom allgemeinen Wahlrecht hätte beheben können – wenn dieses Haus dem zugestimmt hätte. Damals konnte nur die SPD zustimmen. Das war für die Betroffenen mehr als enttäuschend, die so z. B. von der letztjährigen Landtagswahl ausgeschlossen wurden.

Fast alle angehörten Verbände hatten unseren Gesetzentwurf in der damaligen Anhörung ausdrücklich begrüßt und hätten sich gefreut, die Regelung zeitnah umgesetzt zu sehen. Ich darf als Beispiel aus der damaligen Anhörung Herrn Marten vom Bundesverband der Berufsbetreuer zitieren:

Der Berufsverband begrüßt die Gesetzesinitiative uneingeschränkt. Es ist für uns die logische Schlussfolgerung aus der UN-Konvention. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass unter Fachleuten ein Wahlrechtsausschluss noch befürwortet werden kann.

Meine Damen und Herren, insbesondere die Regierungsfractionen haben ihn abgelehnt mit der Begründung, sie wollten erst einen höchstrichterlichen Spruch vom Bundesverfassungsgericht abwarten. Ein bisschen mehr Selbstvertrauen sollen wir als erste Gewalt schon haben und nicht erst auf Gerichte warten, bevor wir Gesetze machen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Ganz nebenbei gesagt: Es sind in der Vergangenheit eher Gesetze der Regierungsfractionen gewesen, die nachträglich von Gerichten kassiert wurden.

(Zuruf DIE LINKE: Hört, hört!)

Heute wissen wir also, dass das, was wir bereits in der letzten Legislaturperiode vorgelegt haben, auch höchstrichterlich gefordert wird und dringend notwendig ist. Wir werden in den nächsten Tagen auch noch einen Vorstoß der Regierungsfractionen beraten, weil sie vermutlich unserem

Entwurf – ebenso wie der SPD-Vorlage – auch dieses Mal nicht zustimmen wollen.

Wir sagen noch einmal ganz klar: Wahlrecht ist ein Menschenrecht, das auch allen Menschen mit Behinderungen zusteht.

(Beifall DIE LINKE)

Der Grundsatz muss sein, dass behinderte Menschen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, sondern dass wir alles ermöglichen, damit behinderte Menschen an der Wahl teilnehmen können, dass wir es ihnen also so leicht wie möglich machen, am Wahlvorgang selbst teilzunehmen und sich die entsprechenden Informationen zu erschließen.

Meine Damen und Herren, wir erreichen mit unserem Gesetzentwurf eine Streichung aller Wahlausschlüsse behinderter Menschen sowie die Möglichkeit einer eventuellen Unterstützung bei der Stimmabgabe. Letzteres ist übrigens der einzige Unterschied zum SPD-Gesetzentwurf. Über diesen Unterschied – Frau Gnadt oder wer auch immer – können wir in den nachfolgenden Beratungen gerne noch einmal diskutieren. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke schön, Kollege Dr. Wilken. – Das Wort hat Abg. Pürsün, FDP-Fraktion.

#### **Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lange Zeit war es Praxis, dass Vollbetreute von Wahlen ausgeschlossen waren. Pauschal wurde ihnen die Befähigung zur Teilnahme an Wahlen abgesprochen, ohne dass die jeweilige Person als Individuum mit ihren ganz individuellen Fähigkeiten eine Rolle spielte.

Die Gründe, die für oder gegen eine Vollbetreuung sprechen bzw. für eine Vollbetreuung letztendlich maßgeblich sind, sind nicht so pauschal einzuordnen, wie es der pauschale Ausschluss vom Wahlrecht lange Zeit suggeriert hat. Deshalb ist es richtig, dass die Frage, ob eine vollbetreute Person ihr Wahlrecht ausüben kann, nicht von einem rein formellen Kriterium abhängig sein darf.

Mit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention und der Auseinandersetzung mit möglicherweise diskriminierenden Regelungen kam die bisherige Praxis des vollkommenen Ausschlusses vom Wahlrecht in die Kritik.

Bedauerlicherweise wurden die Hinweise aus den Jahren 2011 und 2015 auf politischer Ebene nicht ausreichend beachtet. Menschen mit Behinderungen muss das Recht auf Teilnahme an einer Wahl, ein verfassungsmäßig garantiertes Grundrecht, grundsätzlich zugesprochen werden.

(Beifall Freie Demokraten und Torsten Warnecke (SPD))

Allein die Tatsache, dass vollbetreute Personen bei der Stimmabgabe eine Hilfestellung, beispielsweise eine Unterstützung durch eine weitere Person, benötigen, darf kein Grund sein, ihnen pauschal die freie Willensäußerung zu verwehren und sie vom Wahlrecht auszuschließen. Das ist

mit dem Diskriminierungsverbot und unserem Demokratieverständnis nicht vereinbar.

Im Januar hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass der generelle Wahlausschluss von geistig oder psychisch beeinträchtigten Personen verfassungswidrig ist. Allerdings hätte die Bundesregierung die Entscheidung erst ab Juli dieses Jahres angewendet.

Es ist offensichtlich, dass das, was die SPD – sie gehört auch der Bundesregierung an – an der Landesregierung und der Mehrheit in diesem Haus kritisiert hat, auch in Richtung Bundesregierung gilt. Es geht um die Europawahl, die jetzt am Sonntag ansteht. Die SPD wollte diesen Personenkreis ausschließen. Es kommt aber jetzt anders. Um 80.000 Betroffenen das inklusive Wahlrecht schon früher, zu den jetzt anstehenden Europawahlen am Sonntag, zu ermöglichen, wurde unter Mitwirkung der Freien Demokraten erfolgreich ein Eilantrag gestellt.

(Beifall Freie Demokraten)

Dank der Verschiebung der Tagesordnung durch die parlamentarischen Geschäftsführer haben wir diesen Punkt schon heute auf der Tagesordnung. Ich habe heute eine Besuchergruppe in Wiesbaden. In dieser Besuchergruppe sind auch viele junge Leute, die dieses Thema auf die Tagesordnung der FDP Frankfurt und auch der FDP Hessen gesetzt haben. Für sie ist es natürlich eine besondere Freude, just an diesem Tag in Wiesbaden sein zu dürfen.

Nun ist es so weit, dass der pauschale Ausschluss fällt. Darüber freuen wir uns sehr. Das Wahlrecht darf jetzt nur noch durch einen Richterspruch eingeschränkt werden. Das ist der hohen Bedeutung des Wahlrechts in einer Demokratie angemessen. Selbstverständlich darf es keine Stellvertreterwahl geben, und selbstverständlich ist das keine Einladung zum Missbrauch. Das zu verhindern ist Aufgabe aller mit der Wahldurchführung betrauten Personen. Wo irgend möglich, müssen wir ungerechtfertigte Barrieren abbauen. Davon profitieren wir am Ende alle.

Die drei vorliegenden Gesetzentwürfe wollen die Entscheidung umsetzen. Das begrüßen wir sehr. Die Anhörung wird zeigen, ob und in welcher Weise gegebenenfalls noch Änderungsbedarf gesehen wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Pürsün. – Das Wort hat der Abg. Christian Heinz, CDU-Fraktion.

#### **Christian Heinz (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch bei diesem Thema gilt: Es gibt eine wechselvolle bundesrepublikanische Geschichte darüber, wer vom Wahlrecht ausgeschlossen war. In der weiteren Vergangenheit war das aus heutiger Sicht noch deutlich unrühmlicher. Das galt bis 1969. Um das einfach noch einmal in Erinnerung zu rufen: Bis zu der großen Strafrechtsreform gab es noch den sogenannten Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte. Diesen mehr als historischen Charakter des Strafrechts lernen Juristen noch während ihres Studiums. Damals war es bei einigen Delikten eine zwingende Folge der Strafe, bei einigen eine optionale Folge der Strafe, dass das Wahl-

recht und die Wählbarkeit entzogen wurden. Davon haben wir uns zum Glück schon seit 50 Jahren wegbewegt. Darüber brauchen wir nicht mehr zu streiten.

Wir wissen heute, dass die Aberkennung des Wahlrechts, die es im Strafgesetzbuch immer noch gibt, für zwei bis maximal fünf Jahre, § 45 Abs. 5, die absolute Ausnahme ist und wir über nur ganz wenige Fälle im Jahr sprechen, in denen ein ganz enger Zusammenhang mit einer Straftat besteht.

In jüngerer Zeit betrafen Ausschlüsse vom Wahlrecht vor allem und in erster Linie Menschen, denen für alle Angelegenheiten des Lebens ein Betreuer bestellt wurde. Nun gibt es eine aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2019. Im Gegensatz zu einigen Vorrednern halte ich es durchaus für richtig, dass wir diese Entscheidung abgewartet haben. In den Leitsätzen und in der Begründung sind viele Fingerzeige enthalten, die es zu berücksichtigen gilt.

In der Begründung wurde festgestellt, dass die bisherigen Ausschlüsse gegen Art. 38 des Grundgesetzes, Gleichheit der Wahl, und Art. 3 Abs. 3 Satz 2, Verbot der Diskriminierung von Behinderten, verstoßen. Wir sind uns, glaube ich, alle miteinander einig, dass aufgrund des Homogenitätsgebots aus Art. 28 Grundgesetz diese Erwägungen auch für unser Landesrecht gelten. Das scheint mir weitgehend unumstritten zu sein.

Als ich eben zugehört habe, habe ich festgestellt, dass es auch im Hessischen Landtag eine breite Zustimmung gibt, vielleicht sogar den einstimmigen Willen, diese Erwägungen in das hessische Landesrecht zu übertragen, und dass eine Überarbeitung erforderlich ist. Das ist erfreulich. Ich glaube, wir werden am Ende eine gute Regelung finden, die den Anliegen der behinderten und vollbetreuten Menschen Rechnung trägt.

Wir als Koalitionsfraktionen schlagen vor, einen etwas anderen Weg zu gehen. Wir wollen eine etwas umfassendere Regelung und nicht nur die Aufhebung der bisherigen Ausschlüsse. Wir haben einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der erst am Donnerstag beraten wird. Für die Folge wäre es aus meiner Sicht sachdienlich, wenn man dann diese drei Gesetzentwürfe in der Beratung wieder zusammenführt. Warum wir heute über die einen und am Donnerstag über den anderen sprechen, erschließt sich mir nicht.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Mir auch nicht! – Günter Rudolph (SPD): Keine Kritik an den Geschäftsführern!)

Es wird gelingen, das wieder zusammenzuführen. Herr Rudolph, mit gutem Willen, den alle hierbei zeigen, wird das gelingen.

Wir sind der Auffassung, dass unser Gesetzentwurf die Materie etwas präziser regelt als die Gesetzentwürfe der SPD und der LINKEN. Insbesondere erscheint uns, um das schon einmal voranzuschicken, eine Harmonisierung mit den Wahlvorschriften des Bundes an einigen Stellen sinnvoll, da Wahlen immer am gleichen Tag stattfinden und das von der Handhabung und der Durchführung her mit Sicherheit einfacher wird.

Details werden wir uns anschauen, wenn alle Gesetzentwürfe im Geschäftsgang sind. Wir wollen auch – das klang eben schon einmal an – darüber sprechen und eine Regelung treffen, welche Voraussetzungen an mögliche Helfer

und Unterstützer der vollbetreuten Menschen zu stellen sind, und nicht einfach nur lapidar den Ausschluss streichen.

In unserem Gesetzentwurf gibt es noch viele weitere Aspekte, die andere Materien betreffen, wie z. B. die Übertragung von geänderten Bestimmungen der Verfassung in Landesrecht und noch weitere Aspekte – mehr dazu dann am Donnerstag.

Vorausgeschickt schon zu unserem eigenen Gesetzentwurf und erneut als versöhnlichen Abschluss am späteren parlamentarischen Abend: Wir verfolgen das gleiche Ziel mit unterschiedlichen Mitteln, nämlich mit drei unterschiedlichen Gesetzentwürfen. Das gemeinsame Ziel bleibt, nämlich behinderten und bisher vom Wahlrecht ausgeschlossenen Menschen diesen Zugang, wo immer es möglich ist, zu ermöglichen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in hessisches Landesrecht zu übertragen, wird uns in den parlamentarischen Beratungen der nächsten Wochen und Monate gelingen. Wir werden eine gute Regelung für Hessen finden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Heinz. – Das Wort hat Frau Abg. Goldbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es jetzt schon mehrfach gehört: Bisher waren alle jene Menschen vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen, für die zur Besorgung all ihrer Angelegenheiten eine Betreuerin oder ein Betreuer bestellt war. Darüber hinaus, das darf man nicht vergessen, waren auch solche Menschen ausgeschlossen, die im Zustand der Schuldunfähigkeit eine Straftat begangen haben und aufgrund dessen in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht waren.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die schon mehrfach zitiert worden ist, vom 29. Januar dieses Jahres werden nun die diskriminierenden Beschränkungen auf allen Ebenen abgeschafft werden. 85.000 Betroffene in ganz Deutschland können in Zukunft ihr Wahlrecht ausüben.

Es ist erfreulich, dass im Hessischen Landtag Einigkeit bei SPD, der LINKEN, FDP, CDU und GRÜNEN herrscht, dass wir diese Wahlrechtsausschlüsse gemeinsam abschaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Dahinter steckt eine gemeinsame Haltung. Das wirklich Schöne daran ist, dass Menschen mit geistigen Behinderungen oder mit psychischen Erkrankungen, die unter Vollbetreuung stehen, politisch interessiert sind, sich über die zur Wahl stehenden Parteien und Bewerberinnen und Bewerber informieren und entscheiden können, wer für sie wählbar ist und wer ihre Interessen vertritt. Sie nehmen an der politischen Willensbildung teil und nehmen ihr grundgesetzlich verbrieftes Bürgerrecht wahr, nämlich den Bundestag, das Europäische Parlament, den Hessischen Landtag, ihr Kommunalparlament, ihre Bürgermeisterin oder ihr

re Landrätin zu wählen oder ihre Stimme bei einer Volksabstimmung abzugeben.

Denn auch wenn ein Mensch unter Vollbetreuung steht und beispielsweise keine Verträge alleine abschließen kann, so hat er dennoch einen eigenen Willen und kann diesem Willen Ausdruck verleihen. Ich glaube, das muss man ganz deutlich unterscheiden: Vollbetreuung heißt Hilfen im Alltag. Trotzdem haben diese Menschen die Fähigkeit, einen Willen zu bilden und ihm Ausdruck zu verleihen.

Noch einmal, in der Zielsetzung sind wir uns einig. Aber wir haben verschiedene Gesetzentwürfe, um das umzusetzen. Ich möchte kurz erläutern, warum wir den Gesetzentwürfen der LINKEN und der SPD nicht zustimmen werden – wir haben einen eigenen Gesetzentwurf, den wir am Donnerstag beraten werden.

Im Einzelnen. Die Gesetzentwürfe von LINKEN und SPD sind nicht harmonisiert mit dem Gesetzentwurf des Bundes. Wir, CDU und GRÜNE hier im Landtag, haben immer gesagt: Wir wollen die Wahlrechtsausschlüsse abschaffen, aber wir werden das gemeinsam mit der Bundesgesetzgebung machen, damit wir eine harmonisierte Regelung haben, damit die Bedingungen gleich geregelt sind.

Zweitens. Es fehlen in den Gesetzentwürfen konkrete Regelungen zur Assistenz. Eben weil die Wahlentscheidung eine höchstpersönliche Entscheidung ist, müssen wir dafür sorgen, dass niemand auf diese Entscheidung Einfluss nimmt oder sie gar für die Wählenden vornimmt. Aber das fehlt in diesen beiden Gesetzentwürfen.

Drittens fehlt eine Regelung zur Teilnahme von Menschen unter Vollbetreuung an der Volksgesetzgebung. Auch das regeln wir in unserem Vorschlag, dem Gesetzentwurf, den wir am Donnerstag beraten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es gab neben der Verfassungsgerichtsentscheidung im Januar noch etwas, eine von GRÜNEN, FDP und LINKEN erstrittene einstweilige Anordnung vom 15. April. Damit wurde erreicht, dass die 85.000 Betroffenen am 26. Mai doch noch das Europaparlament wählen können. Das begrüßen wir sehr.

Der bekannte Aktivist im Rollstuhl, Raul Krauthausen – vielleicht haben Sie ihn schon einmal gesehen –, kämpft seit Jahren für Inklusion. Er hat gefordert, dass betreute Menschen ihr Kreuz auch schon bei der Europawahl machen können. Erlauben Sie mir, dass ich ihn wörtlich zitiere. Er sagte, der Ausschluss sei eine „Sauerei“.

Nun, diese Sauerei findet nicht statt. Aufgrund der Eilanordnung dürfen diese Menschen auf Antrag an der Europawahl teilnehmen, und das ist, wie gesagt, sehr zu begrüßen.

Beide Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sind ein Erfolg für die Inklusion, aber auch für die Demokratie. Zehn Jahre nach Inkrafttreten der EU-Behindertenrechtskonvention wird die Europawahl erstmals inklusiv, demnächst auch alle anderen Wahlen in Hessen und in der Bundesrepublik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Goldbach. – Das Wort hat Herr Abg. Wissenbach, AfD-Fraktion.

### Walter Wissenbach (AfD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung war überfällig. Sie hat Sicherheit geschaffen und zu Unrecht von der Wahl ausgeschlossenen Menschen endlich zu ihrem Recht verholfen.

Allerdings ist es wirklich lehrreich, sie zu lesen. Denn es sind 28 Seiten, die nicht nur die hier schon in Rede gewesene Historie dieser Wahlrechtsausschlüsse entmündigter, unter Vormundschaft stehender Leute beschreiben. Die Gründe, die die Entscheidung für die Aufhebung von § 13 Nr. 2 Bundeswahlgesetz nennt, sind hier nur unzureichend wiedergegeben worden.

Es ist nicht so, dass das Bundesverfassungsgericht gesagt hätte, diese Gruppe müsse generell immer zur Wahl zugelassen werden. Das Bundesverfassungsgericht sagt – das kann jeder nachlesen –: Es ist deshalb unzulässig, diese Gruppe auszuschließen, weil es eine wahrscheinlich viel größere Gruppe gleich betreuungsbedürftiger Menschen gibt. Im demografischen Wandel gehe ich davon aus: Wir alle haben im eigenen Familienkreis Personen, die nicht unter Betreuung stehen – meine Mutter gehört dazu –, die aber durchaus unter Betreuung gestellt werden könnten, wenn es keine Angehörigen gäbe, die ihre Dinge regelten.

Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Die Ungleichbehandlung zwischen diesen beiden Gruppen – denen, die zufällig Opfer eines Gerichtsverfahrens waren, und den vielen anderen – ist verfassungswidrig. Deshalb ist es aufgehoben worden.

Ich glaube auch, wir müssen uns nicht beeilen. Wir brauchen ein neues Gesetz, aber wir müssen uns nicht beeilen; denn das, was wir hier abschaffen, ist schon abgeschafft, auch für Hessen. Es ist nur noch nicht von einem Gericht beschlossen worden, dass auch die hessischen Wahlrechtsausschlüsse bereits verfassungswidrig sind. Sie sind es aber, genau wie es die im Bundesrecht waren.

Den formalen Akt, den die Bundesregierung mit § 13 Nr. 2 und 3 schon vollzogen hat, müssen wir in Hessen auch machen. Aber beeilen müssen wir uns nicht. Denn es ist auf der anderen Seite sinnvoll, den Leuten zu helfen und zu prüfen, inwieweit der Versuchung der Angehörigen, bei der Assistenz der Wahlentscheidung ihres Schützlings ihren eigenen Willen zum Ausdruck zu bringen, auf irgendeine weitere Weise als durch die Strafrechtsandrohung begegnet werden kann.

(Beifall AfD)

Es ist auch vom Bundesverfassungsgericht in dieser Entscheidung gesagt worden, dass die Aufhebung alleine durchaus durch eine andere Regelung ersetzt werden kann, die das Rechtsgut der Integrität von Wahlen wahrt. Denn diese Entmündigungsausschlüsse wurden nicht gemacht, um Leute zu schikanieren. Das Rechtsgut der Integrität der Wahlen war das, was durch die Wahlrechtsausschlüsse geschützt werden sollte. Dies gilt auch heute noch.

Ich will damit schließen: Wenn es einfach dabei bleibt, dass die Bundesregierung und alle Landesregierungen nacheinander nur einfach die Wahlrechtsausschlüsse pauschal streichen, weil jeder Mensch das Recht hat, zu wählen, dann ist auch Art. 38 Abs. 2 Grundgesetz, nach dem man nur wählen darf, wenn man älter als 18 ist, meiner Meinung nach nicht mehr rational begründbar.

Da gilt es sorgfältig zu prüfen, wie man neu regelt. Das Bundesverfassungsgericht sagt nur: Der Kreis der Ausgeschlossenen muss vernünftig geregelt werden. Der Kreis darf nicht menschenrechtswidrig oder ähnlich geregelt werden. – Aber das braucht Sorgfalt. Es gibt Vorschläge in einem Gutachten, das hier auch zitiert wird. Wie gesagt, ich empfehle jedem, die 28 Seiten zu lesen, die da lauten, man könnte dem Betreuungsrichter eine Kompetenz geben, auch über die Wahlfähigkeit des zu Betreuenden eine Extraentscheidung abzugeben. Dann wäre es verfassungsgemäß, wenn das geschieht.

Allerdings ist das für mich auch unbefriedigend; denn das trifft wieder nur diejenigen, die überhaupt dem staatlichen Richter gegenübergestellt werden, während die vielen Hunderttausende, die in Haushalten von ihren Angehörigen gepflegt werden und auch nicht mehr in der Lage sind, zu entscheiden, ob sie Käse oder Wurst haben wollen, möglicherweise Opfer ihrer eigenen Angehörigen werden – und die Integrität der Wahlergebnisse auch. Betreutes Wählen ist gefährlich. Ich glaube, das muss man nicht weiter ausführen. – Danke.

(Beifall AfD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Wissenbach. – Hier steht, es war Ihre erste Rede. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall)

Jetzt spricht für die Landesregierung der Innenminister, Staatsminister Peter Beuth. Bitte sehr, Peter.

#### **Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier über zwei von drei Gesetzentwürfen, die sich mit dem Thema inklusives Wahlrecht beschäftigen. Wir diskutieren das auseinander: heute zwei Gesetzentwürfe, am Donnerstag noch einer.

Ich will mich deswegen nur kurz auf die beiden Gesetzentwürfe der LINKEN und der SPD, über die wir heute diskutieren, konzentrieren. Die beiden Gesetzentwürfe wollen Menschen mit sogenannter Vollbetreuung, die bisher vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, zukünftig die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen ermöglichen. Dies will auch der Gesetzentwurf von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Landesregierung unterstützt die Zielrichtung aller Gesetzentwürfe. Die konkrete Art der gesetzgeberischen Umsetzung in den beiden heute diskutierten Entwürfen von SPD und LINKEN lehnen wir allerdings ab. Gesichtspunkte von Synchronisation zwischen dem Bundes- und dem Landeswahlrecht, die Frage der Integrität von Wahlen – all das sind Gesichtspunkte, die uns dazu bringen, dem Gesetzentwurf von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Ende zuzustimmen.

Herr Kollege Rudolph, eine nähere Begründung werde ich aus Effizienzgründen am Donnerstag nachholen. In diesem Sinne: einen schönen Abend. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beide Gesetzentwürfe sollen zur weiteren Beratung und Vorbereitung der zweiten Lesung dem Innenausschuss und beteiligt, dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen werden?

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Soll bei beiden Gesetzentwürfen der Sozial- und Integrationspolitische Ausschuss beteiligt werden?

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

– Was heißt hier „Ja“? Ich habe höflich gefragt. Herr Kollege Rudolph, sei so lieb. Bei dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE steht nämlich nur Innenausschuss. Deshalb habe ich gefragt.

Es gilt also: Federführend gehen sie an den Innenausschuss und, beteiligt, an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss. Sind wir uns einig? – Gut.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Meine Damen und Herren, stehen Sie morgen früh beizeiten auf, damit wir pünktlich um 9 Uhr anfangen können.

Ich danke Ihnen. Alles Gute. – Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:01 Uhr)

**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)****Frage 86 – Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wie viele Schulen in Hessen nehmen bis zum März 2019 an der Aktion „Becherbonus“ der Umweltministerin Priska Hinz teil?*

**Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

*Durch die Initiative „Becherbonus“ sollen Cafés, Bäckereien, Tankstellen und andere Geschäfte, die Heißgetränke für unterwegs verkaufen, dafür gewonnen werden, Bechermüll zu reduzieren. Ein Preisnachlass soll Kundinnen und Kunden dazu motivieren, ihre eigenen Mehrwegbecher mitzubringen.*

*An der hessischen Initiative beteiligen sich aktuell hessenweit mehr als 120 Unternehmen mit rund 900 Filialen. Bundesweit gibt es den „Becherbonus“ in mehr als 4.000 Filialen.*

*Aus dem Schulbereich nimmt aktuell die Max-Planck-Schule aus Rüsselsheim unmittelbar an der Aktion teil. Über Lottomittel wurde zudem im Jahr 2018 der Förderverein der Theodor-Litt-Schule in Gießen (Förderverein für gewerblich-technische Aus- und Weiterbildung Gießen e. V.) mit 500 € für die Unterstützung des Projekts „Tassen in die Klassen“ gefördert.*

*Da die Bewirtung in den Schulen zum Teil von externen Catering-Unternehmen durchgeführt wird und auch Firmen aus dieser Branche beim „Becherbonus“ mitmachen, kann es sein, dass mittelbar mehr Schulen als die Max-Planck-Schule eingebunden sind. Die Schulträger wurden zudem aktuell angeschrieben und gebeten, sich an der Initiative zu beteiligen oder eigene Mehrwegsysteme in den Schulen zu fördern.*

**Frage 88 – Manuela Strube (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wird sie zukünftig die Finanzierung für die Berufseinstiegsbegleitung in Hessen anstelle des Europäischen Sozialfonds (ESF) übernehmen?*

**Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

*Nein.*

*Bei der Begleitung junger Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf im Übergang von der allgemeinbildenden Schule in den Beruf ist personelle Kontinuität der wichtigste Erfolgsfaktor. Die Berufseinstiegsbegleitung nach § 49 SGB III muss jedoch immer wieder neu ausgeschrieben und vergeben werden und kann deshalb diese nötige personelle Kontinuität nicht gewährleisten. Deshalb haben nur zwei von 16 Bundesländern zugesagt, die bisher vom Bund aus seinen ESF-Mitteln getragene 50-prozentige Mitfinanzierung künftig zu übernehmen.*

*Diese neue Rechtslage wurde vom Bund durch ein nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz geschaffen. Die Bundesländer hatten keinen ausreichenden Einfluss auf die fachliche Umsetzung.*

*Sowohl die Kultusministerkonferenz als auch die Arbeits- und Sozialministerkonferenz haben dem Bundesminister für Arbeit und Soziales schon vor fast einem Jahr klar signalisiert, dass die Berufseinstiegsbegleitung konzeptionell weiterentwickelt werden muss, damit die Länder sie mitfinanzieren.*

**Frage 93 – Dr. Daniela Sommer (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wann ist mit dem von ihr angekündigten anonymen Krankenschein zu rechnen?*

**Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

*Die Voraussetzungen für die Einführung des anonymen Krankenscheins werden derzeit geprüft. Entsprechende Gespräche mit der Ärzteschaft, den Verbänden der Krankenkassen und den Kommunalen Spitzenverbänden sind in Planung, um ein tragfähiges Konzept entwickeln zu können.*

**Frage 94 – Dr. Daniela Sommer (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Inwiefern will sie pflegende Angehörige in die Diskussions- und Gestaltungsprozesse im Rahmen des Gesundheitspakts 3.0 zum Thema „Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung“ einbinden?*

**Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

*Die Hessische Landesregierung schätzt die Arbeit von pflegenden Angehörigen sehr. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, pflegende Angehörige wirksam zu entlasten, indem unter anderem sozialraumorientierte neue Modelle der häuslichen Pflege gefördert werden und ein finanzieller Nachteilsausgleich z. B. für die Altersvorsorge über einen Pflege-Entlastungsfonds geschaffen wird.*

*Im Rahmen des Hessischen Gesundheitspakts wurde flankierend vereinbart, Transparenz über den Iststand des aktuellen Leistungsgeschehens bzw. der Versorgungsstrukturen zu schaffen, indem ein webbasierter Gesundheitsdatenpool aufgebaut wird und, daraus ableitend, regionale Gesundheitsreporte entwickelt werden. Auf diese Weise werden vorliegende Daten und Statistiken zusammengeführt, die kombiniert mit Daten der Bevölkerungsentwicklung als Grundlage für regionale Diskussions- und Gestaltungsprozesse dienen.*

*Ob und inwieweit pflegende Angehörige bei dem sich anschließenden Diskussions- und Gestaltungsprozess auf Landes- und regionaler Ebene eingebunden werden, obliegt der gemeinsamen Entscheidung der Paktpartner.*

**Frage 96 – Christiane Böhm (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Kann eine Stelle zur Gesundheitskoordination im Rahmen des Förderprogramms „Bildung regionaler Gesundheits-*

netze“ ausschließlich befristet entsprechend der Dauer des Förderprogramms besetzt werden?

**Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

*Einige Landkreise haben eine Stelle zur Gesundheitskoordination eingerichtet. Ob diese Besetzung befristet oder unbefristet erfolgt und welche Vergütungsgruppe hierfür zur Verfügung gestellt wird, obliegt der Entscheidung des Anstellungsträgers.*

**Frage 101 – Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Gibt es Überlegungen innerhalb der Landesregierung, die Beschäftigung und Integration von Menschen mit Handicap dadurch zu fördern, dass sie weitere Auszeichnungen/ Preise auf Landesebene auslobt und darüber hinaus solche Preisverleihungen auch auf Städte- und Landkreisebene anregt?*

**Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

*Die Hessische Landesregierung zeichnet bereits seit dem Jahr 2006 jährlich drei Betriebe aus, die sich in vorbildlicher Weise für die Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen engagieren. Der Landespreis soll dazu beitragen, dass diese Beispiele für die gelungene berufliche Integration von schwerbehinderten Menschen bekannt werden. Der Landespreis soll eine Signalwirkung auf das Einstellungsverhalten weiterer Unternehmen ausüben.*

*Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Hessen sind sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst und verknüpfen sie mit den wirtschaftlichen Interessen ihrer Unternehmen. Die Auszeichnung macht diese Erfolgsbeispiele von Inklusion sichtbar und erkennt das Engagement der Preisträger an. Zu einer inklusiven und preiswürdigen Unternehmerphilosophie gehören dabei auch beispielgebende Maßnahmen zur Weiterbeschäftigung und zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit schwerbehinderter Menschen.*

*Die Preisträger erhalten neben einem Geldpreis in Höhe von 3.000 € eine Anerkennungsurkunde und die Berechtigung, sich öffentlich – z. B. in Kundenmitteilungen und Werbemaßnahmen – für drei Jahre auf den Preis zu berufen. Nähere Informationen und Unterlagen sind auf der Internetseite unseres Hauses zu finden.*

*Ob eine dem Landespreis entsprechende Auszeichnung auch durch Gemeinden und Gemeindeverbände vorgenommen wird, ist nicht bekannt. Die kommunalen Gebietskörperschaften werden allerdings jährlich über ihre Spitzenverbände aufgefordert, sich an dem Bewerbungsverfahren für den Landespreis zu beteiligen und ihnen geeignet erscheinende Unternehmen vorzuschlagen bzw. diese zu einer direkten Bewerbung für die Auszeichnung anzuregen. Die Kommunalverwaltungen, regionalen Agenturen für Arbeit und Jobcenter reichen jährlich Vorschläge ein.*

**Frage 103 – Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Was gedenkt sie bezüglich der stetig wachsenden Verwaltungskosten und der festgelegten Verwaltungskostenpau-*

*schale bei der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe durch die Kommunen zu tun?*

**Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

*Der Landesregierung liegen keine Hinweise auf stetig wachsende Verwaltungskosten im Rahmen der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe vor. Im Rahmen der bevorstehenden Evaluierung des Fehlbelegungsabgabe-Gesetzes werden dennoch auch die Verwaltungskosten und die Verwaltungskostenpauschale überprüft. Die Evaluierung mit Einbeziehung der Gemeinden wird voraussichtlich im Sommer dieses Jahres beginnen.*

**Frage 105 – Torsten Felsthausen (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wann wird die im Hessischen Energiezukunftsgesetz von 2012 festgeschriebene jährliche energetische Sanierungsquote im Gebäudebestand von mindestens 2,5 bis 3 % erreicht werden?*

**Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

*Das Hessische Energiegesetz (HEG) betont in seiner Präambel, dass die hessische Energieversorgung der Zukunft sicher, umweltschonend, bezahlbar und gesellschaftlich akzeptiert sein muss. Um dies zu erreichen, sind in § 1 HEG folgende Ziele aufgeführt: Deckung des Endenergieverbrauchs von Strom und Wärme möglichst zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen bis zum Jahr 2050, Anhebung der jährlichen energetischen Sanierungsquote im Gebäudebestand auf mindestens 2,5 bis 3 %.*

*Derzeit wird nach dem „Monitoringbericht 2018 – Energiewende in Hessen“ rund ein Drittel des Energieverbrauchs in Hessen für Gebäude aufgewendet, davon etwa 20 % für Wohngebäude und gut 11 % für Gebäude im Bereich Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie. Sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich wird der Großteil der Energie für Raumwärme verbraucht.*

*Zur Umsetzung der Energiewende in Hessen hat daher die energetische Modernisierung von Bestandsgebäuden höchste Priorität. Zum Stand der energetischen Modernisierung von Wohngebäuden in Hessen können wir auf Daten aus einer aktuellen Studie des Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt zurückgreifen. Danach liegt die hessische Modernisierungsrate beim Wärmeschutz derzeit bei ca. 1 % und damit genau im Bundestrend. Bei den vorgenommenen Sanierungen handelt es sich meist um Einzelmaßnahmen, und zwar vorwiegend um den Austausch alter Fenster und um Dachdämmung. Bei den Heizungsanlagen liegt die Austauschrate bereits bei etwa 3 %.*

*Die im HEG formulierten Zielsetzungen sind langfristiger Natur und wurden im Rahmen des Nachfolgetreffens des Hessischen Energiegipfels im November 2015 bestätigt.*

*Um die Zielerreichung zu unterstützen, hat das Land vielfältige Maßnahmen ergriffen: Die Beratung der hessischen Bürgerinnen und Bürger durch die Hessische Energiesparaktion wurde ausgebaut. Unternehmen erhalten mit der kostenfreien Impulsberatung der Hessischen Initiative für Energieberatung im Mittelstand in Kombination mit der PIUS-Förderung eine optimale Unterstützung zur Energie- und Ressourceneinsparung. Die Landesenergieagentur*



wurde 2017 gegründet, um die hessischen Aktivitäten zu koordinieren und auszubauen; insbesondere mit der Fördermittelberatung werden Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen und Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Projekte unterstützt. Und schließlich gewährt das Land Förderungen für investive Maßnahmen, für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien, für innovative Energietechnologien, für kommunale Energie- und Klimaschutzkonzepte, Energieeffizienzpläne und Konzepte zur Erzeugung und Verteilung von erneuerbaren Energien sowie für Energieberatungen und Akzeptanzmaßnahmen. Regelungen zu den Konditionen, Bedingungen und den technischen Voraussetzungen der Fördervorhaben sowie zu den Abläufen der Förderverfahren sind in den entsprechenden Förderrichtlinien des Landes festgelegt.

Die Wirkungen dieser Maßnahmen werden sich gemeinsam mit den veröffentlichten Maßnahmen der Energie-Agenda 2015 positiv auf die im HEG genannten Ziele und damit auf die Entwicklung der energetischen Sanierungsquote entfalten.

Zu berücksichtigen ist, dass die Zielerreichung auch von den bundespolitischen Randbedingungen abhängt. Denn Grundlage für eine Aktivierung der Gebäudeeigentümer zu energetischen Modernisierungen ist das Maßnahmenbündel aus Fordern, Fördern und Informieren. Dabei ist der Bund im Wesentlichen für die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Breitenförderung zuständig.

In beiden Bereichen ist in den letzten Jahren viel zu wenig passiert, sogar viel weniger als von Bundesseite angekündigt. Hessen wird sich daher im Bundesrat für zielführende Rahmenbedingungen einsetzen, insbesondere für ein ambitioniertes und einfach anzuwendendes Gebäudeenergiegesetz und den Steuerbonus für energetische Modernisierungen.

Während der Bund für die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Breitenförderung zuständig ist, ist die Hauptaufgabe der Länder, die Gebäudemodernisierung insbesondere im Bereich der Information und Beratung voranzutreiben. Hier hat Hessen in der letzten Legislaturperiode mit der Gründung der Landesenergieagentur und den vielen Beratungsinitiativen schon viel auf den Weg gebracht. Mit dem hessischen Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode und dem Wärmeeffizienzpaket wird dieser Bereich noch einmal ausgebaut.

Das Wärmeeffizienzpaket berücksichtigt dabei insbesondere eine Verstärkung der Energieberatung, die Förderung von Sanierungsfahrplänen, die Entwicklung eines Leitfadens für kommunale Wärmeplanungen, die Unterstützung von Kommunen bei der Erstellung von Wärmeatlanten, die Förderung von energetischen Quartierskonzepten und Sanierungsmanagement (KfW-Programm 432: Energetische Stadtsanierung) sowie die Unterstützung von Modellkommunen zur Realisierung von Plus-Energie-Siedlungen der Hessischen Landgesellschaft.

Unser Ziel ist es, bis 2025 die energetische Sanierungsquote von Wohngebäuden zu verdoppeln und damit einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu leisten.

#### **Frage 106 – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wann beabsichtigt sie, das Gesetz über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt (Maßregelvollzugsgesetz) evaluieren zu lassen?*

**Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

*Eine Evaluierung ist aktuell nicht vorgesehen. Das Maßregelvollzugsgesetz ist nicht befristet.*

#### **Frage 107 – Saadet Sönmez (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Was unternimmt sie, um die Stadt Hanau zu unterstützen, damit die sanierten Häuser auf dem Konversionsgelände „Sportsfield Housing“ (unter anderem die frühere Erstaufnahmeeinrichtung) nicht abgerissen werden müssen, sondern dem angespannten Wohnungsmarkt zugeführt werden können?*

**Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

*Im Sinne von Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit ist der Landesregierung die Nachnutzung von ehemaligen Militärflächen und auch sonstigen Brachen für zivile Zwecke, also auch für die Schaffung von Wohnraum, ein besonderes Anliegen. Der Stadt Hanau ist es bis jetzt geradezu vorbildlich gelungen, das Wohnangebot in Hanau durch die Umwandlung geeigneter Housing-Areas in Kooperation mit der Eigentümerin der Flächen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), und unter Einbindung privater Investoren zu verbessern. Aktuell wird das Areal der Pioneer-Kaserne, das der Sportsfield Housing gegenüberliegt, unter dem Titel „Prima-Klima-Pionier-Quartier“ in ein grünes, nahezu CO<sub>2</sub>-neutrales Stadtviertel umgewandelt, das mit rund 50 ha größer sein wird als die gesamte Hanauer Neustadt.*

*Das entstehende Quartier wird übrigens mit Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm Stadttumbau unterstützt. Seit 2016 wurden dafür insgesamt rund 2,68 Millionen € bewilligt.*

*Die Sportsfield Housing ist nicht nur durch den Verkehrslärm von B 8, B 43a und zwei Bahntrassen belastet, sondern auch durch Emissionen angrenzender Industriebetriebe, die durch Geruchsemissionen der Firma Goodyear Dunlop, die ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Hanau ist. Hier muss sorgfältig abgewogen werden zwischen dem Ziel der Ressourcenschonung/Wiederverwertung und dem Schutz der Menschen, die dort wohnen würden. Schließlich haben durchgeführte Gutachten gezeigt, dass es dort erhebliche Lärm- und Geruchsbelästigungen gibt.*

*Das Land Hessen wird nicht in die Bauleitplanung als Kernbereich der kommunalen Planungshoheit eingreifen. Die Stadt Hanau formuliert ihre Entwicklungsziele entsprechend Eignung und Lage. Die Stadt Hanau hat der Landesregierung gegenüber zuletzt im Jahr 2015 die Auffassung vertreten, dass das genannte Gebiet sich nicht rechtssicher als Wohngebiet ausweisen lasse. Ich vertraue darauf, dass die Stadt Hanau eine sinnvolle Nachnutzung der Sportsfield Housing erreichen kann.*